

Städtebürgertum und Provinzial-Ordnung.
(Für selbstständige Beschildigung künftiger Vertretung und Verwaltung der Provinz durch die Städte.)

Non orbis, sed urbi.

Frei überzeugt: Nicht durch den Kreistag,
sondern durch die Stadtverordneten.

Schon als Norddeutscher Bundeskanzler hat der deutsche Reichskanzler im Reichstage des Norddeutschen Bundes einmal auf Befragungen seine Neigung bekannt für ein nach Stammesgeschichte und gesunder Eigenart zu vollziehendes Neugliedern Deutschlands in seine Landschaften oder Stammgaue. Damit war zugleich ein Zukunftsblick gethan in die — immerhin noch nicht ganz nahe, aber sicher heran-nahende — Zeit der unabwendbaren Entwicklung und inneren Umgestaltung des neuen Reichs zu einem fest gefügten und doch wieder leicht und ungezwungen sich zusammenordnenden Staatswesen, in welchem all die mittleren, kleinen und kleinsten Staaten Deutschlands mit jeglichem „Reichswahl“ umgewandelt und neu eingerichtet sind in, nach Geschichte, Stammesart und landschaftlichen Bedingungen sich gliedernde, möglichst gleich große Reichsländer, Landschaften, Gau oder wie sonst — mit Vermeidung der römischen und an römisches Wesen erinnernden „Provinz“ — bereinst des neuen Reich ungeliebte Theile heißen werden. Dieser Zukunft aber bietet der größte, der führende deutsche Einzelstaat, der Staat „Preußen“, für sein eigenes, dem neu gewordenen größeren Ganzen sich nicht minder ungewiss, aber unabwendbar neu einzuordnendes Gesicht eine fröhliche und erfreuliche Bürgschaft durch die in Absicht und Entwurf weiterem Verwicklichen nahe Selbstverwaltung seiner Gemeinden und größeren Gemeinwesen-Verbände.

Was die Stadt seit 1870 trotz vieler Verkümmерung schon ist: ein auf sich selbst gestelltes Gemeinwesen, was der Kreis eben auch geworden, das Dorf und die Provinz, die Landschaft, soll es nun ebenfalls werden. Landgemeinde- und Provinzial-Ordnung sind die nächsten und wichtigsten Gesetzgebungs-Arbeiten des engeren Staatswesens Preußen. Die „Provinz“ aber mit einer neuen Zusammen-Ordnung ihrer Städte, Kreise, Gutsbezirke, Großgüter und Landgemeinden zu einem sich selbst verwaltenden Gemeinwesen, welches der Staatsleitung nur das für ihre allgemeinen Zwecke nötigste Eingreifen überlässt, wird der große Verwaltungsverband, der zum Musterbild gedeihen soll für alle anderen deutschen Neugestaltungen entsprechender Art, für ein Ober- und Niederrächen, Thüringen und Hessen, Bayern und Ostfranken, Schwaben und Rheinfranken und wie bereinst sonst gesichtet und geordnet wird im großen deutschen Reichskörper. Soll nun dieses neue große Gemeinwesen, die „Provinz“, die bestimmenden und leitenden Körperschaften ihres neuen Lebens in natürlich gebener und unter fischer Verbindung sich schiedender und unterschiedender Weise unmittelbar schaffen oder mittelbar aus einer Gestaltung heraus, durch welche hindurchgehend die in der Communal-Selbstverwaltung zur Zeit und wohl in weite Zukunft hinaus noch berechtigten Scheidungen in Stadt und Land fast immer zu Ungunsten der Ersteren verschwinden würden? Sollen die auf den Kreistagen wohl stets in der Minderheit befindlichen Städte es nur dem Zufall oder freundlichem Willen verdanken, wenn sie in Landtag und Ausschuss der „Provinz“ vertreten sind? Soll „indirekte“ Wahl zum Provinzial-Landtag durch den Kreistag oder „directe“ durch Großgrundbesitz, Städte, Landgemeinden erfolgen, ähnlich wie zu den alten feudalen Landtagen? Natürlich mit dem neuen Wahlrecht der drei Gruppen?

Ist die „Stadt“ noch, wie bereinst im Werden und Wachsen deutschen Volkstums seit Heinrich I., dem städtegründenden Könige der Deutschen, eine eigenartige, unentbehrliche Pflegestätte für Gemeinsinn und Gesittung, für Vaterlandsdienst und Reichstreue, für Wissensbildung und Kunstsleiß? Und wenn sie es ist — Bürgerhund und Freiheitsfeindschaft, Priesterherrschaft und Bauerntrotz wagen es ihr ja doch längst nicht mehr streitig zu machen und der Abfahrt vor dem modernen Raubritterthum der „Fabrikshornsteine“ sammt dem „vom Erdboden-verstülpigen-wollen der großen Städte“ ist des größten Staatsmannes der Neuzeit längst überlandene Kinderkrankheit —, wenn die „Stadt“ ein hochwichtiges, hochberechtigtes „Cultur-Clement“ im Staate, im neuen Reich ist und bleibt, soll sie dann mit ihrer Eigenart und Vollberechtigung in solchen Gebilden des öffentlichen Wesens verschwinden können, welche gerade des mitsührenden, im Gemeinwohl-Dienst geschulten, in der Hingabe an Werk und Walten des Gemeinwesens emporgewachsenen Städtebürgertums schlechterdings nicht entzählen können? — Nicht aus allgemeinen Wahlen, wie zum Alles umfassenden allgemeinen Gemeinwesen Staat und Reich, sondern aus geschicklich gewordener Gliederung in drei große Wirtschafts- und Bildungsgebiete des Volkslebens (Stadtgemeinde, Landgemeinde, Großgrundbesitz) heraus soll wie zu dem neu gestalteten Gemeinwesen „Kreis“ nunmehr auch der größere Selbstdarstellungs-Verband, „Provinz“ seine Vertretungs- und Verwaltungs-Körperschaften empfangen. Was sich hiergegen von Seiten einer Forderung allgemeinen und gleichen Wahlrechts einwenden lassen könnte, wäre anderswo und vielleicht unschwer mit achtsamem Rundblick auf die Zeitlage zu widerlegen; hier und für vorliegendes Erwähnen und Nachweisen gilt es nur, das plötzliche und nicht gebogene, ja unrichtige und unrechte Verlassen eines vorbedacht eingeschlagenen Weges vor Erreichung des Ziels zu erkennen und — soweit das Wort des Einzelnen anzuregen vermag — dagegen zum Widerstand zu rufen. Denn Widerstand muß geleistet werden gegen einen Gesetzentwurf, in welchem durch Wahlordnungs-Vorschläge Thor und Thür geöffnet wird, daß eben erst gestaltete Gleichberechtigung gesonderten Volkstheile zu Ungunsten des einen wieder aufgehoben wird. Zum Provinzial-Landtag durch die Kreistage die Abgeordneten wählen lassen, heißt einfach die Vertretung der kleinen eignen Kreisverband bildenden Städte dem Zufall preisgeben! Finden es die Landbesitzer — große wie kleine — vortheilhaft (und warum sollten und dürften sie es nicht finden?), daß nur sie und keine Stadtgemeinde die Abgeordneten des Kreises zum Provinzial-Landtag stellt, so ist die eine recht ansehnliche Stadt oder sind die mehreren kleinen Städte des Kreises durch Männer ihres Vertrauens, ihrer Bildungsstufe und ihrer ganzen, vielfach doch sehr abweichenden Anschauung vom öffentlichen Leben und Treiben, einfach

unvertreten. Und das kann und wird sich vielfach wiederholen — der Landtag des großen Gemeinwesens „Provinz“ wird neben verschwindender Minderheit des Städtebürgertums vom ländlichen Grundbesitz gebildet werden. Es ist schier unglaublich, daß an den vorbereitenden und vorberatenden Stellen der Gesetzgebung diese hochwichtige Lebensfrage für die ganze Zukunft provinzialer Selbstverwaltung bis jetzt wohl kaum eingehender Erwägung gewürdigt worden ist, daß auch in der Presse noch kein Wort darüber laut geworden zu sein scheint. Sind Gemeinsinn, Geschäft- und Verwaltungs-Erfahrung, ist eine denn doch im Organismus eines Provinzialverbandes nicht zu missende Pflege geistiger und idealer Güter durch die Kreistage schon so rasch und sicher verbürgt, daß nur aus ihrem Schoße die Leitung der Provinz und jene Pflege auch der Provinz obliegender idealer Güter hervorgehen kann?

Dass für den neuen Provinzialverband, seine Verwaltung und Vertretung, die Stadt als selbstständiges Gruppenglied heranziehen ist, entspricht nicht allein der Gerechtigkeit, der Notwendigkeit und der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern ist zugleich auch eine Sache einfacher Möglichkeit und ungezwungenster Ausführbarkeit. Es wurde wiederholt mitgetheilt, bei den Vorberatungen zu dem im Entwurf bereits ausgearbeiteten Gesetz sei das Berechtigte und Erwünschte einer gesonderten Wahl städtischer Abgeordneter zum Provinzial-Landtag durchaus nicht verkannt, da gegen aber eingewendet worden, daß ohnehin schon so vielgestaltige Ausrüstung für allerlei öffentliche Wahlen, mit einem etwas abspurenden Wort: die ganze „Wählerei“, werde dadurch zum Schaden von — um ein Goethesches Wort zu gebrauchen — „Lust, Freude und Theilnahme an den Dingen“ des Wahlsens allzusehr vermehrt. Es ist geradezu unerträglich, wie auf einmal das Wählen zum neuen Gemeinwesen der „Provinz“ das Wählen überhaupt verleidet soll. Ist dies gerade der Trost, welcher das volle Gefäß zum Ueberlaufen bringt? Das Vollsein wird nicht bestritten, besonders wenn man die Wahlen zu Reich, Staat, Kreis, weltlicher und kirchlicher Gemeinde so rasch einander ablösen läßt und nicht für angemessene Zwischenräume sorgt. Aber eben letzteres muß bei gutem Willen sich machen lassen und erscheint denn doch unschwer ausführbar. Nach Feststellung der Abgeordnetenzahl für die Provinzial-Landtagen wird auf jene, drei großen Wirtschafts- und Bildungsgebiete des Volkslebens, welche im Provinzial-Communal-Verband (um diesen Namen für das neue Gemeinwesen zu gebrauchen) vertreten sein sollen, eineVerteilung der selben nach der für die Kreistage gültigen Art vorgenommen; man bildet je nachdem aus einem Kreise oder aus zwei Großgrundbesitz-Verbänden, welche ihren oder ihre Abgeordneten unmittelbar wählen; ebenso nach zusammengelegten Kreisen Verbände der Landgemeinden, welche — wie schon jetzt für den Kreistag durch Wahlmänner — ihren Anteil an den Provinzialwahlen vollziehen, wobei ja sehr leicht den Kreistags-Wahlmännern zugleich der Auftrag für das zweite Wahlgeschäft zuerkannt werden kann; die Städte endlich wählen die auf sie nach den gesammelten Siedlungsbevölkerung der Provinz entfallenden Abgeordneten zum Provinzial-Landtag je nach ihrer Größe, und zwar entweder große Städte je mehrere und höhere Mittelstädte je einen (wie ja jetzt schon die aus dem Kreisverband ausgeschiedenen zum Kreistage) durch ihre Stadtverordneten, kleinere Mittelstädte in Zusammenlegung von zwei oder drei, und die wirklich kleinen und kleinsten Städte in Gruppierung von einer ganzen Anzahl durch Wahlmänner ihrer Stadtvertretungen je einen Abgeordneten, — wobei nur einfach, höchstens mit zeitgemäß entsprechenden einzelnen Abänderungen, das für die Wahl des alten „ständischen“ Provinzial-Landtags gültige Verfahren beibehalten werden kann. Vorgesetzte Meinung freilich hat es leicht, diese ganze Wahlart einen „schwergängigen Apparat“ zu nennen im Vergleich zu dem leichten Geschäft der Wahl durch die Kreistage. Unbefangene, sich die Sache nicht ohne Noth erschwerende Rücksichtnahme und Achtsamkeit auf die berechtigten Verhältnisse und Ansprüche wird ein Ausrüstung leicht zu handhaben finden, daß — von der „feudalen“ Gliederung abgesehen — bei dem bisherigen Provinzial-Landtagen seit Menschenaltern sich ganz gut handhaben ließ und bei der jetzt ja in so schöne und leichte Bewegung zu sehenden Verwaltungs-Maschine (dieser sind noch viel schwierige Dinge möglich) trefflich vorbereitet werden kann — es geht ja für die Kreistagswahl selbst! Und in Österreich bringt man Gleichtes nach den neuen Wahlordnungen für die „Landtage der Königreiche und Länder“ ganz musterhaft zu Stande, nicht minder in verschiedenen der kleinen deutschen Staaten. — Die ungezwungene Ausführbarkeit erscheint unwiderlegbar erwiesen; die einfache Gerechtigkeit: bei dem zu hochwichtiger Entwicklung berufenen neuen Gemeinwesen und Selbstverwaltungs-Gebiet „Provinz“ das eigenartige Culturgebiet „Stadt“, welches man so solches ja für den Kreis anerkennet, nicht auf Zufall und wechselnden Willen der beiden vereinigt stärkeren und vielfach zusammenfallenden Gruppen des Landbesitzes anzuweisen, kann nicht bezweifelt werden; die Notwendigkeit, die „Stadt“ in sicher verbürgter Vertreterzahl auf dem Landtag und im Verwaltungsausschuß der Provinz arbeiten und für gewohnte Pflege wichtiger Cultur-Gemeinschaften einzutreten zu lassen, wird sich sehr bald erweisen. Einen Vorsprung verlangt ja das Städtebürgertum nicht, aber wenn nun einmal aus der Gruppengliederung heraus die neuen Provinzial-Körperschaften geschaffen werden sollen, wie die neuen Vertretungs- und Verwaltungs-Organe des Kreises, so sei es unmittelbar, „direct“, nicht in plötzlichem Hinschlag zur mittelbaren, „indirekten“ Art, welche man ja sonst so entscheidend verläßt und welche im besprochenen Falle völlig unbegründbar, unmöglich und unbillig ist, nur zu leicht verhängnisvoll werden kann für sehr wichtige Erfordernisse des Gemeinlebens und der Cultur. Das junge Reich der Deutschen bedarf unter seinem „sicherer Dach“ in allen Thesseln seines neuen Staatsgebildes „wohnliches Gemach“ und in seinen einzelnen Landen und Gauen wird für deren Gemeinwesen die uralte deutsche Pflegestätte der Freiheit und Gesittung, der Ordnung und Sicherheit, die „Stadt“, noch lange nicht fehlen dürfen als vollgültiges, eigenartiges, selbstständiges Glied.

□ Militärische Briefe im Winter 1875.

LXXXV.

Bedeckung des offiziellen Generalstabswerkes: „Der deutsch-französische Krieg 1870—71.“ Heft 6.

(Die Schlacht von Gravelotte — St. Privat. — Der Angriff der Garde-Infanterie gegen St. Privat wird jetzt durch ihre Artillerie unterstützt. — Das Vorgehen der Sachsen gegen Roncourt. — Artilleriewirkung in St. Privat. — Gesamtlage der II. Armee bei Ablauf der 7. Stunde.)

Im Allgemeinen hatte das 4. Garde-Regiment, als es nach der Verwundung seines Commandeurs bis an den äußeren (linken) Flügel der 1. Garde-Brigade heran gelangt war, keine allzu großen Verluste erlitten. Letztere erhielt nun aber außer dieser die wirksamste Unterstützung durch die Artillerie. Die bereits früher ausgesprochene Ueberzeugung des General v. Pape, daß dem beabsichtigten Sturme auf St. Privat eine Beschließung des Dorfes durch Geschütz vorangehen müsse, heilte auch der Commandeur der 2. Garde-Division, General v. Budriski, welcher dem Kampfe seiner 4. Garde-Brigade beiwohnte (die 3. war bekanntlich noch weiter rechts beim IX. Corps) und seine Divisions-Artillerie zur Verfügung in seiner Nähe hielt. Mit dieser vereint ließ jetzt auch General v. Pape die ihm nächst stehenden Batterien zum weiteren Vorgehen auffordern. — Aus den Stellungen zwischen Habonville und St. Marie erfolgte nun ein allmäßiges Vorschießen der Artillerie. Vier Batterien rückten in das Infanterie-Feuer des Feindes hinein bis auf 1000 Schritte an St. Privat heran und begannen den Ort wirksam zu beschließen. Rechts von hier ging dann die Corps-Artillerie in neue Stellungen und nahm dabei den rechten Flügel gegen St. Privat vor. Bisher hatte man hier neben dem Regiment König August (der 4. Garde-Brigade) gegen die vordringenden Colonnas der Division Cissey energisch gewirkt, welche jedes Mal unter schweren Verlusten zurückgewiesen worden waren. Die Wirkungen des Feuers von Amanvillers kamen dabei mit in Betracht. Bisher noch zurückgehaltene Reserve-Compagnien mußten jetzt zum Schutz der Artillerie heranrücken. Endlich mußten auch die reitenden Batterien der Garde-Cav.-Division in die Angriffsline eindrücken.

So standen gegen 7 Uhr Abends 14 Garde-Batterien im Feuer; eine Gruppe gegen St. Privat und Vorwerk Jerusalem, eine zweite gegen Amanvillers. Die vereinigte Wirkung der ersten Gruppe machte sich bald fühlbar. Jerusalem wurde in Brand geschossen und auch in St. Privat schlügen jetzt Flammen empor. Unter dem Granat-Hagel drängten sich die feindlichen Truppenmassen immer dichter zusammen, während das Vorrwerk St. Privat nun auch von Norden her immer fester umspannt wurde. Die in der 3. Stunde eingeleiteten Bewegungen des XII. Corps begannen jetzt ihre Wirkungen zu äußern. — Während die 45. Inf.-Brigade in den Besitz der Höhle von Aboué gelangt war und östlich derselben gegen Montois und Roncourt Front machte, wurde dann auch die 47. Brigade von St. Marie bis an den südlichen Walbaum herangezogen. Unterdessen war durch den Krönprinzen v. Sachsen auch die Corps-Artillerie über 900 Schritte östlich vorgezogen und später noch weiter, um entstehende Front gegen Roncourt zu machen. Mittlerweile war auch die ebenfalls auf Roncourt vorrückende 46. Brigade (Umgehung-Colonne) auf die Hochfläche von Montois (im Norden) angelangt. Inzwischen ging die 48. Brigade in entwickelter Front gegen Montois los, sand dasselbe aber bereits vom Feinde verlassen und rückte daher, nachdem dies festgestellt, gleich gegen Roncourt auch weiter vor. — Bei diesem allgemeinen Vorgehen gegen Roncourt war der rechte Flügel der 45. Brigade mit dem Theile der 1. Garde-Inf.-Brigade in Berührung getreten, welcher sich beim Vorgehen auf St. Privat aus dem dritten Tressen in nördlicher Richtung abgewichen hatte. Es schlossen sich hier dem weiteren Vorgehen gegen Roncourt einige Garde-Compagnien an. Roncourt erkannte man als stark vom Feinde besetzt. Prinz Georg von Sachsen begleitete das Schützen-Reg. Nr. 108 und der Kronprinz von Sachsen begab sich auf den linken Flügel seines Corps, um der, wie es schien, dort bevorstehenden Entscheidung beizuhören. Man hatte die Absicht, sich in den Besitz von Roncourt zu setzen und dann zum Angriff auf St. Privat zu schreiten. Bei der Gefechtslage vor St. Privat konnten jedoch einzelne sächsische Truppenführer nicht anders als dorthin sobald als möglich unterstützend einzutreten. Das brachte gegen Roncourt und St. Privat hin eine zum Theil sich kreuzende Truppenströmung hervor, in welcher dieselben theils da, theils dorthin fortgezogen wurden. — Gegen Ablauf der 7. Stunde war hier nach die Gesamtlage bei der II. Armee folgende: Das IX. Armee-Corps war mit dem rechten Flügel über Chantrenne hinaus, mit der Mitte bis nahe an Amanvillers heran, mit dem linken war unmittelbare Unlehnung an das Garde-Corps. Letzteres ist im Besitz des Höhenzuges südlich von St. Privat, während die Westseite dieses Vorrwerks nahe gegenüber sich die zusammengeschossenen Überreste von 4 Infanterie-Regimentern (Kaiser Franz, 2., 3. und 1. Garde-Regt.) mit eiserner Ausdauer behaupten, ein 5. Regiment (4. Garde-Regt.) eben auf dem linken Flügel eingreift und noch 4 Bataillone (Füsilier und Jäger) eine Reserve bei St. Marie bilden. Von Westen und Norden her sind gleichzeitig zwei sächsische Infanterie-Brigaden (45. und 48.) im Vorgehen auf St. Privat und Roncourt, die beiden andern am Südrande der Höhle von Aboué in Bereitschaft. — Diese Gefechtslinie hatte eine mächtige Geschütz-Entwicklung zur Unterstützung und hinter ihr stand das seit dem 16. August sehr geliebte III. Armee-Corps mit der 6. Cavallerie-Division bei Verneville, zur Verfügung des Ober-Commandos bereit, aber bis jetzt nur mit Artillerie am Kampfe betheiligt. Das X. Armee-Corps befand sich seit 6 Uhr auf Befehl des Prinzen Friedrich Carl gegen St. Ali (von Bally) in Marsch, wo die vorgezogene Corps-Artillerie bereits eingetroffen. Die Spize der 20. Inf.-Division näherte sich diesem Ort; hinter dieser Division folgte die 19. Infanterie- und hinter ihr die 5. Cav.-Division. — Wir gelangen nunmehr zur Befreiung von Roncourt, zur Einführung von St. Privat und demnächst zum Ausgang der Schlacht bei der II. Armee.

Der Landtag hat nach einer längeren, wegen der Verhandlungen des Reichstages notwendigen Pause gestern seine Tätigkeit wieder begonnen und zwar mit der Abänderung zweier ziemlich alten Gesetze. Das Eine betrifft die kurhessischen „Greben“ oder Dorfschulen und datirt aus dem Jahre 1739; das Andere ist noch ein Paar Jahrhunderte älter und behandelt die hannoverschen Leinwandleggen. Die etwas ungebräuchlichen Ausdrücke „Greben“ und „Leggen“ sind in dem im Mittagblatte mitgetheilten Landtagsberichte näher erklärt. Beide Gesetze wurden ohne Debatte angenommen, während die dritte Vorlage über den Waldschutz seiner Wichtigkeit wegen einer Commission überwiesen wurde.

Der bereits mehrfach erwähnte Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter ist im landwirtschaftlichen Ministerium ausgearbeitet. Über den Inhalt desselben erfährt die „Voss. 3.“ noch, daß die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Gegenstand freier Uebereinkunft und daß jeder Arbeitgeber der Aufsichtsbehörde gegenüber verbinden soll, alle dienstlichen Einrichtungen auf seine Kosten herzustellen und zu unterhalten, welche mit Rücksicht auf die besondere Beschaffung des Arbeitsbetriebes und der Arbeitsstätte zur Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit notwendig sind. Die Beschaffenheit der Leistung und Gegenleistung, Anfang und Dauer des Arbeitsverhältnisses sollen sich nach der Ortsgewohnheit richten, soweit nicht durch den Vertrag besondere Vereinbarungen getroffen worden sind. Bei Tötungen oder Körperverletzungen durch Maschinenbetrieb soll das Reichsgesetz vom 7. Juni 1871 hinsichtlich der Verbindlichkeit zum Schadensfall zur Anwendung kommen.

Wie telegr. aus Berlin gemeldet wird, hat die Brandenburg'sche Provinzialsynode den Antrag, die Unfähigkeit dessen zum Lehramt auszusprechen, welcher die Gottheit Christi leugnet, abgelehnt.

Die „Köln. Volkszeit.“ schreibt: „Wie uns mitgetheilt wird, haben zwei hiesige Damen, Freifrau v. Geyer so wie Frau H. Nienke, sich bereit erklärt, Beiträge zur Beschaffung der in Lourdes zu stiftenden deutschen Votivfahne entgegenzunehmen. Wie bekannt, schrieb der ultramontane Pfarrer und Abgeordnete Dr. Hansjakob, der im vorigen Jahre Lourdes besuchte: Er wünschte nicht bei der sogenannten internationalen Kirche, wo alle Völker ihre Weisgeschenke darbringen sollen, die deutsche Nation vertreten zu sehen. Er ist so ehrlich, zu gestehen, daß dort die Religion missbraucht, um zum Nachkrieg gegen Deutschland die ganze katholische Welt zu fanatisieren. Wir hoffen demnach, daß obengenannte Damen ihre Aufforderung zurückziehen werden, da wir nicht annehmen können, daß sie wissenschaftlich eine vaterlandsfeindliche Demonstration in Scène sehen wollen.“ Bekanntlich hat sich der schlesische Ultramontanismus den traurigen Ruhm erworben, zu dieser vaterlandsfeindlichen Demonstration den ersten Anstoß gegeben zu haben.

Ein offizielles österreichisches Blatt, die „Montags-Nouv.“ kündigt nunmehr an, daß die Podgorizza-Affaire definitiv beigelegt ist. Nachdem die Pforte bekanntlich ihren ursprünglichen Standpunkt bezüglich der gerichtlichen Behandlung einiger in die blutigen Vorgänge von Podgorizza verschloßenen Montenegriner fallen gelassen, wurde von Seite der Regierung des Fürsten Nicolaus der Anspruch erhoben, daß in der Vollziehung der von dem Gerichte von Scutari über die heiligsten türkischen Unterthanen gefällten Urtheile durch die gegen jene Montenegriner einzuleitende Untersuchung kein Aufschub einzutreten habe. Auf den Rath der vermittelnden Mächte ist Montenegro von dieser Forderung zurückgekommen und die Verständigung mit der Pforte bezüglich des in der Angelegenheit einzuhaltenden Modus procedendi in allen Punkten erzielt worden.

Der „Times“ zufolge (vergl. Telegraphische Depeschen) ist dagegen die Einigung der Türkei mit Montenegro wohl zu erwarten, jedoch bisher noch nicht erfolgt. Auch der Belgrader Rang- und Etiquettestreit scheint,

der „Montags-Nouv.“ zufolge, seiner Lösung nahe gerückt. Das genannte Blatt schreibt:

Innerhalb des Belgrader Consularcorps selbst hat die Reclamation der deutschen Regierung, wie zu erwarten stand, die volle Verständigung erfahren. In der That ließ sich nicht verkennen, daß der mehrjährige Konsul, der den mit dem Titel eines „diplomatischen Agenten“ ausgesetzten Vertretern den Vorhang vor den einfachen Generalconsuln einräumte, mit den völkerrechtlichen Abmachungen des Annexprotolos zum Wiener Kongresse und den Feststellungen des Nachher Congresses unvereinbar erschien und die Beschwörde des Berliner Cabinets eine allseitig begründet war. Der kaiserl. und Königl. Generalconsul wurde daher angewiesen, den Standpunkt dieses Cabinets zu unterstützen, und Herr v. Kallay gab nicht nur das Doyenat, das er als ältester diplomatischer Agent eingenommen hatte, an den k. russischen Generalconsul ab und begnügte sich mit dem ihm in der Eigenschaft eines Generalconsuls nach dem Datum seines Ernennungsdecretes zukommenden Range, sondern vermochte auch die übrigen diplomatischen Agenten, wenigstens provisorisch und bis zum Eintreffen ihrer speziellen Instructionen auf die durch längere Zeit behauptete und völkerrechtlich nicht sanctionirte besondere Nachstellung zu verzichten. Auch die serbische Regierung, welche sich ursprünglich der Reclamation zu entziehen suchte, und durch ihre ausweichende Haltung die Abreise des kaiserl. deutschen Generalconsuls veranlaßte, scheint neuestens eingelenkt und der Forderung Deutschlands eine objectivere Auffassung entgegengebracht zu haben.

Über die Wendung, welche die Dinge in Frankreich durch die Annahme des Wallon'schen Antrages genommen haben, spricht sich eine Pariser Correspondenz der „A. B.“ dahin aus, daß es den Anschein habe, als ob die Republik mit dem offenen Thore der Revision so zu Stande kommt, wie das sinkte Centrum es wünschte. Je weiter jenes Thor aber, desto williger werden — so sagt diese Correspondenz — die Orléanisten sich in die Lage finden. Der Marshall Canrobert mit seinem tollen Briefe, die Wahl in den Hochpyrenäen, wie die Gerüchte über die Gründer-Anleihe des Chiselhurstler Höschens haben zu dieser Wendung nicht wenig beigetragen und die Orléanisten überzeugt, daß Broglie der Unglücksbrau ist, der ihnen mit seinem Hass gegen jede republikanische Sympathie den Bonapartismus auf den Hals bringen wird. Der „Moniteur“ erblieb in der Abstimmung vom 30. v. M. weniger eine republikanische als eine „nationale und gouvernementale“ Angelegenheit, eine Anerkennung für den Marshall-Presidenten, aus welchen Kreisen er sein Cabinet bilden solle. Im Chysée, wo Broglie nach wie vor das Ohr des Marshalls bestimmt, ist man für das beliebte Zeitgewinnen; zugleich wird Thiers als der Minister des Planes, um das Wallon'sche Amendement durchzubringen, bezeichnet und seinem Ehrengesicht das Schlimmste nachgesagt. Thiers will daher dem Unternehmen nach die erste Gelegenheit ergreifen, um zu erklären, daß er nicht daran denke, jemals wieder nach seiner früheren Stellung zu trachten; ihm sei die Organisation der Republik, die er stets verfochten, Genugthuung gewollt. Alles hängt davon ab, ob derjenige Theil des rechten Centrums, der weiß, was auf dem Spiele steht, fortan mit der Linken Hand in Hand geht oder ob er sich wieder von Broglie beschwärzen läßt. „Debats“ und „Temps“ hoffen das Beste; die „Presse“ meldet in fast weinlicherem Tone, daß mit Wallon die Republik wie ein Dieb in der Nacht gekommen sei; doch tröstet sie sich mit „Überraschungen“ und „Zwischenfällen“, die vielleicht schon der nächste Montag bringen dürfte. „Macht euch nur lustig über unsere Majorität von nur einer Stimme“, ruft „Vieux Public“ den Gegnern zu; „eine Partei welche die Nation hinter sich hat, findet in dieser allgemeinen Zustimmung eine Unterstützung für eine schwache parlamentarische Majorität.“ Die legitimistische „Union“ schüttelt das würdige Haupt über die „Republikaner von der gemäßigten Sorte“, die noch schlimmer als die anderen seien, „weil sie das allgemeine Gefühl irre leiten“ und den heilsamen Abcphen abschwächen, den Frankreich vor der Republik habe. Die Republik ist der „Union“ nur der Anfang vom Absatz des Landes von Heinrich V., für den es durch den Cäsarismus des Napoleoniden geübt werden würde. Es ist eine gottose Note, diese Wallon, Laboulaye u. s. v.

Das Ende des Grafen St. Germain.

Das vorige Jahrhundert, das der Philosophie und der Ausklärung, war bekanntlich wunderbarer Weise zugleich das Jahrhundert des thörichtsten Überglaubens, und aus der Geschichte desselben treten uns neben den Namen Friedrich II., Leibniz, Newton, Kant, Lessing und Voltaire die Namen Tagliostro, Schreyer und St. Germain entgegen. Es war eine Übergangszeit, in welcher das Alte zerfiel, das Neue aber noch nicht aufgebaut war. Die große Masse der sogenannten gebildeten Welt hatte von der neuen Wissenschaft den allgemeinen Zwischen an den zeitlichen Autoritäten angenommen, hatte den alten Mysterien entsagt, aber ihre Phantasie verlangte nach neuen. Die erst beginnenden, eine totale Umwandlung anbahnenden Entdeckungen im Gebiete der Physik und Chemie spannten theils die Erwartungen des Publikums auf höchste, theils gaben sie Speculanen zu mancher Mystification Gelegenheit, bei welcher die Unbekanntheit des Publikums mit den neuen Fortschritten der Wissenschaft in Rechnung gebracht war.

Die eigenhümliche Richtung, in welcher sich diese Leichtgläubigkeit des Jahrhunderts kundtat, wurde von keinem in so großem Style und im Ganzen mit so geringen Mitteln höherer Geisteskraft und Bildung ausgebeutet, als von Tagliostro.

Dagegen scheint Graf St. Germain unter den Charlatans des 18. Jahrhunderts einer der unschädlicheren gewesen zu sein, und mit seinen Schwindelien nicht eben mehr beweckt zu haben, als sich in der vornehmen Welt und deren Genüssen zu behaupten, auf Kosten reicher Großen ein behagliches Leben zu führen und sich an dem Staunen zu ergötzen, das seine Besonderheiten erregten. Zudem war er, im Unterschiede von dem ziemlich ungebildeten Tagliostro, ein Mann von manchen Kenntissen und Talenten. Er sprach sehr gut deutsch und englisch, vorzesslich italienisch, das Französische mit piemontesischem Accent, das Spanische und Portugiesische in vollkommenster Reinheit. Er spielte die Geige mit wunderbarer Fertigkeit und war im Stande, hinter einer spanischen Wand stehend, die Zuhörer glauben zu machen, daß sie ein ganzes Orchester hörten. Auch besaß er mancherlei Geheimmittel, namentlich zu Schminken, Schönheitsmitteln und Farbeflossen; auch zu einer äußerst schönen Composition von Kupfer und Zinn, wahrscheinlich auch zu nachgemachten Edelsteinen.

Dem Baron Gleichen zeigte er, wie dieser in seinen Denkwürdigkeiten, einer Schrift, welche nur selten gefunden wird, erzählt, außer einer kleinen Sammlung vorzesslicher Gemälde, worunter eine heilige Familie von Murillo, eine Menge von so glänzenden und großen Edelsteinen, daß Gleichen die Schäze der Wunderlampe zu erblicken glaubte, und denen sich die wahrscheinliche Unechtheit wenigstens nicht ansehen ließ. Aber er behauptete weder, eine Universalmedizin oder gar den Stein der Weisen zu besitzen, noch rühmte er sich überhaupt übernatürlicher Kenntnisse. Er lebte sehr mäßig, trank nie beim Essen und purgirte sich mit von ihm selbst zubereiteten Sennblättern. Einwas Anderes rieb er auch seinen Freunden nicht, wenn sie ihn fragten, was man ihm mache, um lange zu leben. Wohl aber sprach er oft mit mysteriöser Emphase über die Tiefen der Natur und öffnete der Phantasie einen weiten Spielraum in Betreff seines Wissens, seiner Schäze und seiner erlauchten Abkunft. Den Regierungen bot er nicht, wie andere Charlatans, das Geheimniß der direkten Goldmacherkunst an, sondern eine indirekte Bereicherung durch allerlei industrielle Unternehmungen.

welche in die Kirche gehen, sogar mit den Jesuiten arbeiten und dennoch nicht an Heinrich V. und den Bestand des Gottesgnadenthums in Frankreich, obgleich es jetzt von Wundern wimmelt, glauben! Das ultramontane „Univers“ spricht, selbst genug, von „Cartesier“ und fragt, ob jetzt jemand beweist, daß „wir“, d. h. die Ultramontanen, „im Dreieck sitzen.“ Um Wallon persönlich an den Pranger zu stellen, ruft „Univers“ ihm zu: „In der That, Herr Wallon hat das Recht errungen, auf derselben Liste mit Gambetta zu prangen. Und vielleicht trachtete er noch nichts Anderes mit seinem heillosen Antrage! Was wollen Sie mehr? Die öffentliche Meinung schlägt so oft um; wo wären die Aussichten, zu etwas zu kommen, wenn man nicht den Mantel nach dem Winde drehte!“ Der arme Wallon!

In England wird, wie es scheint, die Regierung nun wirklich einen Gesetzentwurf für Wiedereinführung der Prügelstrafe für besonders brutale Fälle persönlicher Gewaltthat einbringen. Natürlich ist wohl hierbei die jetzt beim Pöbel der Großstädte sehr beliebt gewordene Raufweise des „Beretret“ in's Auge gesetzt.

Was die Führung der liberalen Partei in England betrifft, so haben besonders drei Männer in den letzten Tagen die allgemeine Aufmerksamkeit durch die Reden, die sie gehalten, wiederholt auf sich gelenkt: Der Earl of Kimberley, zuletzt Colonial-Minister unter Gladstone, dem, wenn Lord Granville einmal Premier werden sollte, mutmaßlich das Auswärtige Ministerium anvertraut werden wird; Herr Gösch, dem im liberalen Cabinet der Zukunft ein hoher Posten nicht entgehen kann, und Lord Hartington, der noch immer als der wahrscheinlichste Nachfolger Gladstones in der Führung der Unterhaus-Opposition bezeichnet wird. Aus ihren Reden ist als das Bedeutungsvollste hervorzuheben, daß sie alle Drei sich mit warmen Worten über die untergelegten Leistungen Gladstones und mit tielem Bedauern über dessen Rücktritt von der Führerschaft äußerten; daß sie ebenso einstimmig die jetzige Ohnmacht der liberalen Partei eingestanden, ohne jedoch an deren Zukunft zu verzweifeln; daß sie ferner einstimmig erklärt, dem jetzigen Ministerium keine mühsame Partei-Opposition machen zu wollen, und daß sie schließlich nicht minder einstimmig jetzt schon jede gewaltsam herbeizuführende Agitation als einen Angriff der liberalen Partei von vorne herein bezeichneten.

Von besonderem Interesse für Deutschland ist gegenwärtig ein Kampf, der mit ziemlicher Lebhaftigkeit in der holländischen Presse geführt wird: Wie man nämlich dem „Schwab. Mercur“ aus Rotterdam schreibt, liegen sich im Augenblick die deutschfreudlichen und die deutschfeindlichen Blätter daselbst ärger in den Haaren, als je. Den beruhigenden Versicherungen gegenüber, mit welchen der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ die englischen Beschlüsse hinsichtlich einer Annexion Hollands durch Deutschland in ihrer Lächerlichkeit dargestellt hatte, schnallte die „Arnheimer Zeitung“, die im Deutschenhaß hinter keinem französischen Blatte zurücksteht, den Panzer ein patriotischen Entrüstung und eines Chauvinismus an, wie derselbe während des böhmischen und deutsch-französischen Krieges kaum greller zu Tage getreten ist. Sie tischt nämlich ihren Lesern die überraschende Nachricht auf, daß im Jahre 1870 35,000 Preußen an der holländischen Grenze zusammengezogen waren, um auf einen telegraphischen Befehl Bischofs sofort in Holland einzurücken und bis nach Amsterdam vorzudringen! Den höhnischen Zweifeln der andern Blätter gegenüber verbürgt sich das Arnheimer Blatt für die Wahrheit der von ihm aufgestellten Behauptung, kann aber natürlich irgend welchen Beleg dafür nicht liefern. Gesezt, dem wäre aber wirklich so, so hätte, färbt die gedachte Correspondenz des „Schw. Mer.“ fort, die preußische Regierung nur dem Gebote der Vorsicht gefolgt, da man bekanntlich in einflussreichen Kreisen im Haag die französischen Sympathien sehr offen zur Schau trug, und wenn auf das Wollen nicht das vollbringen folgte, so lagen die Gründe hierfür in der energischen Haltung des damaligen Ministeriums. Die Militär-Blätter in

Ogleich es unsere Absicht ist, über sein dunkles Lebensende uns zu verbreiten, so darf es doch manchem unserer Leser von Interesse sein, auch über das befaßtere Leben des seltsamen Mannes etwas mehr zu erfahren, als es die dürfstigen Notizen in dem Conversations-lexicon bieten. Wir geben daher zunächst einige Umrisse seiner Lebensgeschichte, indem wir dabei dem interessanten Buche Friedrich Bülow's: „Geheime Geschichten und rätselhafte Menschen“ folgen.

Seit dem Jahre 1750 trat unser Aventeur zuerst als Marquis von Montserrat, in Venetia als Graf de Bellamare, in Pisa als Chevalier Schöning, in Mailand als Chevalier Welldone, in Genua als Graf Solitow, in Schwabach als Graf Ragozy, in Frankreich als Graf St. Germain auf, welchen letzteren Namen er dann bis an sein Ende beibehielt. Seine eigentliche Herkunft ist niemals entdeckt worden, auch sein Vaterland nicht. Selbst Friedrich der Große bezeichnet ihn als einen Mann, den man niemals habe enträtseln können. Wenn er, wie er es liebte, von seiner Kindheit sprach, malte er sich umgeben von zahlreichem Gefolge, wie er sich auf prächtigen Terrassen in einem förmlichen Klima erging, als wäre er der Kronprinz von Granada zur Zeit der Mauern gewesen. Ein alter Baron von Stosch wollte unter der Regentschaft (1715—1723) einen Marquis von Montserrat gekannt haben, der für einen natürlichen Sohn der Witwe des Königs Carl II. von Spanien und eines Madrider Banquier gegolten habe. Einige haben St. Germain für einen portugiesischen Marquis, Andere für einen spanischen Jesuiten, noch Andere für einen elssäser Juden gehalten. Der Herzog von Choiseul erklärte ihn einmal in zorniger Stimmung für den Sohn eines portugiesischen Juden. Derselbe war nämlich aufgebracht über St. Germain, weil er bei einer diplomatischen Intrigue, die der König, oder vielmehr der Marshall de Belleisle hinter Choiseul's Rücken gespielt, zum Werkzeug gedient hatte. Bekanntlich bestand Choiseul's Lieblingsplan und gewissermaßen der Stolz seiner staatsmännischen Laufbahn in der von ihm bewirkten Aussöhnung und Verbündung zwischen Frankreich und Österreich. Belleisle, der alte Gegner Österreichs aus dem österreichischen Erbfolgekriege her, widerstreute dieser Politik aussichtsreich. Ludwig XV. und die Marquise Pompadour waren jedenfalls des Krieges müde, der nicht ging, wie er sollte. Auch Choiseul wollte den Frieden; aber man zweifelte, ob er so eifrig dafür wirkte, wie es im Sinne der anderen Partei war. St. Germain gehörte zu den Günstlingen Belleisle's und gab ihm manchere seltsame Ratschläge. Jetzt zunächst versicherte er ihm, daß er mit dem eben im Haag befindlichen Prinzen Ludwig von Braunschweig vertraut sei und durch diesen am leichtesten eine Unterhandlung anknüpfen könne. Der König und der Kriegsminister schickten denn in der That den St. Germain nach dem Haag. Allein der dortige französische Gesandte entdeckte das Geheimniß dieser Sendung und schickte sogleich einen Courier an Choiseul, mit bitteren Beschwerden, daß er ohne sein Mitwissen, unter seinen Augen durch einen unbekannten Fremden den Frieden unterhandeln lasse. Choiseul schickte den Courier sogleich mit einer Anweisung an den Gesandten zurück, wonach dieser mit möglichstem Nachdruck von den Generalstaaten die Auslieferung St. Germain's verlangen und ihn dann gebunden in die Bastille schicken sollte. Um folgenden Tage brachte Choiseul im Conseil die Depesche des Gesandten vor, verlas darauf die Antwort, die er erhielt hatte, ließ eine Blöße mit Stolz auf seinen Collegen herumgehen, rüchtierte sie dann abwechselnd auf den König und Belleisle und sagte endlich;

„Wenn ich mir nicht die Zeit genommen habe, die Befehle des Königs einzuhören, so beruht das nur auf meiner Überzeugung, daß Niemand hier gewagt haben würde, einen Frieden ohne Vorwissen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Ew. Majestät zu unterhandeln.“ Der König schlug die Augen nieder wie ein Schuldiger; der Minister wagte kein Wort zu sprechen und der Schritt des Herzogs von Choiseul ward genehmigt. St. Germain entfam ihm aber doch. Die Generalstaaten bezeugten sich zwar willfährig, welche Gesäßigkeit sie auch sehr geltend zu machen wußten, und schickten eine zahlreiche Wache ab, ihn zu verhaften; er war aber vorher in der Stille von der Sache in Kenntniß gesetzt worden und entfloß nach England.

Von hier ging er bald nach Petersburg und soll hier bei der Revolution von 1762 eine Rolle gespielt haben, von der man jedoch nichts Näheres weiß. Jedenfalls war er auch nachher mit den Orlows sehr befreundet. Als er 1770 in russischer Generalsuniform und unter einem russischen Namen in Livorno erschien, wurde er von dem Grafen Alexis Orlow mit einer Rücksicht behandelt, welche dieser stolze Mann gegen Niemand zeigte, und Gregor Orlow, der ihn 1772 mit dem Markgrafen von Anspach zu Nürnberg auf der Durchreise sah, nannte ihn seinen caro padre und sagte über ihn zu dem Markgrafen: „Voilà un homme qui a joué un grand rôle dans notre révolution.“ Von Petersburg ging er nach Berlin und zog dann in Deutschland und Italien umher. Längere Zeit lebte er in Schwabach und bei dem Markgrafen von Anspach, den er auch nach Italien begleitete. Bülow schließt seine Mitteilung über das Leben des Grafen St. Germain mit den Worten: „Bulezt hielt er sich in Eckernförde bei dem Landgrafen Carl von Hessen, bekanntlich einem großen Gönner geheimer Wissenschaften und einer reichen zahlreicher Charlatane, auf und starb bei ihm lebensmüde im Jahre 1780. Während des letzten Jahres seines Lebens ließ er sich nur von Frauenzimmern bedienen, die ihn wie einen zweiten Salomon pflegten und hätschelten, und in deren Armen er starb, nachdem er allmählig seine Kräfte verloren. Seine Papiere kamen in die Hände des Landgrafen, dem man aber niemals eine Auskunft über die Rätsel, welche St. Germain seinen Zeitgenossen aufgegeben, hat abgewinnen können, der aber auch nicht der Mann dazu war, bei Beurtheilung solcher Männer Kritik anzuwenden.“ Hierach wäre das Todesjahr St. Germain's 1780 und soll er in Eckernförde sein Leben beschlossen haben. Andere geben das Jahr 1784, wieder Andere 1795 an. In Ersch. und Grubers Encyclopädie heißt es über das Lebensende des Abenteurers: „Sein Todesjahr fällt zwischen 1780 und 1784 und nicht erst um 1795; daß hierüber keine Gewissheit statthält, beweist zur Genüge, daß er seinen Ruhm überlebt hatte und verschollen war, oder daß seine geistige Umgebung ein Geheimniß daraus zu machen suchte. Daher es dem Baron von Gleichen, welcher das Thun und Treiben dieses außerordentlichen Abenteurers seit dem Jahre 1759 auch in der Entfernung von demselben unverzagt im Auge behielt, nicht gelang, Tag und Jahr seines Todes zu ermitteln, sowie auch alle Mühe, welche sich die Freunde, die Dienerschaft und sogar die beiden Brüder des Landgrafen Carl gegeben hatten, um das Geheimniß der Herkunft dieses St. Germain aus ihm selbst zu erforschen, vergeblich gewesen sein soll.“ In der That wird sich das Todesjahr des Abenteurers nicht feststellen lassen; aber gewiß scheint es zu sein, daß er nicht in Eckernförde das Leben beschloß.

Darmstadt haben ohnedies vor einiger Zeit den Beweis geliefert, daß die holländische Armee nach der Mobilisierung im Jahre 1870 eine Stellung an der Grenze eingenommen hatte, welche es ihr ermöglicht hätte, nach einem ersten französischen Siege der preußischen Armee in den Rücken zu fallen! Wir dürfen nicht unerwähnt lassen, daß die angesehendsten Blätter, wie das „Amsterdamer Handelsblatt“, das „Waterland“, sowie das „Nieuws van den Dag“ dieses mutwillige Gebahren des Arnheimer Blattes, das es besonders darauf angelegt zu haben scheint, Hass und Misstrauen gegen Deutschland fortwährend zu schüren, in sehr entschiedener Weise mißbilligen. Nur die clericale Presse steht dem genannten Schmähblatt zur Seite.

In Amerika hat die Thronbesteigung des jungen Königs von Spanien einige Sensation gemacht. Man trat bisher in den zahlreichen Verwicklungen mit Spanien höchst nachsichtig auf, weil man die spanische Republik nicht arg hätte drücken wollen. Man wird, sagt eine vom 13. v. Mis. datirte New-Yorker Correspondenz, nicht überreicht sein dürfen, wenn in Zukunft, da das sympathische Motiv nunmehr geschwunden ist, in Betreff der cubanischen Revolution und der für die Virginian-Affaire immer noch nicht berichtigten Indemnität eine schroffere Politik in Washington adopirt werden sollte. Darum wird der Präsident doch nicht zögern, den jungen König sofort anzuerkennen; im Gegenteil hat der amerikanische Gesandte schon den Auftrag erhalten, sobald der König in Madrid sich niedergelassen hat, diesem seine Creditive zu überreichen. — In Lincoln, der Hauptstadt Nebraskas, ist eine eigenthümliche Revolution ausgebrochen. Die Straflinge im Zuchthause empörten sich am 12. d. Mis. während der Abwesenheit des Directors, nahmen Besitz von den Waffen in der Rüstkammer, spererten die Familie des Directors und die weiblichen Straflinge ein und verbarricadierten sich. Abends rief der Director die Bürger zu den Waffen, und diese patrouillirten in der Nähe des Zuchthauses, jeden Augenblick erwartend, daß die Straflinge einen Aussall und Fluchtversuch machen werden. Der Gouverneur von Nebraska hat militärische Hülfe requirierte und eine Compagnie ist ihm aus Omaha zugeschickt worden. — Tennessee hat einem Telegramm aus Amerika zufolge den Expräsidenten Andrew Johnson zum Senator der Vereinigten Staaten erwählt.

Deutschland.

= Berlin, 1. Febr. [Aus dem Bundesrathe.] Urlaub Delbrück's. — Die Kreis- und Landgemeinde-Ordnung für die westlichen Provinzen. — Die gestrige Bundesratssitzung nahm eine sehr lange Ausdehnung an, es wird über die Einzelheiten noch folgendes bekannt. Der Reichstag beschloß wegen Abänderung des Art. 32 der Reichsverfassung bezw. auf Gewährung von Reisestunden und Diäten für Reichstagsmitglieder ist an den Versammlungs-Ausschuss verwiesen worden. Es ist indessen Ansicht vorhanden, daß der Bundesrat seine bisherige ablehnende Stellung gegenüber der Diätenfrage aufgeben wird. Die Gesetze über den Landsturm und über die Ausdehnung der militärischen Kontrolle wurden vom Bundesrathe sofort nach den Beschlüssen des Reichstages angenommen und werden dem Kaiser zur Vollziehung unterbreitet werden. Auch über das Gesetz wegen Beurkundung des Personenstandes wurde man sofort schlußig geworden sein, wenn sämtliche Commissare informirt gewesen wären. Die Beiglasfassung soll in der nächsten Sitzung und sobald als irgend thunlich die Publication des Gesetzes erfolgen. — Die Veröffentlichung der Entwürfe über die gewerblichen Hilfsklassen ist gleichfalls beschlossen worden und steht unmittelbar bevor. Zu Erörterungen führte dann auch namentlich die Angelegenheit wegen Einführung des jetzt kursirenden Staatspapiergeldes und dessen Erlauf durch Reichskassenscheine; es sind bei der ungleichmäßigen Einführung der neuen Reichsmünze vielfache Schwierigkeiten noch zu beseitigen, indessen ist eine Verständigung bereits erzielt. — Der Bundesrat wird übrigens

in allernächster Zeit nur noch wenige Plenarsitzungen abhalten, in denen das noch vom Reichstage überwiesene Material seine Erledigung finden soll. Dazu gehört in erster Linie das Bankgesetz. Ist diese Arbeit gethan, so wird eine längere Pause in den Bundesratsharbeiten eintreten, die dann im Wesentlichen überhaupt auf Verwaltungs-Angelegenheiten beschränkt werden dürfen. — Der Präsident des Reichskanzleramtes, Minister Delbrück, tritt in der zweiten Hälfte dieses Monats nach seiner Vermählung eine Reise nach Italien an und es wird dann der Director Ek seine Vertretung übernehmen. Uebrigens wird zunächst im Bundesrathe auch noch ein Abkommen über die Vertretung der Reichsregierung in der ständigen Justizcommission getroffen werden. Die größeren Staaten sind entschlossen, mehrere Commissare zu den Commissions-Versammlungen abzuordnen. Dieselben werden nicht, wie von einigen Seiten behauptet worden, außerhalb Berlins, sondern hier im Reichstage in dem, gewöhnlich von den Militär-Commissionen benutzten Saale abgehalten werden. — Im Abgeordnetenhaus beschäftigen sich alle Parteien lebhaft mit der Frage, ob und wie weit die Kreis- und Landgemeinde-Ordnung für die westlichen Provinzen zur Vorlage gelangen wird. Von einer Seite wurde heute mit aller Bestimmtheit behauptet, die Vorlegung der betreffenden Entwürfe sei definitiv vertagt, während andererseits dieser Nachricht direct widergesprochen wurde. Es liegt in der Absicht, der Ungewissheit über diese Frage demnächst durch eine Interpretation ein Ende zu machen und falls die Beantwortung derselben den gehegten Erwartungen nicht entsprach, sollte die betreffenden Entwürfe aus dem Schosse des Hauses einzubringen und zur Debatte gelangen zu lassen. Thatsächlich hat der Minister-Präsident Fürst Bismarck in letzterer Zeit mehrfach mit Abgeordneten über die Vorlagen konferirt und zwar mit den Abgeordneten Thielemann (Landrat des Elberfelder Landkreises), Seyffert, v. Sybel und Kloppe. Eine Übereinstimmung besteht darin, daß die Einführung der Landgemeinde-Ordnung nur unter ziemlich weit gehenden Cautionen gegen die Agitationen der Ultramontanen thunlich sein, der Einführung der Kreisordnung aber, wenn man von der Landgemeinde-Ordnung absieht, keine Bedenken entgegen stehen.

** Berlin, 1. Februar. [Das Civilstandsgesetz und die Eintragungen in die Sterberegister. — Expropriationen für Eisenbahnen.] Nach § 149 der Criminalordnung darf in Fällen eines mutmaßlich nicht natürlichen Todes, mag derselbe durch Gewalt, Selbstmord, Zufall herbeigeführt sein, die Beerdigung nur auf Grund einer Bescheinigung des zuständigen Gerichts erfolgen. Anknüpfend an diese Vorschrift schreibt der § 41 des preußischen Civilstandsgesetzes vor, daß wenn eine amtliche Ermittelung über den Todesfall stattfindet, die Eintragung des Sterbefalles in die Sterberegister auf Grund der schriftlichen Mitteilung des zuständigen Behörde erfolgt. Dem Vernehmen nach ist mehrfach Streit darüber entstanden, ob unter der zur Mitteilung verpflichteten Behörde das Gericht oder die Polizei zu verstehen ist und es ist deshalb eine Entscheidung der Centralstelle wünschenswert, da sonst leicht der Fall entstehen könnte, daß beide Behörden die Anmeldung unterlassen. Der Zweifel ist übrigens durch das vom Reichstage angenommene deutsche Civilstandsgesetz nicht gelöst. — Das heilste Polizeipräsidium hat, wie ich höre, den prinzipiell wichtigen Entschluß gefaßt, alle Expropriationen für Eisenbahnen innerhalb seines Bezirks nach der älteren Gesetzgebung zu bearbeiten, soweit für diese Eisenbahnen in irgend einem preußischen Verwaltungsbezirk bereits vor Erlass des neuen Expropriationsgesetzes vom 11. Juni v. L. Expropriationen stattgefunden haben. Die Ansicht wird gestützt auf die Übergangsbestimmungen in dem neuen Gesetz (§ 55), wonach ein „bereits ein-

geleitetes Enteignungs-Versfahren“ nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt werden soll, in Verbindung mit der Erwägung, daß das neue Verfahren den Verwaltungs-Behörden eine Abänderung der Richtungslinie gestattet (§ 21). In der That würde die Annahme des Gegenteils dazu führen können, daß eine bereits fertig hergestellte exproprierte Strecke mit der erst nachträglich unter der Herrschaft des neuen Gesetzes abgeänderten Strecke außer Zusammenhang käme. Der Grundsatz findet dem Vernehmen nach auf sämmtliche zur Zeit noch im Bau begriffene Berliner Bahnen, also auf die Dresdener, Nord- und Verbindungsbaun Anwendung. Dagegen wird die Stadt-bahn, zu der die ersten Expropriationsanträge erst unter der Herrschaft des neuen Gesetzes gestellt sind, ausschließlich nach diesem bearbeitet.

○ [Wasserweg zwischen Berlin und der Oder.] Obschon eine Wasserleitung zwischen Berlin und der Oder durch zwei Kanäle, der Finow und der Friedrich-Wilhelmskanal, vorhanden ist, so hat sich doch schon seit einer Reihe von Jahren das Bedürfnis auch einem neuen Wasserwege zwischen den genannten beiden Punkten gezeigt. Der Finowkanal, welcher den Wasserweg zwischen Berlin und Stettin sowie der Ostsee vervollständigt und als die kürzeste und fahrbare Straße nach der Wartburg und dem Osten des preußischen Staates darbietet, ist schon lange nicht mehr im Stande, den Schiffsservice genügend zu fördern. Die kurze Strecke durch diesen Kanal verlangt zum Passiren oft einige Wochen. Der Friedrich-Wilhelmskanal vermag für den Weg nach Stettin und der Ostsee durchaus keinen Erfolg zu bieten, weil die Strecke durch denselben zu groß werden würde. Ueberdies ist die Spree oberhalb des Müggelsees oft so flach, daß sie sich in den Sommermonaten bei trockener Witterung für eine geübliche Schiffsahrt nicht eignet. Der Friedrich-Wilhelmskanal wird deshalb bei der Wasser-Verbindung mit dem Osten der Monarchie niemals eine wesentliche Rolle spielen. Schön seit dreißig und mehr Jahren ist daher das Project aufgetaucht, eine dritte Wasser-Verbindung zwischen Berlin und der Oder zur Ausführung zu bringen. Es ist dabei immer eine Linie ins Auge gesetzt worden, welche möglichst direkt auf Küstrin zu geht, so daß der Wasserweg nach der Weichsel und ihren Nebenflüssen sehr erheblich abgekürzt werden würde. Über eine Realisirung des Projektes wurde trotz seiner Wichtigkeit nicht ernstlich besprochen. Es ist dieselbe von Neuem, wie es scheint, sehr ernstlich in die Hand genommen worden. Einem Consortium sind die Vermessung von Canal-linien in der angegebenen Richtung und die Vorarbeiten zur Anlage eines Canals gestattet worden. Es sind zwei Richtungen, die eine nördlich, die andere südlich von der Ostbahn hierbei in Betracht gezogen. Die südliche ist früher als die geeignete angesehen worden. Sie läuft von Berlin nach Cöpenick, den Kalkbergen, dem Rothen Loch, Müncheberg und schließt nach Küstrin. Die andere soll in der Gegend von Tegel anfangen und bei Küstrin endigen. Es wird diejenigen Linie zum Bau aussehen werden, welche die größten Vortheile darbietet.

Posen, 2. Februar. [Ausweisung.] Der ehemalige Redacteur des „Tygodnik Wielkopolski“ Dr. Olendski, ein russischer Emigrant, ist durch Verfügung des Oberpräsidenten von hier ausgewiesen worden. Man bringt diese Maßregeln mit den panislavistischen Bestrebungen in Verbindung, welche sich seit einiger Zeit in unserer Provinz fundieren. (Ostb. Blg.)

Paderborn, 29. Jan. [Das Verhalten des Domkapitels.] Der „Germania“ werden von hier folgende interessante Mitteilungen gemacht, die wir, ohne irgend welche Bemerkungen daran zu knüpfen, hier folgen lassen: „In diesen Tagen courtierte hier ein Gericht, welches große Aufregung und tiefe Erbitterung hervorrief. Der als „Beschlagnahmungscommission“ hier selbst fungirende Herr Ober-Riegerungs-Rath v. Schierstädt sollte nämlich die Weisung erhalten haben, sämmtliches bewegliches Besitzungs- und Stiftungsvermögen (Obligationen, Wertpapiere, Stiftungsbriefe), einzupacken und nach Minden an die Regierung zu schicken. Um einer solchen Maßnahme vorzubeugen, verfügten sich gestern Morgen der Herr Dompropst und Weihbischof Freysberg, sowie der Herr Domdechant Peine zum Herrn Oberriegeungs-Rath. Nach einigen einleitenden Worten ließ der erste sich über den Zweck des Besuches aus, betonte das bezeichnete, in der Stadt verbreitete Gericht und wies auf die dadurch herborgerufenen, sich immer mehr steigernde Erbitterung hin; der Herr Domdechant fügte bei, dieses Gericht gewinne mehr und mehr an Consistenz, es seien betrübende Folgen, deren Verantwortlichkeit sie nicht auf sich nehmen wollten, zu befürchten. Beide

Was zunächst das Todesjahr betrifft, so haben wir eben gesehen, daß die Angaben sehr variiren, daß bald 1780, bald 1784, bald 1795 genannt wird. Die letztere Jahreszahl finden wir u. A. in Meyer's Conversations-Lexicon, welches auch, abweichend von anderen Quellen, Kassel als Todesort bezeichnet. Worauf sich die verschiedenen Zeitangaben stützen, und mit welchem Rechte z. B. Erich und Gruber behaupten können, daß Todesjahr falle nicht erst um 1795, ist nirgends ersichtlich. Es scheint vielmehr, daß die so bestrittene Angabe der Wahrheit näher kommt, als eine der anderen. Schreiber dieser Zeilen ist im Besitz von Papieren aus der damaligen Zeit, welche es als sicher erscheinen lassen, daß Graf St. Germain mindestens noch im Jahre 1792 gelebt hat.

Der Landgraf Karl war ein großer Theaterfreund und errichtete, da die reisenden Gesellschaften Algener's und Tilly's, welche Schleswig besuchten, nicht den bescheidensten Ansprüchen genügten, ein eigenes Hoftheater, welches so Bedeutendes leistete, daß es damals zu den ersten Theatern Deutschlands gezählt wurde. Der Landgraf verwandte — man darf sagen, verschwendete — unermäßliche Summen auf die Inszenirung neuer Stücke, ließ u. A. die Garderoben und Decorations in Paris, Berlin oder Wien fertigen und hatte die Marotte, nur echtes Silber und echten Sammet zu den Theaterleibern verwenden zu lassen. Wann die Schleswiger, oder richtig: Gottorfer Hoffähne begründet worden, steht nicht fest, wie denn überhaupt die Geschichte des Landgrafen und seines Regiments sehr im Dunkeln liegt und vielleicht nie ganz bekannt werden wird. Die wichtigsten Papiere, welche über jene Zeit Aufschluß geben könnten, sind theils unter der Dänenherrschaft nach Kopenhagen verschleppt worden, theils in den Besitz der Nachkommen des Landgrafen gelangt, welche aus erklärlichen Gründen wohl schwerlich je einen unbeschränkten Einblick in dieselben gestatten werden. Nur die eigenhändigen Memoiren des Landgrafen, welche sein Enkel (derselbe, welcher jetzt, bei dem Tode des vormaligen Kurfürsten von Hessen, auf den Silberschatz desselben Anspruch erhoben hat) durch Druck hat vervielfältigen und unter die Mitglieder des späteren Hofstaats vertheilen lassen, geben wenigstens ein übersichtliches, wenn auch vorsichtig verkleidetes Bild. In diesen Memoiren ist mehrfach des Grafen St. Germain und seiner Beziehungen zum Landgrafen gedacht, aber seines Todes oder seines Begräbnisses ist darin nicht erwähnt. Nur von einer schweren Krankheit wird gesprochen, während welcher der Landgraf St. Germain verlassen und nach Kassel reisen mußte.

An dem Hoftheater des Landgrafen fungirte, wenigstens seit dem Jahre 1777 und bis zum Jahre 1803, wo er starb, der Schauspieler Dörr, der Großvater des Schreibers dieser Zeilen. Derselbe führte in seiner Eigenschaft als Oberregisseur und technischer Director des Theaters ein sehr genaues Tagebuch, von welchem jedoch leider nur einzelne Blätter sich erhalten haben, die sich im Besitz meines Vaters befinden und von denen ich mir, da sie letzterer nicht von sich geben wollte, schon vor zwanzig Jahren eine Abschrift nahm. In diesen Blättern ist mehrmals auch des Grafen St. Germain Erwähnung gethan, nur läßt sich schwer feststellen, aus welchem Jahre die einzelnen Blätter stammen. Wahrscheinlich hatte mein Großvater die Jahresszahl nur einmal zu Anfang jedes Jahres in sein Tagebuch eingetragen; die einzelnen übrig gebliebenen Blätter enthalten an der Spitze nur die Angabe von Monat und Tag. Eines derselben ist aber dennoch für die Feststellung des Todesjahrs unseres Helden von Bedeutung, da es die Notiz enthält, daß am 23. August auf Befahl des

Landgrafen die „Zauberflöte“ im Schloßgarten von Louisenlund unter den Bäumen der hohen alten Bäume, und zwar in Gegenwart des Hofes und „des Grafen G.“ aufgeführt worden sei.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß dieser Graf G. St. Germain gewesen ist. Sonst geschieht nirgend eines Grafen G., der sich in der Nähe des Landgrafen aufgehalten, Erwähnung, und auf den Tagebuchblättern meines Großvaters findet sich der Name des Abenteurers nie vollständig ausgeschrieben, sondern bald mit St. G., bald mit Graf G. bezeichnet. Ist die Annahme, daß in der erwähnten Notiz Graf St. Germain gemeint sei, richtig, so kam derselbe nicht wohl früher als nach dem Jahre 1792, jedenfalls aber nicht in den achtzig Jahren gestorben sein. Denn die Zauberflöte erschien erst im Jahre 1791, und wenn auch der Landgraf nicht Mähen und Kosten scheute, sich sofort in den Besitz der neusten Opern und Schauspiele zu setzen, so kann doch jene Aufführung, welche auch nicht einmal die erste gewesen zu sein scheint, nicht wohl früher als am 23. August 1792 stattgefunden haben.

Wir kommen nun zu der Frage nach dem Todesorte des Grafen St. Germain. Was zunächst die Angabe betrifft, daß er in Cassel gestorben sei, so erscheint dieselbe gänzlich unverbstigt, und ist wahrscheinlich nur dadurch entstanden, daß der Landgraf aus Cassel stammte und daher Marchen, was ihn betrifft, auf diesen zu jener Zeit mehr als Schleswig bekannten Ort übertragen worden ist. Im Übrigen heißt es ziemlich übereinstimmend, St. Germain sei beim Landgrafen Carl in Eckernförde gestorben. „Beim Landgrafen Carl in Eckernförde“ ist jedenfalls incorrect, da der Landgraf dort nie, sondern nur auf Schloß Gottorf in Schleswig oder auf dem genannten Lustschloß Louisenlund residirte. Da letzteres, ungefähr auf dem halben Wege zwischen Schleswig und Eckernförde, von jeder Stadt eine starke Meile entfernt, aber genau gemessen etwas näher an Eckernförde liegt, so läßt sich vermuten, daß sich jene Angabe eigentlich auf Louisenlund bezieht, daß aber statt dieses ganz unbekannten Namens der bekanntere des am nächsten gelegenen Städtchens genannt worden sei. Auch die oben erwähnte Notiz aus dem Tagebuche meines Großvaters deutet auf einen Aufenthalt St. Germain in Louisenlund hin. Vielleicht daß der Landgraf dem hochbetagten und kränkenden Freunde den prächtigen Aufenthalt daselbst an der blauen Schlei mit den ausgedehnten Waldungen an ihren Ufern angewiesen hatte, und dort an Ort und Stelle den Manne der Geheimnisse mit der Oper bekannt machen wollte, welche gerade auf dem Boden jener Zeit der Mysterien und des Freimaurerthums steht. Indes, wenn der Graf in Louisenlund starb, so müßten doch die in den Herzogthümern schon seit Beginn des vorigen Jahrhunderts überall mit musterhafter Ordnung und Pünktlichkeit geführten Kirchenbücher etwas über den Sterbefall enthalten. Louisenlund gehört zu dem Kirchspiel Kiel, der dort im Amte stehende Propst G. antwortete jedoch auf eine im vorigen Jahre an ihn gerichtete Bitte um Uebersendung eines Todtentheims für den Grafen St. Germain, daß in den Todtentregistern der Kirche von 1760 bis 1800 der Name des Verstorbenen nicht zu finden sei. Desgleichen schrieb auf eine ähnliche Anfrage der Pastor G. in Eckernförde, daß ein Graf St. Germain in den Jahrgängen 1761 bis 1808 im dortigen Sterbegesetzregister sich nicht verzeichnet finde.

Endlich blieben auch meine Nachforschungen in den Kirchenbüchern der Stadt Schleswig in gleicher Weise fruchtlos. Bei der, wie gesagt, musterhaften Führung der Register muß daher bestimmt angenommen werden, daß der Abenteurer in seinem der genannten Orte sein Leben beschloß.

Unsere Leser werden nun vielleicht fragen: „Was liegt daran, ob wir wissen, wo der Mann gestorben ist? Genug, daß man überzeugt sein darf, nach unseren menschlichen Verhältnissen könnte er nicht mehr leben.“ Gemach! Wir stehen vor einem rätselhaften Mann, der oft genug seiner Umgebung gegenüber behauptete, daß die Dauer seines Lebens nicht nach gewöhnlichem Maße zu messen sei. Es scheint dem alten Gauler also in der That gelungen zu sein, wie seine Geburt, so auch sein Ende in Dunkel zu hüllen. Was sein Alter betrifft, so bewahrte er in der That wunderbar lange ein rüstiges Aussehen und wußte seine Umgebung zu täuschen. Ramau und eine alte Verwandte eines französischen Gesandten in Venedig wollten ihn schon 1710 als einen Mann gekannt haben, der etwa 50 Jahre alt zu sein schien. 1759 schien er 60 Jahre zu haben, und der dänische Legationssekretär Morin, der ihn 1755 auf einer Reise nach Holland kennlernt hatte, versicherte 25 Jahre später, er schiene ihm nicht um ein Jahr gealtert zu sein. In Schleswig soll er bis in die letzte Zeit das Aussehen eines gut conservirten Sechziggers gehabt haben. Er selbst suchte den Glauben an ein ungewöhnliches Alter zu erwecken und bediente sich dazu mancherlei Kunstgriffe, ohne gerade eine bestimmte desfallsige Versicherung zu erheben. Indes ist er nie soweit gegangen, wie ihm nachgesagt ist, sich für einen Zeitgenossen Christi auszugeben und der Dienste zu rühmen, die er ihm bei Pilatus geleistet, oder der Bemühungen, die er zu Gunsten der Canonisation der heiligen Anna auf dem nicäischen Concil gehabt. Sprach er mit einem Dummkopf von einem Vorgange aus der Zeit Karl's V., so vertraute er ihm ganz unumwunden, daß er dabei gewesen sei; sprach er dagegen mit einem weniger Leichtgläubigen, so begnügte er sich, die kleinsten Umstände, die Mienen und Gesten der Sprechenden, bis auf das Zimmer und den Platz, den sie eingenommen, mit einem Detail und einer Lebendigkeit auszumalen, die den Eindruck machen, als höre man einen Menschen, welcher wirklich zugegen gewesen. Zuweilen, wenn er ein Gespräch Franz I. oder Heinrich's VIII. referierte, stellte er sich zerstreut und sagte: „Der König wendete sich zu mir“ — verschluckte aber rasch das „mir“ und fuhr mit der Hast eines Mannes, der sich vergessen hat, fort: „zu dem Herzog so und so“. Er war mit dem Detail der Geschichte sehr vertraut und hatte sich so natürlich entworfene Tableaux und Scenen zusammengesetzt, daß niemals ein Augenzeuge einen neuen Vorgang so lebensvoll geschildert hat, wie er die Ereignisse vergangener Jahrhunderte.

Im Volle war daher der Glaube an seine Unsterblichkeit weit verbreitet, noch während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, obwohl er doch wahrscheinlich nicht einmal den Beginn desselben erlebt hat. Der mit der Geschichte der Stadt Schleswig vertraute Dr. S., der erst in jüngster Zeit mit einem gründlichen Werk über diesen Gegenstand hervorgetreten ist, stellt mit, daß in den zwanziger Jahren, wahrscheinlich um 1824 oder 1825 in Schleswig-Holstein wieder ein Graf St. Germain aufgetaucht sei, welcher seinem Ahnherrn so auffallend ähnlich gewesen, daß abergläubische Leute abermals an die Unsterblichkeit desselben geglaubt hätten. Und als bei dem Leichenbegängnis des Landgrafen, der den 17. August 1836 starb, sich im Gefolge ein unbekannter, fremdländisch aussehender Herr durch besonders warme und lebhafte Teilnahme auszeichnete, war alsbald, wie Schreiber dieser Skizze, der gleichfalls der Beisetzung in der Domkirche zu Schleswig beiwohnte, sich erinnert, in der ganzen Stadt verbreitet, Graf St. Germain, der Unsterbliche, habe seinem alten Freunde die letzte Ehre erwiesen.

Herren legten sodann, da kein Bischof und kein Generalvicer da seien, gegen die Emanzipation der gedachten Maßregel Namens des Bisdoms und des Domkapitels einen lauten, feierlichen Protest ein und ersuchten den Herrn Oberregierungsrath, bei der Regierung schlemistisch Schritte beabsichtigt zu haben. Der Herr Oberregierungsrath replizirte: „Ihm persönlich sei von einer solchen Weisung gar nichts bekannt; er müsse die Nachricht von dieser Maßregel als eine alles Gründes entbehrende bezeichnen und zugleich bemerken, daß von der Durchführung derselben überhaupt nicht die Rede gewesen sei. Er drückte bei dieser Gelegenheit zugleich seine nicht geringe Verwunderung darüber aus, daß so mancherlei Gerüchte in Cours gelegt würden, die sich hinterher als nichtig und halslos erwiesen. So wäre ihm z. B. gesagt worden, daß in einer Zeitung, er wisse nicht, in welche, die Nachricht aufgenommen sei, daß Sie, Herr Generalvicer, die weltlichen Beamten des Generalbucrates bestimmt oder ihnen die Zustimmung ertheilt hätten, unter dem vom Staate bestimmten Bischofs- und Domkapitelsverwalter fort zu arbeiten, da doch umgekehrt denselben von Ihnen, wie ich selbst vernommen, gesagt worden, „es bleibe Solches ihrem Gewissen überlassen. Jeder habe selbst zu bestimmen, ob er bleiben wolle und können.“ Darauf erlaubte sich der Herr Domdechant Peine die Frage zu stellen: „Erinnern Sie sich, Herr Oberregierungsrath, daß ich, als Sie mir von Ihrem Auftrage am 18. c. Gründung machten, erklärt habe: „Nur der Gewalt weichen, muß ich geschehen lassen, was ich nicht ändern kann?“ Dessen erinnere ich mich“, so lautete die Antwort, „recht wohl“. „Habe ich, als Sie darauf erklärt, Sie wollten eine kleine Verhandlung aufnehmen, nicht sofort bemerkt: „Ich lasse mich nicht protokollieren, sparen Sie sich die Mühe, ein Protokoll abzufassen — ich werde nichts unterschreiben.“ So ist es — Sie haben es wirklich ausgesprochen“. Es wurde darauf die Unterhaltung auf das Eigentumsrecht des Vicariatsgebäudes geklungen und von dem Herrn Weißbischöf Freusberg, sowie von dem Herrn Domdechanten Peine hergehoben, das Gebäude sei Eigentum des Domkapitels und für letzteres der Besitztitel berichtig. Der Herr Oberregierungsrath entgegnete: Be- reits am Montag, den 18. c., sei ihm ein Gleichts seitens des Herrn Generalvicer erklärt, und habe er inzwischen Veranlassung genommen, mit dem Diözesan-Baumeister Guldenspennig zu sprechen, welcher ihm gesagt, daß die Kosten des Neubaues des ic. Gebäudes zum größeren Theile von dem Domkapitel, zum geringeren Theile von dem Generalbucrate bestritten seien. Der Herr Domdechant fragt sodann bei, daß, als der Neu-, resp. Ausbau des Gebäudes vorgenommen werden sollte, dazu die Einwilligung des Capitels von ihm nachgesucht und von dem Capitel ertheilt sei, testibus actis. Der Herr Weißbischöf und der Herr Domdechant legten sodann gegen jede andere Besitzergreifung und Disposition über das ic. Gebäude eine ernste Verwahrung ein, die weiteren Schritte dem Domcapitel überlassend.“

Würzburg, 30. Januar. [Verurtheilung.] Der Buchdruckereibesitzer und Redakteur des „Beob. a. Main“, Schippner von Aschaffenburg, ist, wie der „N. R.“ von hier meldet, vom Schwurgericht der Beleidigung des preußischen Staatsministeriums für schuldig erklärt und zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt worden.

○ München, 31. Jan. [Die Gesamtvorstellung der Bischöfe.] Der Eindruck, welchen der Collectivschritt der Bischöfe gemacht hat, ist im Ganzen sehr unbedeutend zu nennen und der Protest stellt sich mehr und mehr als ein Schlag ins Wasser heraus, bei welchem nur die Schlagenden selbst durchschlägt worden sind. Das Schriftstück selbst hat den Zeitpunkt unbestimmt gelassen, in welchem es dem König überreicht worden ist, es spricht nur vom Monat Januar, die bayerischen Kurie fügt ihm aber heute erklärend hinzu, daß die Eingabe zu einer Zeit dem König insinuiert wurde, in welcher das Civilehegesetz noch der Beratung im Reichstage unterstellt war und der Bundesrath sein letztes Wort noch nicht gesprochen hatte. Ueber die Bedeutung dieser Zeitangabe wird jedoch Niemand getäuscht, denn jeder weiß ganz genau, daß die Vertreter der bayerischen Regierung ihr Votum im Bundesrath längst abgegeben hatten, als das bayerische Episkopat sich plötzlich daran zu erinnern für gut fand, daß die katholische Religion durch die Civilehe geschädigt und das Concordat verletzt werde. Das Wunderbarste an dem ganzen Proteste ist aber, daß der Bischof v. Haneberg der Diöcese Speyer ihn mitunterzeichnet hat, obwohl in der bayerischen Rheinpfalz die Civilehe seit mehr denn hundert Jahren geltendes Gesetz ist. Darum auch wahrscheinlich die zurückhaltende unbestimmte Formulierung des Politikums, der König möchte Maßnahmen ergreifen, welche der Schädigung der katholischen Religion und dem Verlust des bayerischen Concordats vorzubeugen geeignet seien. Noch seltsamer als das ganze Schriftstück selbst ist aber das Eingeständnis des „Bayerischen Kuriers“, des Organs des Erzbischofs von München-Freising, daß sich die Bischöfe über die Erfolglosigkeit ihrer Vorstellung keinen Augenblick getäuscht hätten, sondern nur ihrer Hirtenpflicht nachgekommen wären, ihren Standpunkt der Krone gegenüber darzulegen, wie sie seiner Zeit ohne Zweifel auch gegenüber dem katholischen Volke thun würden. Also nichts als eine leere Demonstration haben die Herren beabsichtigt und noch dazu nicht einmal rechtzeitig, so daß ihnen auch nicht einmal der Vorwand bleibt, sie hätten ihrer Pflicht, wie es ihnen als Vertreter der katholischen Kirche in Bayern zulässt, genügt. Furchteten sie vielleicht, daß ein rechtzeitiger Protest Wirkung haben könnte und daß ihnen dadurch ein Wahlgerichtsmittel entzogen werden könnte, um ihre Hoffnung auf eine schwarze Kammer zu realisieren? Wir glauben nicht, daß die Sache so liegt, sondern daß das eigentliche Motiv ihrer Handlungswweise darin zu suchen, daß die römische Curie es mit der Krone Bayern nicht verderben will. Bayern ist der einzige Punkt, wo Nom innerhalb Deutschlands noch fest im Sattel sitzt und den will es nicht mutwillig aufsperren. Deshalb mußte das Odium des neuen Schrittes auf das Reich allein fallen, der König mußte als willloses Werkzeug einer höheren Gewalt erscheinen, gegen die er vergeblich anzutämpfen versuchte. Die Rechnung mag nach der einen Richtung richtig gemacht gewesen sein, das Fact ist aber muß nothwendig zum Nachteil der Curie ausgeschlagen, denn der bayerische Episkopat erscheint in dieser Angelegenheit schwer compromittirt.

München, 1. Februar. [Die bayerischen Kammern] sind durch königliches Rescript vom 30. Januar auf Montag den 15. Februar wieder einberufen. Die Festhaltung dieses schon längst in Aussicht genommenen Zeitpunktes war lebhaft wieder fraglich geworden. Inzwischen hat bereits die Bewegung für die Wahlen zu der für Herbst d. J. bevorstehenden neuen Abgeordnetenkammer begonnen. Bekanntlich setzen die Ultramontanen auf leichtere große Hoffnungen; es ist daher erfreulich, daß, wie uns aus München geschrieben wird, auch die liberale und deutschgesinnte Partei auf dem Lande schon jetzt unausgesetzt und mit relativ gutem Erfolge für die Neuwahl thätig ist. Der liberale Verein für das bayerische Oberland hat bereits einen ersten recht glücklich abgeschlossenen Wahlauslauf erlassen.

○ Oesterreich.

Wien, 1. Februar. [Proces Ösenheim.] Zu Beginn der Sitzung wurde ein Brief des Bankiers Richter aus Berlin verlesen. Derselbe tritt der Ansicht entgegen, daß die 1/2 prozentige Provision erst nach dem definitiven Abschluß bewilligt worden sei. Richter erklärt, daß die Provisions-Bedingungen schon bei Beginn der Verhandlungen festgesetzt waren. Dies wird durch ein beigelegtes Schreiben vom 8. Juli 1872, welches Namens der Gesellschaft von dem Verwaltungsrath Dr. Gisela und von dem Generaldirektor Ösenheim unterzeichnet ist, bestätigt. Die in der Richter'schen Bußchrift beigelegten Conclusions bringt der Präsident nicht zur Verlegerung. Der Präsident verliest hierauf die vom Verwaltungsrath der Lemberg-Czernowitz Bahn gegen den Sequestrations-Erlaß vom 7. October 1872 vorgelegte Denkschrift.

Staatsanwalt: Es ist aus dieser Denkschrift ersichtlich, daß Sie den Ministerial-Erlaß immer Vorstellungen entgegenbrachten. — Angeschl.: Wenn die Regierung den Antrag ertheilt, es möge der Maschine wie einem schweren Pferde ein Mann vorangehen, und diese Maßregel uns unzweckmäßig erscheint, sind wir berechtigt, dagegen eine Vorstellung zu machen. In einer ehrbietigen Vorstellung wird Niemand eine Renitenz erblicken.

Es eröffnet sich eine längere Discussion zwischen dem Präsidenten, dem Angellagen und dem Staatsanwalte über die Frage, ob die Anträge der Regierung vollzogen wurden oder nicht. Ösenheim behauptet, daß allen diesen Anordnungen entsprochen wurde, daß auf manche Anordnungen von von Seite der Generaldirektion Einwendungen erfolgten, mit denen sich die Regierung anscheinend zufrieden gab, da sie dieselben unbeantwortet ließ.

* Wien, 1. Februar. [Der Skandal Csernatonyi im Pester Reichstage. — Dr. Neuda. — Zum Proces Ösenheim.] In Pest nimmt man den Skandal, den der Biedermann Csernatonyi in dem Unterhause vorgestern provocirt hat, sehr ernst. Csernatonyi war der Sturm vogel, der auch vor zwei Jahren durch eine ähnliche Scene gegen Lonyay die damalige Ministreritis inaugurierte. Wie damals, so war auch am Sonnabend der Bank, der das Parlament besuchte, vollständig vom Zaun gebrochen. Ministerpräsident Bitto hatte neulich erklärt, daß er mit dem neuen offiziellen Blatte „Körzerel“ nicht das Mindeste zu schaffen habe, noch weniger irgend wie bei dessen Gründung beteiligt gewesen sei. Das ist nichts Unwahrscheinliches, da „Körzerel“ notorisch lediglich von dem auswärtigen Amt inspiriert wird. Ohne jeden Anlaß fordert nun der Abgeordnete die Minister auf, doch immer höchst bei der Wahrheit zu bleiben und nicht solche Neuerungen zu thun, wie neulich Bitto in Beiseite des „Körzerel“, von deren Unwahrheit das ganze Haus überzeugt sei. Csernatonyi ist von der Emigration in Paris als bezahlter Polizeispion ausgestoßen und nach seiner Heimkehr unter Bach als Banknotenfälscher verurtheilt worden. Wenn die Würde des Hauses jetzt zum zweiten Male von diesem unfläthigen Gesellen insultirt wird, so hat die Deakpartei sich nur selber anzuladen. Weihnachten 1872 ließ sie sich durch ihre Empörung über Lonyay's Corruption verleiten, die Anträge auf ernste Ärger gegen Csernatonyi oder wenigstens auf eine Abänderung der Haussordnung zur Verhinderung ähnlicher Nichtwürdigkeiten nicht anzunehmen. Beide Vorschläge wurden verworfen, weil die Rechte um keinen Preis Lonyay zu Hülfe kommen wollten. Genau dieselbe Situation wiederholte sich heute, und daß sie sich wiederholen kann, dafür trägt die Rechte ausschließlich die Verantwortung. Auch heute ist die Stellung der Rechten zu dem Ministerium Bitto eine schwankende und zaghafte geworden, so daß der Premierminister nach Beendigung des Skandales, bei dem ihn der Präsident Perczel nur sehr schwach in Schutz genommen, das Tadelvotum, das er ausdrücklich zu seiner Ehrenrettung gegen Csernatonyi begehrte, nicht erhalten kann. Was soll man von einem Präsidenten sagen, der einen solchen Angriff ohne den erbsten Ordnungsruh passiren läßt, was von einem Hause, das dem insultirten Minister die verlangte Resolution als Entschädigung verweigert? nota bene, in einem streng parlamentarisch regierten Lande, wo das Cabinet nichts als das aus der Majorität des Reichstages hervorgegangene Executive repräsentirt? — hr. Dr. Neuda soll sich endlich doch entschlossen haben, sein Stillschweigen zu brechen, und heute Abend den Journalen eine Entgegnung auf das Schreiben des Minister Banhans zuschicken wollen, worin ihn dieser der Lüge geziehen. Nun warten wir ab! was lange währt, soll ja gut werden — und lange genug hat Dr. Neuda geschwiegen! — An dem heutigen 24. Verhandlungstage gegen Ösenheim handelte es sich hauptsächlich um die Rentenz Ösenheim's und des Verwaltungsrathes gegen die Anordnungen des Ministers. Es war weit in Oesterreich gekommen! Der Ton, in welchem der Generaldirektor und der Präsident des Verwaltungsrathes Fürst Sapieha mit dem Minister diskutiren, wie sie die Welsungen der Regierung ad acta legen, dagegen remonstriren und ihren Beamten verbieten, „den lästigen, ungezogenen Commissarien zu gehorchen oder auch nur Rede zu stehen“, erinnert ganz lebhaft an den vormärzlichen Stil der ungarischen Comitate gegen die Wiener Herren.

○ Frankreich.

○ Paris, 31. Jan. [Aus der Nationalversammlung. — Debatten über den Wallon'schen Antrag. — Folgen der Annahme dieses Antrags. — Militärisches. — Fürst Hohenlohe.] Die Nationalversammlung hat gestern einen Beschluß von der höchsten Wichtigkeit gefaßt. Der Zusatzartikel Wallon's ist angenommen worden, mit der allerdings winzigen Mehrheit von einer Stimme (vielleicht zwei Stimmen, da der Zettel des Republikaners Ganault sich in der Wahlurne verloren zu haben scheint). Vor einem Jahre erklärten die Monarchisten laut, daß sie die Monarchie machen werden, wenn auch nur mit einer Majorität von einer Stimme. Ist es nicht ein seltsamer Zufall, daß diese Versammlung gerade in diesem Stimmenverhältnis die Republik schaffen sollte, und hat nicht die Rechte selber durch jene Erklärung die Berechtigung zu einem Protest abgeschnitten? Daß dem Artikel Wallon eine republikanische Bedeutung beizulegen, wurde bereits an dieser Stelle gezeigt; diese seine Bedeutung ging aber bis zur Evidenz aus der gestrigen Debatte hervor. Nach dem Ausdruck Wallon's ist er nicht darauf berechnet, die Republik zu proklamieren, sondern sie zu machen; indem er einen regelmäßigen Modus für die Präsidentenwahl festsetzt, schließt er den Gedanken der Monarchie aus. Wie die Nationalversammlung von Versailles einmal geartet ist, kann man sich nicht darüber wundern, daß sie lieber mit Wallon die Republik indirekt bestätigen, als mit Laboulaye offen deren Einführung anerkennen wollte. Ob aber Laboulaye, ob Wallon bei dem neu geborenen Kinde Pathenstelle verritt, immerhin ist dasselbe die Republik. Seine Leibesbeschaffenheit ist gewiß nicht die stärkste und man kann sich fragen, ob es gelingen wird, dies gebrechliche Geschöpf groß zu ziehen; aber es ist einmal in die Welt gesetzt, und das ist mehr, als man noch vor Kurzem von der Versammlung von Versailles erwarten konnte. Durch einen anderen Umstand noch gewann die gestrige Sitzung an Bedeutung. Der bisherige Statthalter der Präsidentschaft, der „homme funeste“, wie ihn nachgerade jetzt die Conservativen nennen, der Due de Broglie hat seine Partei in der Versammlung zählen können. Sie besteht genau aus 132 Köpfen. Einen härteren Stoß konnten die Zukunftspläne dieses verderblichen Staatsmannes nicht erhalten. Die Politik des status quo ist damit über den Haufen geworfen; wenn Mac Mahon noch ferner Lust hätte de Broglie die Gewalt anzuvertrauen, müßte er sich entschließen, nicht nur ohne, sondern gegen die Versammlung zu regieren. Dieser letztere aber bleibt nach dem gestrigen Votum nichts übrig, als wirklich eine gemäßigte Republik zu organisieren oder sich aufzulösen. Es wird sich zeigen, wozu sie sich entschließt. — Die Sitzung begann nach 2 Uhr. Der Saal und die Tribünen waren noch stärker gefüllt als am Tage vorher. Zur Verhandlung stand sofort der Wallon'sche Zusatzartikel: „Der Präsident der Republik wird mit absoluter Stimmenmehrheit von dem Senat und der Deputirtenkammer, zur Nationalversammlung vereinigt, gewählt. Er wird für sieben Jahre ernannt; er kann wiedergewählt werden.“ Die Dreißiger-Commission hatte über das Amendum beraten. Der Berichterstatter Ventavon erklärte auf der Tribune und forderte die Kammer auf, dasselbe zuzustimmen. Von rechts verlangte man ungestüm die sofortige Abstimmung; aber Wallon erhielt das Wort zur Begründung seines Vorschlags. Der Redner macht nicht viele Phrasen. Er bemerkt, daß das Gesetz vom 20. November nicht genügt, um die Unruhe des Landes zu beschwichten, da es nur für 1880 allen Parteien ein Stellvtheim giebt. Die Nation ist des Provisoriums müde, und

das Organisationsgesetz der Dreißiger-Commission kann nur die Verlängerung der drückendsten Ungewissheit zur Folge haben. Bei allen Wahlen entscheidet das allgemeine Stimmberecht sich für die Republik oder für das Kaiserreich und nur zwei Wege führen aus der jetzigen Lage; die Republik geschaffen ohne und gegen die Landesvertretung, oder das Kaiserreich, welches den Krieg und die Vernichtung des Landes zur Folge haben würde. Man sagt mir, daß ich die Republik proklamire. Ich proklamire nichts, ich nehme nur das, was besteht, und ich nenne die Dinge bei ihrem Namen. Ich will eine Regierung schaffen, welche dauern kann, und ich sehe nichts Besseres zu thun. Wenn wirklich die Republik nicht die Regierungsform ist, welche dem Temperament Frankreichs entspricht, so besteht das sicherste Mittel sie umzubringen, eben darin, daß man sie organisiert. Die monarchische Partei selber hat also ein Interesse daran, diesen Versuch zu unterstützen. Kann die Republik sich nicht beseitigen, so ist es noch immer Zeit, auf sie zu verzichten. Denn wohlverstanden, der Redner selber verlangt die Einführung einer Klausel, welche nach Ablauf der 7 Jahre eine Revision der Regierungsform möglich macht. Die Revision wird in einem späteren Artikel des Organisationsgesetzes zur Sprache kommen. Wenn er nicht bestimmt auf ihre Annahme rechnete, würde Wallon sein eigenes Amendum zurückziehen. — Wallon hatte unter wiederholtem Beifall der Linken und der Centren gesprochen. Nach ihm erschien der Unterstaatssekretär Desjardins, um eine Verbesserung des Wallon'schen Zusatzartikels vorzuschlagen. Wie allgemein bekannt war, hatte de Broglie diese Verbesserung veranlaßt und redigirt; da er wohl erkannte, daß die Strömung in der Versammlung dem Wallon'schen Vorschlage günstig war, hatte er auf ein Mittel gesonnen, demselben die Spitze abzubrechen. Der Antrag Desjardins bestand einfach darin, die Ausführung des Wallon'schen Vorschlags bis nach Ablauf von Mac Mahon's Regierung zu verschieben und dem Zusatzartikel folgende Worte vorzusezen: „Nach Ablauf der Gewalt, welche dem Marschall Mac Mahon übertragen ist und wenn bis dahin noch keine Revision der Verfassung vorgenommen worden ist, wird“ u. s. w. wie oben. Daß aber das von de Broglie angewandte Mittel nicht helfen sollte, zeigte sich sofort, da jetzt ein bonapartistischer und ein royalistischer Redner, Raoul Duval und Chésnelong, den Desjardins'schen Antrag zugleich mit dem Wallon'schen Amendum bekämpften. Beide sahen in diesem Amendum nur einen Versuch, den Tags vorher befeitigten Antrag Laboulaye's in einer anderen Formel wieder einzuführen. Beide sahen in ihm die Bestätigung der Republik; sie bechworen die Mehrheit nicht von ihrem gestrigen Beschlusse zurückzutun und sich selbst Lügen zu strafen. Chésnelong versuchte vergebens, die offensbare Entmuthigung der Rechten zu beseitigen, indem er sich in einem heftigen Ausfall gegen die Republik erging; die Rechte erwärmete sich nicht, und die Republikaner antworteten nicht. Darauf bestieg der redselige Clavier von Marseille die Tribune und erklärte unter Beifall der Linken, daß er für das Amendum Wallon stimmen werde (er hat bisher stets mit der Rechten gestimmt), denn er sehe ein, daß man sich in die Republik fügen müsse, um der wachsenden Fluth der Demokratie Stand halten zu können. Ventavon griff nochmals das Amendum an und Wallon replizirte kurz: sein eigner Antrag gebe dem Lande eine Verfassung, das Organisationsgesetz der Dreißiger-Commission dagegen organisiere nur die Gewalt eines Mannes. Nach einem Austausch unerheblicher Bemerkungen zwischen Berenger und Desjardins schritt man zur Abstimmung, zunächst über den Unterantrag Desjardins und de Broglie's. Es wurde mit 542 gegen 132 Stimmen verworfen. Vor dem Hauptvotum gab dann Dufaure noch eine Erklärung ab, des Inhalts, daß er ein Amendum betreffs der Verfassungs-Revision zum Artikel 4 einbringen werde. Endlich erfolgte die Abstimmung über das Amendum Wallon. Die Stimmzählung war lang und mühsam. Sie dauerte über eine Stunde, während die Versammlung in der größten Spannung das Resultat erwartete. Endlich, gegen 7 Uhr, verlas der Präsident daselbe: 353 Stimmen für, 352 gegen den Antrag Wallon. In sehr aufgeregter Stimmung gingen die Deputirten auseinander. — Einige Einzelheiten der Abstimmung verdienen bemerkt zu werden: Die Mehrheit der Linken ist dadurch hergestellt worden, daß eine Anzahl Orleanisten sich den Republikanern angeschlossen haben. Dazu gehören z. B. die Herren Savary, de Segur, d'Haussonville, Adrien Leon, sämtlich persönliche Freunde der Prinzen von Orleans. Die ganze älteste Linke mit Einschluß Louis Blancs, stimmte für Wallon. Die Minister haben alle gegen Wallon gestimmt, mit Ausnahme Mathieu Bodet's, der sich der Abstimmung enthielt. Auch d'Albifret-Pasquier stimmte mit de Broglie gegen das Amendum; ebenso der Prinz von Joinville, der fast mit Gewalt von de Broglie gedrängt wurde. Die Bonapartisten stimmten natürlich mit den Rechten. — Was Mac Mahon jetzt unternehmen wird, läßt sich nicht mit Bestimmtheit absehen. Da sich eine republikanische Mehrheit gebildet hat, so wäre jetzt die Bildung eines neuen Cabinets, auf so kleiner Majorität dasselbe auch beruht, möglich. Man begann also gestern Abend in politischen Kreisen sofort von einem Ministerium Dufaure zu sprechen und der „Gaulois“ meldet heute früh, daß ein Cabinet Dufaure-Albifret-Pasquier-Docher-Wallon, Decazes, de Tisséy in der Bildung begriffen sei. In der That ist Dufaure zweifelsohne der Mann, der am natürlichen die neue Mehrheit vertreten. Wird aber Mac Mahon denselben schon die Leitung übertragen? Wird nicht die Umgebung des Marshalls ihn dazu drängen, den Verlauf der constitutionellen Debatte abzuwarten, in der Hoffnung, das gestrige Votum werde durch ein anderes Votum wieder umgestoßen werden, da man mit dieser Versammlung auf Alles gefaßt sein muß. Das heutige Amtblatt enthält keinerlei Andeutung hierüber? — Die republikanischen Morgenblätter sprechen sämtlich die höchste Genugthung über das Votum aus. Die „Republique française“ insbesondere verlangt, daß der Marshall sofort, auf dem Gewonnenen fuhrend, ein neues Ministerium bilde. Man erwartet allgemein, daß diese Wendung bei den Wahlen vom 7. Februar eine entscheidende Niederlage der bonapartistischen Candidaten in den Gôtes du Nord sowohl als in Seine-et-Oise herbeiführen wird. — Der Marshall Mac Mahon hat, wie es heißt, die Absicht, die 19 Armeecorps, die sich über das Land zerstreuen, in 4 große Armeen zu verteilen, deren Commando die Generale Lebrun, d'Umare, Bourbaki und Chancy erhalten sollen. — Fürst Hohenlohe steht am nächsten Mittwoch dem Marshall Mac Mahon, den Ministern und dem diplomatischen Corps ein großes Diner.

* Paris, 30. Jan. [Ballfest.] Das am 27. Januar im Elysee-Palast veranstaltete zweite große Ballfest war wiederum sehr glänzend. Die Königin Isabella, die Gräfin Gorgenti, die Prinzen und die Prinzessinnen von Orleans, die hier anwesenden Mitglieder der neapolitanischen Bourbonen das gesammte diplomatische Corps u. a. waren anwesend. Über 500 Mitglieder der Nationalversammlung waren erschienen, unter ihnen Vertreter aller Parteien und Fraktionen mit selbstverständlicher Ausnahme der Ultra-Radicalen und sodann auch in bezeichnender Weise der Bonapartisten, welche auf dem ersten Balle sich beinahe vollständig eingefunden hatten.

[Der kaiserliche Prinz] soll, wie kürlich mehrere Blätter melden, nächstens seine letzten Prüfungen in Woolwich ablegen, ohne an den Brüder fortzusetzen in der ersten Beilage.]

(Fortsetzung.)
sungen, welche am Ende des Schuljahrs stattfinden, teilzunehmen. Sein Examen, hieß es, das sich von demjenigen seiner Mitschüler durch nichts unterscheide, werde besonders vor sich gehen, und das Resultat, wie es auch ausfallen möge, keinen Vergleichspunkt zwischen dem Prinzen und seinen Mitschülern bieten. Der „Gaulois“ fügt diesen Nachrichten hinzu: „Dieses Verfahren schien erstlich dadurch gerechtfertigt, daß der Prinz sich nicht, wie die anderen Zöglinge, um eine Offiziersstelle in der englischen Armee bewirbt, und zweitens durch den Präcedenzfall, der vor einigen Jahren zu Gunsten des Prinzen Arthur aufgestellt worden ist. Man konnte sich aber nicht verbieten, daß es einer bedauerlichen Zweideutigkeit die Thür öffnete, welche Zweideutigkeit heute durch die formliche Widerrufung der erwähnten Zeitungsnachricht gänzlich zerstreut wird. Der kaiserliche Prinz wird ganz unter denselben Bedingungen, wie alle seine Kameraden, an den Prüfungen teilnehmen; er wird seine Rangnummer erhalten, die zugleich mit den in den verschiedenen Examenjahren erlangten Punkten veröffentlicht werden wird.“

S p a n i e n.

Bon der französischen Grenze, 29. Januar. [Zum Convenio] schreibt man der „N.-Z.“: Des Convenio wegen sind verschiedene Agenten von Madrid und London in Bayonne eingetroffen und sind dort von dem spanischen Consul mit den nötigen Instructionen und Mitteln versehen worden. Es sind größtentheils ehemalige Carlisten, wie z. B. der Sekretär des General Cabrera, Omedez, de la Vandera u. A. Auch der nach der Entsezung Trun's in Ungnade gefallene carlistische General Geballos hat seine Unterstützung zugesagt, er will jedoch erst die Ankunft Dorregara's in St. Jean de Luz abwarten. Der Adjutant Dorregara's weilt immer noch in Biarritz und nimmt an den Unterhandlungen Theil.

Die carlistischen Forderungen sind jedoch so hoch gespannt, daß man sich unmöglich mit ihnen wird einigen können. Sie verlangen, daß Don Carlos als Infant anerkannt werde, seinen Wohnsitz in Madrid nehmen darf und außer einer Rente von 10 Millionen Realen jährlich auch einen Sitz im Staatsrat erhält. Für seine Kinder verlangt man die Erbsfolge auf den Thron für den Fall, daß Alfonso ohne Nachkommen stirbt. Die Madrider Regierung soll die von den Carlisten contrahirten Schulden auf sich nehmen und gleichfalls allen carlistischen Offizieren den Eintritt in die Armee mit ihrem carlistischen Range gestatten. In den baskischen Provinzen dürfen die Fueros nicht beschränkt und in Navarra sollen sie wieder eingeführt werden.

Die Annahme dieser Bedingungen ist unmöglich, da man bei dem Aufstehen der Liberalen nur den Feind wechseln würde. Die Liberalen sind nämlich fest entschlossen, offen gegen die Madrider Regierung aufzutreten, falls dieselbe diese schimpflichen Bedingungen accepirt. Sie sprechen offen aus, daß sie dann nicht zurücktrecken würden, sich mit den Cantonalen zu verbinden und machen die Madrider Regierung für das daraus entstehende Unglück verantwortlich. Auch sie haben eingesehen, daß die Eroberung der gewaltigen carlistischen Positionen in Navarra blutige Opfer kosten wird. Dennoch verlangen sie dieselben, da sie ein momentanes kurzes Blutvergießen ewigen Unruhen vorziehen. Sie sind einem Convenio durchaus nicht abgeneigt, stellen jedoch als erste Bedingung auf, daß Don Carlos aus Spanien verbannt werde und von seinen Offizieren nur diejenigen in die Armee übernommen werden, welche schon vorher spanische Offiziere gewesen, und zwar mit dem Grade, welchen sie bekleiden würden, wenn sie in der Armee weiter gedient hätten. Gewiß mit Recht verweigern die Liberalen allen anderen Carlisten den Eintritt in die Armee, um dieselbe vor schlechten Elementen zu bewahren. Ein großer Theil der carlistischen Offiziere gehört dem Priesterstande an, und zwar meistens in hohen Stellungen, der andere Theil besteht aus Leuten, welche ihren Namen wiederholt durch gemeine Handlungen besiekt haben. Das würde ein schönes Offizier-Corps abgeben!

Marshall Serrano ist gestern plötzlich nach Madrid abgereist. Seine Abreise erfolgte auf eine kurze Depesche aus Madrid, in welcher seine Freunde seine Anwesenheit in der Hauptstadt als dringend notwendig verlangten. Über die Absichten des Herzogs ist nichts bekannt, wohl ist aber anzunehmen, daß er nichts gegen den jungen König unternehmen wird. Er hat bei der Proclamation Alfonso XII. hinreichend seine Liebe zum Vaterlande bewiesen. Damals stellte sich ihm General Moriones mit seinem Corps zur Verfügung und mit Hülfe eines cantonalen Aufstandes in allen großen Städten des Südens hätte er den Alfonismus für den Augenblick leicht niederschlagen können, besonders da sich auch die Carlisten, welche sich wohl bewußt waren, daß die Proclamation Don Alfonso's ihnen moralisch einen großen Schaden anhängen würden, abtrünnig machen würden, erboten hatten, jede Operation einzustellen, wenn Moriones die Nordarmee ruhig in ihren momentanen Stellungen belasse. Man glaubt, daß Serrano seinen Einfluss geltend mache, um die Macht der Moderados zu beschränken und sie schließlich zu brechen. Er ist wie alle Liberalen und ein großer Theil der Alfonisten der Überzeugung, daß Spanien nur unter einem rein liberalen Ministerium zur Ruhe und zum Glück gelangen könne.

G r o s s b r i t a n n i e n.

A. A. C. London, 30. Januar. [Gladstone und Dr. Manning.] Nunmehr ist auch der letzte und jedenfalls der gefährlichste Gegner Gladstones in den Schranken der kirchlich-politischen Arena erschienen, um eine Liane mit ihm zu brechen. Dr. Manning, der katholische Erzbischof von Westminster, der frühere Studienfreund des Ex-Premiers, hat seine lange erwartete Broschüre nunmehr veröffentlicht. Dieselbe enthält nicht weniger als 200 Druckseiten, geht also tiefer auf sämmtliche in den Gladstone'schen „Expostulationen“ berührten Punkte ein. In den letzteren war bekanntlich die Behauptung aufgestellt, durch die vaticaniischen Decrete werde die Loyalität der Katholiken zerstört, so daß dieselbe im kritischen Falle gefährdet sei. Die Antwort des Erzbischofs beschränkt sich indessen nicht allein hierauf, sondern berührt auch den von Gladstone angezogenen Conflict zwischen Staat und Kirche in Deutschland, sowie auch die Gladstone'sche Politik mit Bezug auf die Revolution in Italien.

In der Haupttheorie sucht die Broschüre die Beweisführung für die nachstehenden Thesen zu begründen: 1) die vaticaniischen Decrete haben weder die Wohlthaten noch die Bedingungen des bürgerlichen Staatsgeborens um ein Jota geändert. 2) Die Beziehungen der katholischen Kirche zu den weltlichen Staatsgewalten sind von Anfang und unveränderlich festgelegt gewesen, sofern dieselben aus der göttlichen Verfassung der Kirche und aus der bürgerlichen Gesellschaft der natürlichen Ordnung hervorgegangen sind; 3) Alle Collisionen, welche jetzt bestehen, sind durch Veränderungen nicht leidens der katholischen Kirche und noch viel weniger seitens des vaticaniischen Concils, sondern von Seiten der Staatsgewalten hervorgerufen worden, und zwar vermittelst einer systematischen Verhöhnung gegen den heiligen Stuhl; 4) durch diese Veränderungen und Collisionen zerstören die Staatsgewalten Europa's ihre eigene Stabilität; 5) die Motive, welche das vaticaniische Concil zur Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit bestimmten, waren keine Beweggründe weltlicher Politik, noch auch geich das zu irgend einem weltlichen Zweck; sondern diese Wahrheit wurde angesichts aller weltlichen Gefahren definiert, um das politische Samenkorn des Christenthums zu pflegen und die göttliche Gewissheit des Glaubens zu vindiciren.

Über alle diese Punkte verbreitet sich die Broschüre eingehend und auf das Zeugniß kirchlicher Autoritäten gestützt, ohne aber die bisherige von der Gladstone'schen Arbeit hervorgerufene Literatur um viel neue Gesichtspunkte zu bereichern. Wir können daher auch der Argumentation

nicht Schritt für Schritt folgen und beschränken uns auf kurze Auszüge aus der ersten und dritten von den oben aufgeführten Theesen.

In Entgegnung auf Gladstone's Behauptung, daß die vaticaniischen Decrete die Beziehungen der Katholiken zum Staat verändert haben, bemerkt Dr. Manning: „Das Vaticaniische Concil hat in seiner dogmatischen Constitution der Kirche einfach die offensichtliche Doctrin des geistlichen Primats und der Unfehlbarkeit des sichtbaren Hauptes der christlichen Kirche bestätigt. Nicolaus I. verfügte im Jahre 863 in einem Concil in Rom dieselbe Doctrin, und dieses Canon wurde in dem in Konstantinopel in 869 gehaltenen 8. Generalconcil anerkannt. Innocent III. und jeder Pontifex nach ihm legte sich die oberste Gewalt in der Herrschaft der universalen Kirche bei. Sixtus IV. erhob in 1471 deutlich den Anspruch und selbst das Concil von Trient gestand beinahe dasselbe zu. Aber was hat das alles mit der Staatsbürgerschaft zu thun? Es ist nicht eine Silbe über den Gegenstand vorhanden. Es ist kein Vorlachs vorhanden, der in eine solche Deutung gedreht oder gezwängt werden kann.“

Die Regierung der Kirche, wie hier von ihr gesprochen wird, ist rein und streng die geistliche Leitung von Seelen, wie sie 300 Jahre vor der Existenz eines christlichen Staates ausgeübt wurde. Das vaticaniische Concil machte den Papst nicht unfehlbar. Er ist nach dem nicht mehr unfehlbar als er es vorher war. Es war für Katholiken nemals gesetzlich, die Unfehlbarkeit eines päpstlichen Alters ex cathedra zu leugnen. Es ist aus einfachen Mängeln an Kenntnis, daß die Leute jede nicht definirte Doctrin für eine offene Frage halten. Die Doctrin der Unfehlbarkeit der Kirche ist bis zum heutigen Tage niemals definitiv worden. Willemand behaupten, daß dies unter Katholiken eine offene Frage ist? Wenn Mr. Gladstone meint, daß das vaticaniische Concil einen Unterschied für die Wenigen, welche die Doctrin leugnen, gemacht hat — für Dr. Döllinger und die Autoren von „Janus“ und „Quirinus“ — so ist seine Behauptung höchst wahr, aber dann muß er seine ganze Position ändern. Selbst dann berühren die vaticaniischen Decrete nicht die Civilgewalt, sie beanspruchen, was Jeder, der an die Offenbarung glaubt, beansprucht: Unabhängigkeit für das Christenthum; daß der Kirche weder nachgestellt noch daß sie durch irgend eine menschliche Autorität behindert werde. Der Grund, warum das vaticaniische Concil über diesen Punkt schweigt, ist, daß es beabsichtigte, ihn nicht zu berühren.“ Mit Bezug auf die dritte These äußert sich der Erzbischof u. A.: „Niemand wird dem vaticaniischen Concil die Revolution in Italien, die Einnahme Roms in 1848, die Invasion des römischen Staates in 1860, die mit Montana endenden Angriffe Garibaldi's gegen Rom zuschreiben. Und doch gibt es Leute, die dem Vatican die Freiheit an der Porta Pia und den Einzug der Italiener in Rom zuschreiben. Wennemand dabei beharren will zu sagen, daß die 22 Jahre der Aggression gegen den heiligen Stuhl von 1848—1870 durch Pius IX. verursacht wurden, so muß ich mich an andere Leute wenden. Daß Pius mit Denjenigen in Collision gewesen, die ihn angrißen, ist wahr genug. Das ist Jedermann, der sein eigenes Haus verteidigt. Wer,frage ich, begann den Bank? Aber wo der Papst in Rede ist, scheint die Logik selbst in verhüntigen Männern zu scheitern.“

Ein positives Ergebnis hat die Broschüre des Erzbischofs Manning jetzt schon aufzuweisen. Die „Times“, welche mit Gladstone wegen seiner „Expostulationen“ ganz entschieden auf dem Kriegsfuß gestanden hat, fängt heute an einzulenken und sagt: die Manning'sche Arbeit liefere den Beweis dafür, daß die Ansichten des Ex-Premiers theoretisch richtig seien, was man auch immer von der Opportunität der Veröffentlichung seiner „Expostulationen“ halten möge.

N u ñ l a n d.

E. St. Petersburg, 27. Januar. [Der Kampf Nußland gegen die Übergänge der katholischen Kirche] hat in der letzten Zeit erhebliche Fortschritte auf dem Wege zum allendlichen Siege gemacht. Der Schauspiel ist befannlich eine Anzahl polnischer Gouvernement, in denen die griechisch-unirite Kirche verbreitet ist, namentlich das Gouvernement Siedlce, das Ziel des Vertheidigungskampfes gegen die seit langer Zeit nicht erfolglos thätige römisch-katholische Agitation aber ist die Wiederherstellung der uniriten Kirche zugehörigen sog. orientalischen Ritus, der eben im Laufe der Zeit durch den katholischen so gut wie verdrängt worden war. Der darauf bezügliche Erlaß des Cholmer Eparchial-Consistoriums vom October 1873, der, gestützt auf die wiederholten Bullen und Verordnungen des päpstlichen Stuhls, durch welche der orientalische Ritus als der allein zu Recht bestehende anerkannt worden war, den Geistlichen die vollständige Purifizierung des uniriten Gottesdienstes zur Pflicht machen, stieß theilweise auf einen thätlichen Widerstand, der erst durch die Intervention der Regierung und mit Hülfe der bewaffneten Macht beseitigt werden konnte. Kaum war die Ruhe wieder hergestellt, als die Encyclica des Papstes Pius IX. vom 13. Mai 1874 dem Herd der Agitation neuen Brennstoff zuführte. Im offenen Widerspruch mit allen früheren päpstlichen Sanctionen zu Gunsten des orientalischen Ritus erhießte Pio Nono dem eingeschmuggelten römischen Ritus und der damit auf Vereinigung der uniriten mit der katholischen Kirche gerichteten Propaganda seine Billigung. Diese „unehrbaren“ Lehren des Papstes, dieses „Attentat des römischen Stuhles auf das Theuere, von den Vorfahren überommene Gut“ der Uniten — so bezeichnet der russische „Regierungs-Anzeiger“ in seiner gestrigen offiziellen Recapitulation der in Rede stehenden Vorgänge diese Encyclica — erhöhten zwar Anfangs die Verwirrung der Gemeinde, unter deren Einfluß das Volk zum Theil die berechtigten Forderungen des Eparchial-Consistoriums als ungerechte Eingriffe aufnahm, führten aber schließlich zu ganz entgegengesetzten Ereignissen, als zu den in Rom bezeichneten. Der Blick klärt sich allmälig; man erkannte, daß die Bestrebungen des Consistoriums gerade auf die Erhaltung der Selbstständigkeit der uniriten Kirche gerichtet seien, während die päpstliche Encyclica auf die Vernichtung derselben abzièle. So erfolgte eine Reaction in den Anschaungen und Neigungen, welche noch durch die Wahrnehmung unterstützt wurde, daß die Regierung nach Wiederherstellung der Ordnung ihre Hand ganz ans dem Spiele ließ. Es brach sich sogar verschiedentlich der Gedanke einer Wiedervereinigung der uniriten mit der griechisch-orthodoxen Kirche Bahn; mehrere Gemeinden saßen gegen Ende des vergangenen Jahres daran bezügliche Beschlüsse. Die Regierung und der heilige Synod gaben ihre Zustimmung, und am letzten Sonntage sind 45 Gemeinden der Cholmer Eparchie — 50,000 Seelen mit 26 Geistlichen — in feierlicher Ceremonie wieder in den Schoß der griechisch-orthodoxen Kirche aufgenommen worden. „Einem so bedeutungsvollen Ereignis gegenüber“, heißt es in der offiziellen Mittheilung des „Reg.-Anz.“, „ist die Regierung entschlossen, auch ferner allen fremden Einflüssen in dieser Angelegenheit hindernd entgegen zu treten und fest und unerschütterlich sowohl die in der Union verharrende als auch die zur griechisch-orthodoxen Kirche übergetretene Bevölkerung der Cholmer Eparchie gegen jede uns feindliche Propaganda zu schützen, die darauf ausgeht, das Volk von dem Wege abzulenken, den es jetzt vollkommen frei und bewußt selbst erwählt.“ Die römischen Übergänge habe wieder ein Stück Terrain verloren! — Ueber die erste Ausschreibung nach dem Gesetze für die allgemeine Wehrpflicht veröffentlicht der „Reg.-Anz.“ nachstehende Daten: Von im Ganzen 693,736 Gestellungspflichtigen sind 24,350, also 3½% zur Losung nicht erschienen, und zwar sind dies fast durchweg Kleinbürger. Nach Ausschluß der auf Grund von Familienverhältnissen im Genus der gesetzlichen Dispens-Bergünstigungen Befindlichen kamen 346,673 bis zur Losung, darunter 12,554 aus den sog. privilegierten Klassen. Wirklich ausgehoben wurden nur 144,934. Von denselben wurden nur 131 nicht empfangen, nämlich 119 im Taurischen, 2 im Livländischen, 20 im Bessarabischen Gouvernement. Ueber ⅓ der

Neueingestellten, 53,639, sind bereits verheirathet; 2¼% — 3161 — gehören den privilegierten Ständen an.

Provinzial-Bestlung.

Schlesische Provinzial-Synode.

Abend-Sitzung vom 1. Februar.

Gegen 4 Uhr wurden die Verhandlungen vom Präsidenten wieder eröffnet. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Bericht der Commission über die Trauungsfrage. Der Commission haben in Bezug auf die Trauungsfrage folgende Anträge zur Beratung vorgelegen:

I. „Die Provinzial-Synode wolle eine Bitte an den Evangelischen Oberkirchenrat dahingehend beschließen, in dem provisorischen Erlaß desselben vom 21. September 1874 folgende Änderungen zu treffen: 1. in der egenderadischen Form der kirchlichen Trauung das Zusammensprechen der Ehe als einer christlichen zu gestatten; 2. diese Trauung und Wiedertrauung nach bisheriger Weise zu behandeln und demgemäß den § 8 und 9 der Verordnung zu ändern, und 3. den Geistlichen wie bisher zu gestatten, eine Wiedertrauung bzw. Trauung um des Gewissenswillen ablehnen zu dürfen.“ — Camper, Superintendent. Weikert, Geisler, Meissner, Stiller, Pünke, Richter, Ueberschär, Aumann, v. Meier, Scheibert.“

II. „Die Unterzeichneten haben den Zusammenschluß der Schlesischen Provinzial-Synode mit Freuden begrüßt in der Hoffnung, es werde Hochdieselbe auch dahin wirken, daß den Nebenständen, welche durch die neue Gesetzesgebung ganz besonders in der evangelischen Kirche der östlichen Provinzen zu Tage getreten sind, gründlich abgeholfen werde. — Allein die der Hochwürdige Provinzial-Synode vorgelegten Propositionen berühren diese brennendste Frage, deren definitive Erledigung altheitig dringend gewünscht wird, nicht. — Der Erlaß des evangelischen Oberkirchenrats vom 21. September pr., welcher die kirchliche Trauung nach vorangegangenem Civilrate regeln soll, wird nach unserer Ansicht der christlichen und kirchlichen Seite der Ehe nicht ganz gerecht. Er will auch nur provisorisch diese Angleichung ordnen, woraus sich uns ergiebt, daß die definitive Regelung der einzelnen Provinzial-Synoden bleiben sollte, zu deren Besuch und zu deren Wirkungskreise es nach § 65 des Allerhöchsten Erlaß vom 10. September 1873 gehört, die Zustände und Bedürfnisse ihres Bezirks in Obacht zu nehmen, über die Erhaltung der kirchlichen Ordnung in Lehre, Cultus und Verfaßung zu wachen und die Hebung der wahrgenommenen Mißstände durch Anträge oder Beschwerden in kirchenregimentlichen Wege zu betreiben. Wir eruchen demnach die Hochwürdige Provinzial-Synode Hochdieselbe wolle eine definitive Regelung der Trauungsangelegenheit kräftigst erstreben. — Sollte Hochdieselbe unsere Bitte zu erfüllen außer Stande sein, so wolle Hochdieselbe dahin gehende motivierte Anträge bei der demnächst zu erwartenden General-Synode rechtzeitig zu stellen sich bewegen föhlen.“ — Der Vorstand der Kreis-Synode Rothenburg I. Holscher. — LXXIV. Fürst Neuß, Dohmel, P. Ulrich, P. Brose, P.“

III. Ueberreicht durch Superintendent Camper: „An die hochwürdige Provinzial-Synode der Provinz Schlesien erlaubt sich die geborsamst Unterzeichneten die nachfolgenden Anträge zu stellen: 1) In Anbetracht, daß die in der Verfügung vom 21. September 1874 Seitens des evangelischen Oberkirchenrats vorgeschriebenen Änderungen des Trauformulars dem kirchlichen Bewußtsein unserer Gemeinden wie der Würde der Kirche weniger entsprechen, als das bisher übliche Formular, — in Anbetracht, daß eine so weitgehende Änderung dieses letzteren um so weniger geboten erscheint, als weder Katholiken noch Juden etwas an ihrem Trauungsritus geändert haben, eine solche Änderung auch staatlicherseits nicht verlangt werden ist, — tragen die Unterzeichneten darauf an, „daß das bisherige Trauformular mit der Modificatio wieder hergestellt werde, daß nach den Vorschlägen der westphälischen Provinzial-Synode das Wort „christlich“ an den betreffenden Stellen eingehoben werde.“ — 2) In Anbetracht, daß die in der selben Verfügung befohlene Änderung des Verfahrens bei der Wiedertrauung Geschlechter die Einheit der Kirche bedenklich gefährdet, da die Gemeinde-Kirchenräte, denen die Entscheidung dieser Frage überlassen wird, ohne Zweifel im verschiedensten Sinne urtheilen werden, — daß diese Änderung die biblischen Grundlagen unserer kirchlichen Ordnung verläßt, — daß Geistliche durch diese Bestimmungen in die peinlichste Lage kommen können, ohne doch durch den in der Schlusbestimmung des § 14 vorgezogenen Recurs an den Kreisepiscopal-Vorstand hinlänglich geschützt zu sein, — beantragen die Unterzeichneten, „daß alte Verfahren bei der Wiedertrauung Geschlechter in der Weise hergestellt, daß die bisherigen Befugnisse der königlichen Kirchenbehörden nach und nach auf die höheren synodalen Organe übergehen, und bitten zugleich, den § 14 der kirchlichen Gemeinde-Ordnung von der ihm anhaftenden Zweideutigkeit zu befreien, und zugleich die Frage zum Austrag zu bringen, ob die Allerhöchste Cabinetts-Ordre vom 31. Januar 1846 noch geistliche Geltung habe oder nicht.“ — 3) In Anbetracht, daß die sub Nr. 16 vorgeschriebenen Änderungen in Betreff der Eintragung der kirchlichen Handlungen in die Kirchenbücher — in der Praxis sich als teilweise unaufführbar erweisen, beantragen die Unterzeichneten: „es in diesem Punkte bei der bisherigen Ordnung zu belassen.“ — Im Auftrag der kirchlichen Conferenz für die Oberlausitz der Ausschuss derselben. Meissner, Pastor in Gersdorf.“

Constitorialrat Prof. Dr. Meuß motiviert als Referent der Commission folgenden Antrag derselben: 1) Hochwürdige Synode wolle den evangelischen Ober-Kirchenrat darum angeben, die agendarische Trauform, wo sie beliebt wird, wieder zu lassen, die definitive Feststellung der Trauform überhaupt aber der bevorstehenden außerordentlichen General-Synode zu überlassen; 2) Hochwürdige Synode wolle bei dem evangelischen Ober-Kirchenrat darum einstimmen: a. daß die aus § 14 Nr. 1 Absatz 2 der Kirchen-Gemeinde-Ordnung, sowie aus Nr. 8 und 9 des oberkirchenrechtlichen Erlaß vom 21. September 1874 erwähnten Gewissensbeschwerungen der Geistlichen in Sachen der Wiedertrauung Geschlechter beseitigt werden, b. daß der Ober-Kirchenrat sich die Herbeiführung fester Normen für Beurtheilung und Behandlung der schriftwidrig geschiedenen Eheleute, welche die kirchliche Trauung begehrn, angelegen sein lasse. — Die der Commission überwiesenen drei Petitionen sind dadurch als erledigt angesehen worden.“

Die Commission, führt Referent aus, sei nicht in der gläublichen Lage, wie die Gesangbüch- und die Stolsgebühren-Commission, ein einstimmiges Votum abgeben zu können. Nur mit 8 gegen 7, resp. 10 gegen 4 seien die betreffenden Beschlüsse gefaßt worden. Dennoch sei mancher allen Mitgliedern der Commission gemeinsam gewesen. In allen sei das Gefühl vorhanden gewesen, daß es sich um eine hochwichtige Frage des praktischen kirchlichen Lebens handle, bei der auch solche zusammen gehen können, die in theoretischen Fragen vielleicht auseinander gehen. — Auf die Sache selbst eingehend, meint Redner, auch die Kirche nehme, wie der Staat zur Ehe eine besondere Stellung ein und nicht bloß die katholische, sondern auch die evangelische Kirche beansprucht eine solche besondere Stellung, diese finde formal ihren Ausdruck bei der Eheschließung, sowohl in Bezug auf das, was die evangelische Kirche fordere, als auch auf das, was sie bietet. — Nicht bloß der Staat, sondern auch die Kirche darf beanspruchen, die in ihrem Kreise geistliche Legitimation zu geben und wenn der Staat diese gebe für das Gebiet seines Rechtes, so gebe sie auch die Kirche für den Bereich ihrer Gnaden Güter. — Dieser Kern der Sache sei in der Commission mehr oder weniger übereinstimmend angenommen worden. Diefelbe habe in ihrer Majorität geglaubt, grade den gegenwärtigen Augenblick nicht hingeben lassen zu dürfen, ohne dem kirchlichen Bewußtsein bei diesem social so bedeutenden Punkten zur Geltung zu verhelfen. Auf die vorliegenden Commissionsanträge selbst eingehend, betrachtet Referent zunächst den Antrag unter 2. Derselbe beziehe sich auf die schwierige Lage, in welcher jetzt die evangelischen Geistlichen in dem Falle sich befinden, wenn Geschiedene die Trauung von ihnen begehrn. Hier steht die juristische Ansicht

Die Commission habe sich auch gefragt, in welcher Weise der Oberkirchenrath vielleicht Abhilfe schaffen könne. Es sei eine Declaration des § 14 der Kirchengemeinde-Ordnung empfohlen und auf die Erteilung von Demissarien hingewiesen worden, doch habe die Commission gemeint, es der Weisheit des Oberkirchenrats überlassen zu müssen, in welcher Weise er Abhilfe schaffen wolle. — Sie habe noch den Antrag 2b hinzugefügt. Das Kirchenregiment habe seither seine bestimmten Grundsätze gehabt, aber diese seien vielleicht doch noch nicht hinreichend fest, haben auch die Publicität erlangt, was für die gegenwärtige Lage durchaus erforderlich. Außerdem sei es nicht ganz klar, wie nach Ansicht des Oberkirchenrats die gewiss in vielen Fällen notwendig werdende Kirchenzucht ausgeübt werden solle. — Der Antrag unter 1 bezieht sich auf die Form der Trauung, die vom Oberkirchenrat mit Rücksicht auf Einführung der Civilie verändert worden sei. Das Wesentliche dieser Änderung besteht darin, daß sie bis dahin üblich gewesene Zusammensprechung im Namen des dreieinigen Gottes in Wegfall komme. Die für die Änderung angeführten Gründe habe die Commission nicht anerkannt können, da ja doch die Zusammensprechung im Namen des dreieinigen Gottes vor christlichen Zeugen und in Gegenwart der Gemeinde durchaus ihren vollen und eigentümlichen Sinn auch noch nach der Zusammensprechung im Namen des Geistes behalte und ihr nicht der Sinn untergelegt werden könne, der bürgerlichen Trauung entgegenzutreten, indem jede Trauung in einer besonderen Sphäre etwas Besonderes wolle. Wäre die Änderung aber auch notwendig, so sei sie doch nicht unbedeutlich. Christliche Ehreleute bedürfen für den Anfang ihres Bundes die göttliche Legitimation in der allerkräftigsten Form. Die evangelische Kirche sei gegen die katholische befürchtet, daß von dieser keine Änderung verlangt wurde. — Die Commission wünschte, daß es wenigstens erlaubt sei müsse, das alte Traumformular anzuwenden bis die Generalsynode das Definitivum festgestellt habe.

Der Staats-Commissarius, Präsident Wunderlich, hat aus dem Vortrage des Referenten nicht entnehmen können, warum derselbe wünsche, daß der Antrag 2 vor 1 behandelt werden solle. Nach den Ausführungen des Referenten könne es scheinen, als ob der Oberkirchenrat die Änderung des Traumformulars einseitig angeordnet. Dem sei nicht so. Jede einzelne Kreis-Synode sei gebürgt worden und kaum eine habe sich gegen dasselbe erklärt, während alle anerkannten, daß das bisherige Formular nach Einführung der Civilie nicht vorbestehen könne. — Die Autorität Luthers werde, wie Redner durch Zitate aus dem Traumklein Luthers nachweist, zu Unrecht von den Gegnern des oberkirchlichen Erlaßes angeführt. — Redner bittet, den Antrag schon in seiner ersten Hälfte zu verwerten. Nach dem zweiten Theile solle sich die außerordentliche General-Synode mit der Frage beschäftigen. Man wisse, welche schwierige Aufgaben dieser Synode warten, man möge ihr nicht noch weitere schwere Dinge zutheilen, wenn man nicht das ganze System ruinieren wolle. (Aufstimmung.) Der außerordentlichen General-Synode werde hoffentlich recht bald eine ordentliche folgen, möge dieser die Frage unterbreitet werden. Jetzt ein zweites Interimstitutum auf das schon vorhandene pröben, sei ein Ding der Unmöglichkeit. — Redner bittet wiederholt dringend, die Anträge abzulehnen, und ersucht die Herren Geistlichen, in ihren Gemeinden ausdrücklich zu wirken, aber den Leuten nicht beizubringen, als müsse noch irgend etwas dahinter stecken, als sei das kirchliche Traumformular nicht gültig.

Demnächst nimmt das Wort Landrath a. D. v. Röder. Wiederholt durch den lauten Ruf „zur Sache, zur Sache“ und von Zeichen des Missfalls auf der Linke, sowie Beifallsäußerungen auf der Rechten unterbrochen, spricht Redner unter einer Unruhe des Hauses, welche es nur schwer ermöglichte, seinen Worten zu folgen, etwa Nachstehendes:

„Als Mit-Antragsteller will ich in kurzen Worten die Motive des Antrages auseinandersetzen, vorher aber an einiges anknüpfen, was bei andern Gelegenheiten gesagt worden ist und wozu wir nicht schweigen dürfen, damit es nicht scheine, als wären wir damit einverstanden. Es ist heute aus sehr verehrtem Munde gesagt worden, die Einführung der Civilie wäre eine Notwendigkeit gewesen. Meine Herren, wir stellen uns auf den Boden des einmal gegebenen Gesetzes, ich erkläre aber in meiner Freunde und meinem Namen, daß wir die Einführung der obligatorischen Civilie für ein Unglück halten, ja, ich behaupte, daß viele, die früher dafür gewesen sind, jetzt schon, nachdem das Gesetz erst einige Monate in Kraft ist und seine Folgen sich zeigen, dagegen stimmen würden. Es ist hier mehrfach gesprochen worden von einem Hause, welches wir bauen wollen, und welches wir möglichst weit und groß bauen wollen. Ich accipiere diesen Vergleich, auch wir wollen bauen, wir wollen aber nur ein solches Haus bauen, welches auf festem Grund steht und zwar auf dem Grunde des Glaubens an die Gottheit Christi; diese Erklärung gebe ich ab in dem einmütigen Namen meiner Freunde und ich weiß, daß auch viele von Ihnen, die nicht zu unserer Seite gehören, damit einverstanden sind.“

Es ist hier ein Ausdruck gefallen, der so verstanden werden kann, als wenn hier kein friedlicher Geist geherrscht hätte. Es ist nicht zu verlangen, daß wir, die wir berufen sind, den Kampf auszukämpfen, die wir die Führer sind, daß wir, nachdem wir einige schöne Säge gehabt haben, uns begeistert in die Arme fallen und sagen: es ist Alles gut, aber man kann von uns verlangen, daß wir mit der Ruhe und Objectivität, wie es Männern und mit der Liebe, wie es Christen geziemt, kämpfen und ich constatire, daß dies bisher stets geschehen ist und daß auch in der vorliegenden Sache so gekämpft werde, ist unser fester Wunsch und Wille.“

Zur Sache bemerkte ich, daß das Hauptmotiv der Meußischen Anträge für uns darin lag, daß wir das Gewissen der Geistlichen befreien wollen von dem Druck, der auf ihm lastet. Wir wollen nicht, wie der königl. Herr Commissarius meint, ein Interimstitutum an die Stelle eines andren setzen, wir wollen vorläufig nur das vorhandene Interimstitutum aufheben und darum, meine Herren, empfehle ich Ihnen die Annahme der Anträge Ihrer Commission.“

Geb. Justizrat Wachler glaubt in seinem und im Namen seiner Freunde dagegen Verwohnung einlegen zu müssen, daß bei bestimmten Vorlagen solch allgemeine Gegenstände in die Debatte gezogen werden, ohne daß der Vorsitzende den Redner zur Sache verweist (Bravo!)

Der Präsident: Er habe während den ganzen Verhandlungen jeden Redner ausreden lassen und auch vor wenigen Tagen einen Redner nicht unterbrochen, der eine sehr schöne Rede gehalten, aber auch nicht zur Sache sprach. Er habe den dringenden Wunsch gehabt, im letzten Moment nicht von diesem Grundsache abgehen zu dürfen (Bravo!).

Senior Treblin erinnert daran, daß er vor einem tiefen Eingehen in die Sache gewarnt, als dieses zuerst vor die Synode gebracht wurde. Sie sei damals so unschuldig dargestellt worden und der Herr Antragsteller habe durch die ruhige Art und Weise seiner Darlegungen viel dazu beigetragen, daß eine sachliche Behandlung der Angelegenheit möglich war. Es habe sich aber schon in der Commission gezeigt, daß die gehegten Befürchtungen nicht unbegründet waren, schon dort seien die Ansichten in erregter Weise gegen einander aufgetreten, der Commissionsbeschuß sei nun mit einer Stimme Majorität zu Stande gekommen.

Die Commissionsmehrheit wünsche, daß der Oberkirchenrat Gewissensbeschwerden befestige, in dem er zu dem alten Zustande zurückkehre. Er (Redner) behauptete, daß dadurch ein Gewissenszwang geschaffen werde für die, welche den alten Zustand für unerträglich halten. Diese seien in der Mehrzahl.

In die Sache eingehend, bemerkte Redner, daß die Gründe seiner Partei in der Commission siegreich gewesen seien und daß bei diesem Punkte Männer der verschiedenen Richtung zusammengetreten haben. Von diesem sei genau zwischen dem sittlichen und religiösen Moment der Ehe unterschieden worden.

Das Wort „Zusammensprechung“ sei ein ganz ominöses, denn in ihm liege, daß die vor dem Standesbeamten geschlossene Ehe noch nicht als solche anerkannt wird. In diesem Punkte liege geradezu, daß man dem Kaiser nicht geben wolle, was des Kaisers ist und daß man das Volk verleitet, dem bürgerlichen Acte die gebührende Anerkennung vorzuhalten, darum könne das Wort „Zusammensprechung“ in keinem Falle zugelassen werden.

Auf das vom Vorredner Gesagte eingehend erklärte Redner: Sie sagen uns damit nichts Neues, daß Sie in der Kirche ein enges Haus seien, aus dem Sie viele ausschließen wollen. Das wissen wir sehr wohl. Wir kennen es aus Ihrem Berichten während der Synode. Die Provinzialsynode hat eine schmachvolle Intoleranz gezeigt gegen den Protestantverein (Lärm, Rufe: Zur Ordnung!) Der Präsident rief den Redner wegen des Ausdrucks „schmachvolle Intoleranz“ zur Ordnung.

Senior Treblin bemerkte, fortlaufend, er habe noch ein Wort über das Gewissen der Synode zu sagen. Man habe gesagt, daß man um des Gewissens willen die Männer des Protestantvereins nicht dulden könne. Die das erklärten, scheinen ein tolerantes und ein intolerantes Gewissen zu haben, denn während sie erklärten, der und der dulde nicht zur Generalsynode gewählt werden, weil er Mitglied des Protestantvereins ist, halten dieselbe Persönlichkeit für sehr geschickt, in die Gefängniss-Commission einzutreten. Er müsse sagen, ein solches Gewissen könne ihm und seinen Freunden in keiner Weise Respect einflößen, und er wolle gleichfalls, daß es vor die Offenheit gelange, daß die Synode eine derartige Intoleranz geübt hat darüber habe er Gelegenheit genommen, dies offen auszusprechen.

Bürgermeister Hertel behauptet, daß der Antrag, welcher zu den gegenwärtigen Diskussionen geführt, sowie einige andere Anträge aus einer Conferenz hervorgegangen seien, welche mehrere agitatorische Geistliche

vor etwa 14 Tagen in Berlin abgehalten haben. Er könne sich nur wundern, daß Herren, die fortwährend von Gewissensbedrückungen reden, bei einem derartigen Vorgehen keine Gewissensbedrückungen fühlen. Redner würde den Antrag gestellt, es möge der Oberkirchenrat mit aller Macht und Energie darauf sehen, daß die Staatsgewebe und seine Verordnungen aufrecht erhalten werden, glaubt aber in dem Vertrauen davon Abstand nehmen zu können, daß der Oberkirchenrat auch ohne einen solchen Antrag allen Versuchen, die Autorität der Behörden zu durchbrechen, mit fester Hand entgegentreten werden.

Superintendent Brenner glaubt constatiren zu müssen, daß er es sich nach allen Trauungen, die er nach dem vom Oberkirchenrat vorgesehenen Formular vorgenommen, zur Aufgabe gemacht, sich nach dem Eindruck zu erkundigen, den die Form der kirchlichen Trauung gemacht. Vor Alem sei erklärt worden, daß sie zur Überzeugung gelangt, ihre Furcht vor der Civilie sei eine eitle und unbegründete gewesen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß über Discussion eingebrochen und angenommen und sodann nach einer kurzen Replik des Referenten auf die Ausführungen des Staats-Commissarius und des Senior Treblin in die Special-Discussion eingetreten.

Staats-Commissarius Wunderlich bittet bei derselben die Anträge in der Reihefolge zu discutieren, wie sie vorliegen.

Senior Treblin tritt diesem Wunsche bei.

Der Präsident glaubt demselben mit Rücksicht auf den Vorschlag des Referenten über Antrag 2 zuerst abzustimmen, nicht stattgeben zu können.

Die Majorität beschließt über Antrag 1 zuerst abzustimmen.

Superintendent Przygode erklärt, daß er vom Standpunkt des gläubigen Gewissens, das die Gegner doch nicht gepachtet, er sich für seine Personen durchaus nicht durch das neue Formular in seinem Gewissen beeinträchtigt, daß Gott danke, wenn seine Parochianen nach wie vor kommen und demselben aber doch sagen, wie die Schlage sei.

Nunmehr wird ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Superintendent Stiller würde gegen den Antrag stimmen, wenn verlangt würde, daß Kirchenregiment solle seine Verordnung einfacher zurücknehmen. Bei aller Achtung vor dessen Autorität könne man demselben aber doch sagen, wie die Schlage sei.

Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über Antrag 1 eingegangen. Derselbe wird vor der Versammlung accepirt.

Es stimmen mit „Ja“: Aebert-Grümburg, Anderson-Crommannsdorf, Aumann-Schönfeld, Dr. Brettschneider-Saatz, Graf Carmers-Panzl, Graf d' Houssenville-Rosenberg, Baron Czettritz-Rehbaus-Kolnitz, Fichtner-Reusel, Flössel-Quartitz, Camper-Marklissa, Geisser-Hohenleibnitz, Freiberg v. Gersdorff-Ostritz, Hahn-Karben, Hauigkeit-Löwenberg, Henckel-Sagan, Hilbrand-Raudten, Hilberg-Rohnstock, Janzen-Herrnstadt, v. Jhering-Gr. Steinendorf, Kerras-Hoerswoda, v. Kötitz-Mondshaus, Kraut-Rimmersdorf, von Lößnig-Langhelswoda, v. Meier-Walda-D.-L., Meissner-Adelsdorf, Meuß-Breslau, Mila-Lüben, Rambach-Graae, v. Neder-Volmerstein-Louisdorf, Richter-Prieborn, v. Röder-Ober-Ellguth, Rößls-Schweidnitz, Thür. v. Rotenhan-Buchwald, Graf v. Rothkirch-Trachenau, Salisch-Jositz, Dr. Scheibert-Janowitz, Seidel-Nothenburg, Seiffert-Rosenthal, Stenger-Trebnig, Stiller-Krischwitz, Graf v. Siosch-Harau, v. Sydon-Görlitz, Thür. v. Tüke-Schweinstadt, Ueberschär-Oels, Wandel-Wirschnowitz, Weißert-Gr. Wandris.

Mit „Nein“ stimmen: Altmann-Olegau, Baed-Striegau, Bartsch-Breslau, Becker-Breslau, Binner-Löwenberg, Boos-Salzbrunn, von Gramon-Roßlowitz, Dichter-Breslau, Eisermann-Beuthen a. O., Gotwald-Heinrichau, Große-Neitzsch, Gutmann-Brieg, Hirche-Daubitz, Dr. Holze-Kattowitz, Hoppe-Lauban, Krebs-Wohlau, von Liebermann-Steinau, Lorenz-Brieg, Niemeyer-Oßig, Oertel-Liegnitz, Paesch-Beuthen-O.-S., Pitschner-Rausse, Punke-Wüstebrieke, Przygode-Leobschütz, Dr. Räßiger-Breslau, Richter-Breslau, v. Richthofen-Damendorf, Rossmann-Langenbielau, Rusche-Dabersdorf, Treblin-Breslau, Treutler-Waldenburg, Wachler-Breslau, v. Websky-Wüste-Waltersdorf, Weigelt-Breslau, Winter-Sprottau.

Die übrigen Mitglieder waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Zu Antrag 2 ergreift zunächst

Superintendent Ueberschär das Wort. Derselbe wendet sich, nachdem er erklärt, daß er gegen die Wiedertrauung Geschiedener doch Bedenken habe, gegen Senior Treblin. Derselbe habe der Seite, welcher Redner angehört, Intoleranz vorgeworfen. Dieselbe solle nicht im Mindesten in Abrede gestellt werden, es sei dies aber eine vom Gewissen gebotene Intoleranz. Ein gewissenhafter Mann handle so, wie er es vor seinem Gewissen verantworten könnte und deshalb habe Redner und seine Freunde darauf bestanden, daß die Mitglieder des Protestant-Vereins von der Wahl zur Generalsynode ausgeschlossen würden. (Unruhe.)

Der Präsident bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.

Superintendent Ueberschär: Senior Treblin hat uns Inconsequenz vorgeworfen.

Der Präsident: Wir sind bei Antrag 2.

Superintendent Ueberschär will weiter fortfahren, wird aber vom Präsidenten nach wenigen Worten nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß er ganz und gar nicht bei der Sache sei. Er befehlt sich, indem er erklärt, wenn er auch nicht zur Sache gesprochen, so habe er doch zu einer Sache gesprochen, die ihm und seinen Freunden am meisten am Herzen liege.

Superintendent Przygode führt aus, daß die Schrift nur über das Prinzip der Scheidung spreche, nicht über die Scheidungsgründe. Die protestantische Kirche habe keine Ehrechte. Das allgemeine Landrecht behandle die Frage so. Die Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, daß auch einmal ein Geistlicher aus Voreingenommenheit die Wiedertrauung Geschiedener verweigert. Die Geistlichen sollten sich freuen, daß sie einen Theil der Verantwortlichkeit auf die Schultern des Kirchenrats abwälzen können.

Staats-Commissarius Prä. Wunderlich erklärt sich gegen den Antrag, indem er den praktischen Unterschied zwischen früher und jetzt darlegt.

Antrag 2c wird demnächst angenommen.

Zu Antrag 2b meint

Superintendent Stiller, daß die Fälle doch gewiß vorkommen werden, daß ein Kirchenrat sich für die Wiedertrauung erklärt, der Geistliche aber dagegen, so sei doch nichts mehr opportun als den Oberkirchenrat zu ersuchen, feste Normen für Beurteilung und Behandlung schriftwidrig geschiedener Eheleute, welche die kirchliche Trauung begehen, herbeizuführen.

Oberamtmann Seiffert spricht für Annahme des Antrages 2, da der Staat jetzt kein christlicher mehr sei, denn die Ehe werde von den Standesbeamten geschlossen und es sei jedem Vater überlassen, ob er seine Kinder wolle taufen lassen oder nicht.

Pastor Lorenz-Brieg betreibt, daß der Ausdruck „schriftwidrig geschieden“ ein fahbarer Begriff sei, da die Stellen der Schrift, welche von dem Gegenstand reden, ganz verschiedene Anschaungen über die Sünde enthalten, die durch Wiederbeiratung begangen wird. Wenn man denen, die gesündigt haben, verzeihe und ihnen den Segen der Kirche ertheile, so handle man im Sinne Christi. Wenn die kirchliche Feier nicht entweiht werde, habe der Geistliche kein Recht die Trauung zu verweigern.

Nachdem demnächst noch Rechtsanwalt Altmann die Ablehnung des Antrages 2 empfohlen, protokolliert

Staats-Commissarius Wunderlich dagegen, daß gesagt worden, in Preußen sei es einerlei, ob jemand seine Kinder taufen lasse oder nicht. Von Alerhöchster Stelle sei ausdrücklich bewont worden, daß durch die Einführung der Civilie die Rechte der Kirche in keiner Weise berührt würden. Er verstehe es nicht, wie der Oberkirchenrat jetzt solche Normen geben solle, nachdem Se. Majestät die Grundzüge desselben interimschafitlich sanktionirt habe.

Hierauf wird der Schluß der Discussion angenommen. Nach einem Schlussworte des Referenten und einer kurzen Erwiderung des Staats-Commissarius beschließt die Synode, den Antrag 2b anzunehmen.

Demnächst tritt die Versammlung in die Beratung des Antrags von Treblin und Gen.

Die Provinzialsynode wolle im Anschluß an die Petition des Gemeinde-

Kirchenrats zu U. L. F. zu Liegnitz beschließen:

bei dem Kirchenregiment dahin zu wirken, daß die Gemeinden in den Kreis- und Provinzialsynoden eine numerisch stärker, ihrer Größe und Bedeutung entsprechende Vertretung finde und daß die §§ 50 Nr. 3 und 61 der Kirch-Gem.- und Syndical-Ordnung demgemäß abgeändert werden.

Der Antrag der Central-Commission geht dahin, die Provinzialsynode wolle über den Antrag Treblin für jetzt zur Tagesordnung übergehen.

Der Berichtsstatter Sup. Bern. Przygode-Leobschütz motiviert das Commissionsvotum, die Petition von Treblin und Gen. lehne sich an die Petition des Liegnitzer Gemeinde-Kirchenrats an und befürwortet eine stärkere Vertretung des Laien-Elements in den Kreis- und Provinzial-Synoden. Das Votum der Commission sei mit Allen gegen eine Stimme gesetzt worden. Wenn die Commission auch der Ansicht gewesen, daß auch der Kreis- und Provinzialsynode keine Gegenstände zur Beratung kamen, welche eine besondere Mitwirkung der Geistlichen bedingen und eine vorzügliche Inanspruchnahme deren Tätigkeit zur Voraussetzung haben, wenn auch im Gemeindelkirchenrat die Laien eine hervorragendere Vertretung finden,

wenngleich die numerisch stärkere Seelenzahl einzelne Gemeinden eine mehrgliedrige Vertretung derelben wünschenswerth erscheinen lasse, so habe die Commission trotz dessen dem Antrag nicht zustimmen können. Sie befindet sich im Einklang mit den Ausführungen der Petenten, daß es in der protestantischen Kirche einen Unterschied zwischen Laien und Clerus überhaupt nicht gäbe, habe sich aber die Folgerungen daraus nicht aneignen können, und gerade in der Thatzache, daß ein solcher Unterschied zwischen Nichtgeistlichen und Geistlichen nicht existirt, eine Veranlassung gefunden, für die gleiche Vertretung der beiden Elemente zu stimmen und den Antrag Treblin nicht zu unterstützen.

Senior Treblin führt aus, daß der Grundsatz noch war, der gegenwärtig noch bestehende Unterschied werde sich hoffentlich allmälig verwischen. Im Gemeinde-Kirchenrat sei das Verhältnis der Nichtgeistlichen zu den Geistlichen in einer der numerischen Stärke besser entsprechenden Weise gewahrt, in der Kreis- und der Provinzialsynode sei dies anders und es sei zu wünschen, daß auch hier eine größere Berücksichtigung des Laienelements stattfinde. Bei aller Achtung und Ehre vor seinem Stande spricht er, Redner aus, daß gerade dabei noch, daß die Mannigfaltigkeit der Kräfte in der Gemeinde zum Ausdruck kommen, der Einigkeitlichkeit des Wesens und des Standpunkts der Geistlichen vorgebeugt werde. Es sei ein abzustellendes Mißverhältnis, daß eine Synode wie die Breslauer mit 120,000 Seelen nicht mehr Abgeordnete als 3 in die Synode schließe. Nach dem Princip, daß eine Synode mit 60,000 Seelen drei Deputierte entsende, müßte die Zahl der Abgeordneten der Synode Breslau wenigstens 6 betragen. Das entstehende Mißverhältnis werde durch die landesherrlichen Ernennungen nicht befehligt.

Den Unterschied zwischen Laien und Clerus zu beseitigen, sei in der Reformation zur Durchführung gekommen und von Luther mit stürmischer Veredelung vertheidigt worden. Wenn dieser Kaiser später sich wesentlich beschränkt, je möchte dabei die Überzeugung maßgebend sein, daß der Übergang von

heute zum ersten Male bei ermäßigten Preisen zur Aufführung. Hoffentlich wird das Stück dadurch noch lange seine bisherige Zugkraft bewahren.

[Vom Lobe-Theater.] In der nächsten Novität dieses Theaters „Die Fledermaus“, Operette von Strauß, welche demnächst zur Aufführung gelangt, wird neben den Damen Weiser und Wenta die Gattin des Director L’Arronge in einer vorragenden Partie beschäftigt sein. Der Director L’Arronge war früher eine sehr beliebte Opern-Soubrette und wird durch ihre Mitwirkung die Aufführung der „Fledermaus“ jedenfalls einen besonderen Reiz gewinnen.

[Das Narrenfest] mit dem der Handwerker-Verein auch dieses Mal seinen Beitrag zu den Carnavals-Festen liefernde, hatte sich eines sehr lebendigen Besuchs von maskierten und unmaskirten Narren und Narreninnen zu erfreuen. Nach einigen Stücken der Festkapelle und einigen Tänzen begann das Festspiel, welches von Hrn. Kaufmann Freyhan verfasst, mit einem „Vorspiel im Olymp“ begann und eine Reise unseres Schillers aus jenen Regionen der Seligen in die Gefilde der irischen Narrheit und speziell seines treuen Befehrs des Handwerkervereins darstellte. Nach erhaltenem Urlaub des Vaters der Götter und Menschen, des dem Donner gebiedenden Zeus, steigt er hernieder, um den Narrenball des genannten Vereins zu besuchen, gefolgt von den Helden seiner eigenen Schöpfungen und von Alexander v. Humboldt und dem alten Turnvater Jahn. Dort stellt ihm nun der bekannte aus einem „Winter“ in einen „Sommer“ übersezt, Schuhmacher aus der großen Grochongasse die anderen Narren zu, zunächst die des Festzuges: 1) Jungfer Lieschen (Louise Lateau), 2) ein Mitglied des Leichenverbrennungs-Vereins mit einer Urne mit der Asche seiner seligen Schwiegermutter; 3) ein Ultramontaner mit Kull — (wollte schreiben Bullmann), an Rockböcken, den 4) Tell im Namen, Schillers gründlich verurtheilt; 5) ein Omnibusfahrer, der jetzt für 6 Dreier die Tour leer fährt; 6–7) Don Carlos und Donna Bianca mit Jesuiten und Carlisten; 8) Marquis Poia; 9) Wallenstein mit einem Capuziner; 10–11) Hering, Kästner eines Nachschubvereins und Venus, durch gemeinsamen Durchgang verbunden; 12–13) zwei schlesische Fechter (mit Bettelstab statt der Waffen), für die Loupefahne; 14–16) drei Naturforscher; diese werden von Alexander Humboldt nach ihren Entdeckungen examiniert und teilen ihre Miserfolge bei dem Fest auf der Liebichshöhe, im Theater und Börsenball mit, worauf ihnen Humboldt den Rath giebt, bei ihren Naturstudien auch die Natur der Gasfreundschaft kennen zu lernen. Dann kamen 17–18) die Klingenden Familien des Thalers und der Reichsmarfen, die ihre Klagen wegen der neuen Reichswährung aussuchten wollen, worauf Schiller zu Gunsten der Markt eintritt, der Thalerfamilie dauernde Geltung auch nach der Umstellung verheissend; 19–20) sind Breslauer Bürger aus dem 19. Jahrhundert, die mit Laternen das Breslauer Gaslicht aufsuchen und mit Wasserstiefeln Thaler und Verge des Breslauer Steinpflaster überqueren und andere Unnahmlichkeiten kennen lernen, indem sie ihre Rale mit einem Holzfutterale bewahren, resp. ihr Auge an den Breiterbuden des Jahr- und Christimarktes winden; 21–23) Feindvers, Angler und Schuster nennen sich drei neue Kämpfer der arbeitenden Klassen, die für Vollwohl stets mit der Polizei carambolieren, welche ihre Versammlungen schlägt; 24) ist eine alte städtische Pflanze, dem Namen nach, eine Kaktus, in der That ein sehr unschädliches, bald vermeintliches Gewächs Breslauer Zeitungsgemäss. Es treten hieran noch auf eine Reichslate, ein Reichsbund und ein Schulmeister, der sich am Ende in die Stelle des letzteren setzt, Valeska mit Bräutigam und Schuhmann, eine Scene aus der „Schmerzhaften Mutter“ und dem Civilstands-Bureau“ und endlich Jerum und Stadel, zwei verloßene Nachwuchsmänner, Nachdem derselben ihr Schidit mit ironisch arretierten Cheleuten und dem Spruch der Richter bellagt, meint Herr Sommer, daß noch Manche und Manches vorzuftüren wäre.

Mit Titel und mit Rang,
Mit hohen Namen, aber niedern Klang,
Depechenuntertragende Gesandte,
Caplone, ausgelöschtne und verbannte,
Prinzen, Erzbischöfe, Prinzgönnner,

Und viele andre, sehr geschätzte Männer.“

Aber es drängt die Zeit, die Menge harrt des Tanzes und nur noch die Turner können die olympischen Gäste mit Übungen und „Gut Heil“ begrüßen, nach dem der alte Jahn tausend Dank sagt und Schiller genug über den Stand der Welt erfahren zu haben befent.

„Genug, es ist von geistiger Slaberei

Der arme Menschenjob noch längst nicht frei“

Drum lebt er mit getäuschten Hosen zur ewigen Heimat zurück.

„Dort preis ich ähnlich mich und mein Geschick.“

Die Welt bleibt Euch, ich seh’ den Himmel offen!“

Damit schloss das Festspiel mit rauschendem Beifall und das allgemeine Narrenspiel mit Schmarren, Trinten und Tanzen nahm seinen Fortgang unter den Klängen der Walzer und Galopp’s w. In der Pause wurde noch ein „Carnevalslied“ das Literat C. Krause geliefert hatte, gesungen und dann das Fest geschlossen, das der Heiterkeit einen reichen Zoll auch in unserer ersten Zeit gebracht hatte.

[Naaben-Maslen ball.] Die früher im Geltgarten tagende „Naabengesellschaft“, welche nach dem Paul Scholz’schen Local auf der Marahrenstraße übergesiedelt ist, feierte am Sonnabend im Stammlocal einen Maskenball, der sich durch gute Arrangemente auszeichnete. Die Gesellschaft selbst aus 36 Mitgliedern bestehend, hatte gegen 600 Gäste geladen. Noch besonders herborghoben zu werden verdient, daß die „Nussknackerquadille“ und die „Nationalquadrille“ sowie der beim Cotillon mit reichen und schönen Geschenken aufgestellte Tisch ungetheilten Beifall fanden. Die Musik wurde von der beliebten Breslauer Concert-Kapelle executirt.

[A. [Aeltesten-Versammlung.] Von der Breslauer Commission zur Wahrung der Interessen des Handwerkerstandes waren gestern Nachmittag, 5 Uhr, diejenigen Aeltesten, deren Innungen dem Breslauer Innungsvorstande angehören, zu einer Versammlung in der Lissaer Bierhalle auf der Altstädtischenstraße eingeladen. Vertreten waren folgende Innungen: Büstenschmied, Buchbinder, Feilbauer und Nagelschmiede, Glaser, Gold und Silberarbeiter, Hutmacher, Klempner, Korbmacher, Maler, Schlosser, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Schuhmacher, Seifensieder, Seiler, Stellmacher, Tischler und Zimmerer, außerdem die Ortsvereine der arbeitenden Tischler und Schneider. Nach Eröffnung der Versammlung durch den stellvertretenden Vorzisenden, Schneidermeister Heidemann, erstattete Seilermeister Hahn einen Kassenbericht für das abgelaufene Jahr 1874. Darnach betrug die Einnahme in runder Summe 284 Thlr., die Ausgabe mit 96 Thlr., so daß ein Kassenbestand von 188 Thlr. verbleibt. Der Jahresbericht wird, da der Schriftführer nicht anwesend war, den einzelnen Innungen schriftlich zugesandt werden. Dem Kassirer wurde Discharge erteilt. Bei den folgenden Neuwahlen der Commissionmitglieder wurden folgende Innungen-Aelteste gewählt: Schörle (Tischler), Gregor (Schneider), Hahnwald (Seiler), Dobers (Gold- und Silberarbeiter), Müller (Schlosser), Hölder (Stellmacher), Richter (Schmied), Eisler (Glaser), Wunderlich (Tapezierer), Vogt (Schmied), Klebe (Schuhmacher), Scholz (Klempner), Günther (Handschuhmacher), und Spies (Hutmacher). — Nach einem Beschuß des 1. und 2. Handwerkerlates zu Dresden und Quedlinburg soll eine Agitation zur Ausbreitung des Vereins selbstständiger Handwerker une Fabrikanten Deutschlands stattfinden. Zu diesem Zweck bereitst gegenwärtig der Obermeister der Berliner Tischler-Innung, Herr Brandes, die verschiedensten gröbsten Städte Deutschlands, um durch Vorträge über Zweck und Ziel der Organisation der Arbeitgeber diese zum Anschluß an die Vereinigung zu gewinnen. Im Laufe dieses Monats wird Herr Brandes in unserer Provinz Schlesien in den Städten Glogau, Görlich, Liegnitz, Schweidnitz, Oppeln und Breslau Vorträge halten. Zu diesen Vorträgen sind bereits die Arbeitgeber der den genannten Orten benachbarten Städte eingeladen. In Breslau wird Herr Brandes am 15. Februar, Nachmittags 4 Uhr, im Schiebwerder Saale sprechen, wo sämtliche Arbeitgeber und Fabrikanten dazu eingeladen werden sollen. Nach einer Berathung über die näheren Modalitäten dieser Arbeitgeber-Versammlung u. A. auch darüber, wie man etwa beabsichtigten Auflösungen von gewisser Seite vorbeugen könnte, wurde die Versammlung geschlossen.

[Social-democratic Versammlung.] In das bekannte Restaurationslocal auf der kleinen Grochongasse hatten die Führer des aufgelösten „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ zu gestern Abend 8 Uhr wieder eine Versammlung zusammenberufen, an der sich ca. 90 Personen beteiligten. Der Schneider Schuhmacher teilte den Anwesenden mit, daß der Zweck der Einberufung dazu diene, hierorts einen „Social-democraticischen Arbeiter-Wahl-Verein“ zu begründen. Hierauf wurde die Wahl der zukünftigen Vorstandesmitglieder vorgenommen, und Schuhmacher als erster, Neiders als zweiter Vorsitzender, Klein als Schriftführer erwählt. Der Vorsitzende bittet die Versammlung bei Berathung der Statuten so lange keine Opposition zu machen, bis das Mitgliederverzeichnis an die Polizeibehörde eingereicht ist. Bei der daraus erfolgten Diskussion sah sich der anwesende Polizei-Commissarius genötigt den Verein im Namen des Gesetzes aufzulösen, weil er sowohl in den Tendenzen als auch in den anwesenden Mitgliedern dieselben erkannte, welche dem aufgelösten gesetzwidrigen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereine angehört hatten.

— [Von der Oder.] Das Wasser der Oder ist in Folge der eingetretenen Kälte bedeutend gesunken. — Das Treibeis geht zum großen Theil über das Straubwehr in die alte Oder, da der Eisstand sich von der Sandbrücke bis zum genannten Wehr erstreckt. — In Brieg zeigt der Oberpegel 4,95 Meter, der Unterpegel 2,04 Meter. — In Thiergarten bei Orlau der Oberpegel 4,14 Meter, der Unterpegel 1,25 Meter. — Der Mühlgraben ist vollständig zugefroren. — Am 27. Januar ist noch ein Schiff, welches am 26. Abends eintraf, durchgeschleust worden, muß aber im Mühlgraben überwintern; ebenso sind zwei von Brieg mit Gerste nach Stettin bestimmte Schiffe im Schleusengraben verwirkt. Vor Eintritt des Frosts sind aus Görlitz und Krappitz 8 beladenen Schiffe in Brieg durchgeschleust, welche Ladung von Steinkohlen und Kalksteinen für Breslau und Ohlau haben. Stromaufwärts sind 7 leere Schiffe durchgeschleust. — Von Holzhänen liegen 6 Stück zwischen Brieg und Ohlau mit Fichten Leibholz, 8 hinter Treitzen mit Kiefern Leibholz, ebenso in Stoberau mehrere. — Von den an der Oder gelegenen Siegeleien hat noch vor Eintritt der Kälte die Befrachtung mehrerer Kähne stattgefunden, von denen ein Theil sogar schon auf der Reise war, auch sie hat der Frost erlegt und liegen sie in Krappitz, Rattwitz, Tschirne, Margarethe, Jannowitz und Treschen.

* [Eine zweckmäßige Polizeiverordnung in Görlitz.] Der Görlitzer Anzeiger meldet unter dem 31. Januar: Durch die gestern publicirten neuen Polizeiverordnungen ist bestimmt worden, daß vom 15. Februar ab der Verlauf von Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Obst, Stroh und Heu auf den hiesigen Wochenmärkten nur nach Gewicht, mit Ausschlüsse aller Hoblmäße, statfinden darf, sowie insbesondere Kartoffeln in Säcken nur zum Mindestgewicht von 150 Pf. zum Verkauf gestellt werden dürfen. Stroh darf nur in festen Bünden von 20 Pfund, Heu aber in Bünden von 10 Pfund gehalten werden. Die Bäder und Werkhäuser von Backwaren sind vom 15. Februar an verpflichtet, Brot und Semmel nur nach Gewicht zu verkaufen und das Gewicht dieser Backwaren jedesmal für einen Betraum von einem halben Monat, durch einen von Außen sichtbaren Anschlag am Verkaufslokale zur Kenntnis des Publikums zu bringen. Dieser Aufschlag ist am 1. und 15. jeden Monats der Stadt-Polizei-Verwaltung zur Abstempfung vorzulegen und, mit dem Stempel versehen, täglich während der Verkaufsstätte auszuhängen. Ferner muß an den Verkaufsstätten eine Waage mit den erforderlichen geacierten Gewichten aufgestellt sein und deren Benutzung zum Nachwiegen der verkaufen bezeichneten Backwaren gestattet sein. Die Backwaren müssen gut ausgebunden sein und dürfen innerhalb 24 Stunden an dem bestimmten Gewicht höchstens 8 Gramm und vor diesem Zeitpunkte an überhaupt nicht mehr als 15 Gramm auf ein Pfund fallen.

Gleichzeitig ist auch das Haushiren mit Fleisch an den Wochenmarkttagen während der Dauer der bestimmten Marktstunden verboten und darf der Verkauf von Fleisch aller Art nur in festen Verkaufsstätten, entweder in Läden oder an den von der Polizeiverwaltung angewiesenen Marktständen statfinden. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnungen sind mit Strafe von 1 bis 9 Mark bedroht. Jedentfalls sind diese Bestimmungen als sehr zeitgemäß zu betrachten.

+ [Polizeiliches.] Aus der Modewaarenhandlung von Levy u. Goldstein auf der Schweidnitzerstraße Nr. 51 ist in der verflossenen Nacht mittels Nachtschlüssel ein Diebstahl vollführt, und dabei 20 Stück weiße und 20 Stück blaue Tarlatanstoffe im Gesamtwerthe von 360 Mark gestohlen worden. — Ein Ring Nr. 47 beschäftiger Handlungsbuchhalter schlägt vor gestern im Auftrage seines Principals einen dortigen Arbeiter mit 2 Stück Schuhhalterketten fort, um diese in der Nachbarschaft verwechseln zu lassen. Bald soll der Bote bis jetzt noch zurückkehren. — Bei einer Sattlersfrau erschien gestern ein 20 Jahre altes Mädchen, um dafelbit Wohnung zu mieten. Bald darauf wußte diese verächtliche Person ihrer Wirtin vorzulügen, daß ihr Bruder, der Deconom sei, Kartoffeln geschnitten habe, die sie abholen müsse, zu welchem Behufe sie sich einen Korb, ein türkisches Umschlagetuch, einen rothen Shawl und ein Paar Handschuhe vorbereite. Die sonst sehr vorsichtige Frau schüte auch diesmal ihre 12 Jahre alte Nichte als Aufpasserin mit, um sich von der Wahrheit des Gejagten zu überzeugen, doch unterwegs wußte die Schwindlerin auch das Mädchen zu bethören, indem sie demselben unter dem Vorzeuge, sich ein Paar ähnliche goldene Ohringe zu kaufen, deren Ohrgehänge und einen grauen Muff abgauerte. Am rothen Löwen auf der Kupferschmiedestraße ließ sie das Mädchen stehen, wo sie durch den zweiten Ausgänge des Unterbaues auf Nimmerwiedersehen verschwand. Auf die freche Betrügerin wird stark gesahnt. — Ein 28 Jahre alter conditionsloser Conditorgehülfe hatte seiner Mutter ein Umschlagetuch und ein Paar goldene Ohringe entwendet und solche bereits verkauft. Als der Dieb gestern verhaftet werden sollte, mißhandelte er seine alte brave Mutter. Bei seiner Festnahme widerstieß sich der Bösewicht auf energische Weise, indem er sich thäthlich an dem Schuhmann vergriß, doch gelang es demnoch geachtet sich des wütenden Menschen zu bemächtigen.

+ [Unglücksfall.] Beim Verladen von Spiritusfassern an Gruppe Nr. 2 des Oberschlesischen Bahnhofs hatte der Rolltutscher Joseph Schwarzer beim Spediteur Günther Friedrich-Wilhelmsstraße in Diensten, daß Unglück ein solches schweres Fass von der Schrotteile abrutschte. Da er nicht schnell genug zur Seite springen konnte, geriet er unter das rollende Fass und erlitt einen Bruch des rechten Schienbeines. Der Verunglückte mußte sofort nach dem Allerheiligsten Hospital gebracht werden.

+ [Betrügerischer Bankrot.] Die auf der Goldene Radegasse Nr. 15 wohnhaften Glasermeister Heinrich Wolfschen Eheleute betrieben seit circa 8 Jahren hierorts neben der Glaserie und einen Handel mit Glasswaren und Goldleisten, welchen hauptsächlich die Chefarbeitete, und die auch alle auswärtigen Bestellungen ausführte, da ihr Mann Analphabet ist. Seit dem 1. April bis 1. December vorigen Jahres bezogen die Genannten aus verschiedenen Fabriken zu Berlin, Bielefeld und Fürth Waaren im Gesamtwerthe von circa 30.000 Mark, da ihnen von den betreffenden Fabrikanten ein so hoher Waarencredit bewilligt wurde. Die ankommenden Waaren wurden von den Wolfischen Eheleuten in der unverantwortlichsten Weise verfälscht, ein Theil derselben sogar in hiesige Restaurants lokal gebracht, und meistbietend unter dem Selbstkostenpreise verkauft. Am 1. Dezember verreiste plötzlich der Geschäftsinhaber Glasermeister Heinrich Wolfschen, angeblich nach Oberschlesien, um dort Schulden einzufallen, ohne bis jetzt wieder nach Breslau zu kommen. Es ist jedoch nachträglich ermittelt worden, daß derselbe einige Tage zuvor im hiesigen städtischen Handelsamt silberne Uhren, Broches und Armbänder mit Beiglas bekleidet und versiegelt wurde. Dem Beamten gegenüber versicherte die Chefarbeitete an Eidesstatt weiter keine Waaren mehr hinter sich zu haben. Der Polizeibehörde ist es jedoch gelungen einen Versteck auf der Neue Kirchstraße Nr. 9 zu ermitteln, in welchen die Wolf in den letzten 14 Tagen hemmlich zur Nachzeit eine große Anzahl von Waarenkisten schaffen ließ, woselbst dieselben auch gestern im Gesamtwerthe von 6000 Mark vorgefunden wurden. Ebenso wurde constatirt, daß die Wols mehrere Kisten mit Waaren nach Kempten und Natiabor seit der Abreise ihres Chefarbeitens fortgeschafft hat. Aus dem hier Gesagten geht hervor, daß unbedingt die Frau Witwifrau dieses vorbereiteten Betruges gewesen ist, und zwar findet diese Annahme umso mehr Bestätigung, als sie sämtliche Correspondenzen geführt, und ihre Mitwirkung bei Beleidigung der Waaren beobachtete, in Folge dessen daher ihre Verhaftung vorgezogen werden mußte. Die bis jetzt wieder herbeigeschafften Waaren werden präsentiert einen Werth von circa 9000 Mark, incl. der versiegelten Gegenstände. Im Interesse der Gläubiger und in der Beschleunigung der Untersuchung ist Denjenigen anzurathen, die etwa noch Waaren versteckt halten, solche scheinung bei der Polizeibehörde anzumelden, da sich sonst die Beleidigten der Gehlerei und der Witwifrau schuldig machen.

* [Ozonometrische Beobachtungen in Stettin.] Von Herrn Carl Welt erhalten wir wiederum gütige Mittheilungen über die Resultate seiner ozonometrischen Beobachtungen im eben abgelaufenen Monat Januar. Nach denselben zeigte der Ozonometer nur an 2 Tagen = 0, an 3 Tagen = 1, an 13 Tagen = 2, an 10 Tagen = 3, an einem Tage = 4, an einem Tage = 5 und an einem Tage = 6. — An diesen beiden Tagen, wo die Luft den höchsten Ozongehalt hatte, herrschte Sturm, und es hat sich schon in der kurzen Zeit, in welcher überhaupt ozonometrische Beobachtungen ange stellt worden sind, herausgestellt, daß bei stark bewegter Luft der Ozongehalt ein verhältnismäßig bedeutender ist.

* [Zur Verhaftung des Pfarrers Hein in Grottkau.] Was wir im gestrigen Mittagsblatte von der Meldung der römischen „Volkszeitung“ sagten, daß sie die gewohnte „Übertreibung“ zur Schau trage, wird heut durch die „Neisser Zeitung“ (bekanntlich ebenfalls ein römisches Organ) vollständig bestätigt. Beide ultramontane Blätter bringen nämlich einen ausführlichen Bericht aus Grottkau über die Verhaftung des Pfarrers Hein. Der Bericht ist aus einer und derselben Feder geflossen, denn sie stimmen beide mit einander überein bis auf die Überreibungen, welche die Redaction der „Volkszeitung“ hineingetragen hat. Zunächst ist dieser Artikel in der „Volkszeitung“ als zweiter Leitartikel placirt (damit er ja nicht übersehen wird und eine recht „packende“ Wirkung hat) — während die „Neisser Zeitung“ ihn ganz passend unter die gewöhnlichen Correspondenzen verweist. Die „Volkszeitung“ sagt im pomphaften Titel „Die Gefangenennahme des hochw. Herrn Pfarrers Hein in Grottkau.“ — Die „Neisser Zeitung“ sagt in bescheidener Inhaltsangabe des Artikels „Die Verhaftung unseres Pfarrers“. Die römische „Volkszeitung“ nämlich kennt bei Pfarrern und Bischofen das Wort Verhaftung, Abbüßung einer wohlverdienten Gefangenissstrafe nicht, sondern gebraucht dafür keck das, das Sachverhältniß vollständig entstellende Wort „Gefangenennahme“. Sie will damit andeuten, daß es sich hier nur um zwei gleichberechtigte Mächte handelt, die mit einander in Streit gerathen sind, und wenn im Kampfe der Priester unterliegt, so wird er von dem Stärkeren gefangen genommen. Es ist dies eine unglaubliche, aber gewohnte Frechheit, mit welcher der verabscheudwürdige Frevel am Gesetz, noch mehr der offensbare Widerstand gegen die Ausführung des Gesetzes, die größte Widersehigkeit zum heldenmuthigen, wenn auch nicht mit Glück gekrönten Kampfe für eine gute Sache umgestempelt wird. Wahrlieb, die Ultramontanen und namenlich die römische Presse hat alle Ursache, die Langmuth der Behörden zu preisen. — In der „Neisser Zeitung“ beginnt der Correspondent mit den Worten: „Ich habe Ihnen im Auftrage meiner katholischen Mitbürger über ein Schauspiel zu berichten“, die hiesige „Volkszeitung“ schließt gleich das Wort „entsetzlich“ vor das Wort Schauspiel ein. Sie erzählt dann weiter:

„Heut Abend gegen 6 Uhr ist unser hochwürdiger Herr Stadtpfarrer Hein gefangen genommen worden, weil er sich weigerte, zeugendlich anzugeben, wann und wie viele kirchliche Handlungen die beiden Weltpriester Welzel und Langner in bisheriger Pfarrkirche vorgenommen. — Bereits vorgestern erhielt der Herr Pfarrer die Vorladung vor’s hiesige Kreis-Gericht, in der Untersuchungsstube gegen die beiden Weltpriester Welzel und Langner als Zeuge zu erscheinen, mit der Warnung, daß wenn er nicht erscheine, oder wenn er die Zeugenaussage verweigere, er sofort verhaftet werden würde. Herr Pfarrer Hein legte sofort Beschwerde beim Appellations-Gericht in Natiabor gegen diese Maßregel ein und zeigt dies dem hiesigen Kreis-Gericht unter Überreichung des Poststücks an, worauf ihm heut der Bescheid noch wurde, daß der für heute Nachmittags um 3 Uhr angesetzte Termin aufgehoben sei. — Gegen 5 Uhr Abends sah man aber den Herrn Landrat von Ohlau, einen oder zwei Gendarmen, den Executor und den Landratsamtsdiener sich um den Pfarrhof bewegen und sofort war es in der Stadt verbreitet, man wolle unseren hochwürdigen Herrn Stadtpfarrer verhaften, und wirklich war dem so. — Herr Pfarrer Hein war gerade in der Kapelle des hiesigen Waisenhauses mit Beichtbüchern der barnbergerischen Schwestern beschäftigt, als er vom Executor und Gendarm festgenommen wurde. — Seinen Bitten, noch einmal ins Gotteshaus, seine Pfarrkirche, geben zu dürfen, wurde stattgegeben; als der Pfarrer da in der Abendstunde mit aufgehobenen Händen vor dem Allerheiligsten kniete, umgeben von Gendarmen und Executoren, hatte sich eine große Masse Menschen in der Kirche eingefunden. Man muß Augen und Ohrenzeuge abeweisen sein, wie ich es mit war, um das furchtbare Jammern und Wehegeschrei zu beschreiben, als unter hochwürdigem Herrn Pfarrer im Priesterkleide (warum batte er es denn nicht abgelegt?) hinaus transportiert wurde. Es war marktschärfend, wie man die ganze große Menge, Jung und Alt, Kinder und Männer, laut weinen und händeringend dem gelebten Seelsorger durch die Straße über den Ring nach dem Rathause folgen sah.“

Die „Neisser Zeitung“ hat die übertreibenden Ausdrücke alle vermieden. Und warum ist denn dieses ganze Schauspiel in der Kirche erst in Scène gesetzt worden? — Die römische „Volkszeitung“ heult nun weiter: „Die bejahte Mutter des Herrn Pfarrers, welche wie Maria ihrem kreuztragenden Sohne bis an die Gerichtshallen folgte, brach vor Schmerz vor der Rathausküche zusammen. Während dem der Herr Pfarrer, wie Christus in nächtlicher Stunde, sein Verhör im Rathause hatte“ —

Wem widert das wiederholte Vergleichen der Lage des Pfarrers mit der des Heilands nicht an. Was hat er, der gehorsam war bis zum Tode, was hat er mit Gesetzverachtung und hartnäckigem Ungehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit gemein? Der Pfarrer wird nun nach dem Gesangniß geführt. „Die Straßen wurden vom Militär ab

jahres 32 Disciplinen von 7 Docenten vorgetragen in den Jahren 1861/62
36 Disciplinen von 10 Docenten, in den Jahren 1874/75 58 Disciplinen
von 19 Docenten. — 1847 besaß die Akademie 6 wissenschaftliche Zweig-Institute
zur Erläuterung der Lehre und zum demonstrativen Unterricht. Der Wert ihrer
Ausstattung betrug 30,000 Mark. Im Jahre 1861 griffen 8 Zweig-Institute
deren Apparat einen Wert von 40,000 Mark repräsentirte, in den Unter-
richt ein. Gegenwärtig bestehen 15 wissenschaftliche Zweig-Institute (chemi-
sches Laboratorium; technologisches Laboratorium; chemisch-landwirtschaftliche
Verlust-Station; physikalischs Cabinet; mineralogisches Museum; pflanzen-
physiologisches Institut; botanischer Garten; zoologisches Cabinet und zoolo-
gisch-zootomisches Laboratorium; anatomisches Institut; Thierklinik; Modell-
saal und Geräthealle; Versuchsfeld; zootechnisches Institut; landwirtschaft-
liches Museum; Bibliothek) mit einem Ausstattungswerte von 150,000 Mark
excl. der Gebäude und baulichen Einrichtungen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 2. Februar. [Criminaldeputation. Bankerft.] Vom 1. October 1866 bis zum 23. März 1874 betrieb der Kaufmann Du- zu Breslau ein Colonialwaren-Detailgeschäft. Namenslich in den letzten Jahren hat derselbe mit Verlust gearbeitet, so daß die Passiva die Activa überstiegen und er sich genötigt sah, am 23. März d. J. das Geschäft für den Preis von 1338 Thlr. zu verkaufen. Der Antrag auf Eröffnung des Concurses ist durch Verfügung des tgl. Stadtgerichts wegen Nichtvorhandenseins einer entsprechenden Masse abgelehnt worden. Doch hat der Kaufmännische Sachverständige sein Gutachten dahin abgegeben, daß als der Tag der Zahlungs-einstellung der 25. März 1874 anzusehen sei und ist an dem Schluß gelangt, daß der Angeklagte seine Handlungsbücher nur bis zum 23. März 1874 ordentlich geführt habe. Eingeräumt hat Du., daß er nach dem Tage der Zah- lungseinstellung und obwohl er wußte, daß er noch viele andere Gläubiger habe, vier derselben mit zusammen etwas über 150 Thaler bestiedigt habe. Er ist deshalb auf Grund des § 283 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs wegen einfachen Bankerftes und § 308 der Concurs-Ordnung angeklagt, noch nach dem Tage der Zahlungseinstellung mehrere Gläubiger zum Nachtheil der Uebrigen befriedigt zu haben.

Der Angeklagte bestreitet, daß er als Kaufmann die Zahlungen eingestellt habe und daß seine Bücher, so lange er zur Führung derselben verpflichtet sei, unordentlich geführt habe. — Der Vertheidiger, Herr Justizrat von Dazur plädierte für Freisprechung. Durch die vollständige Aufgabe des Geschäfts höre die Verpflichtung des Angeklagten, Bücher zu führen, auf und es seien von ihm die Zahlungen, so lange er Kaufmann war, überaupt nicht eingestellt worden. Dies nahm auch das Gericht an und sprach den Angeklagten daher von beiden Anklagen frei.

Breslau, 1. Februar. [Verfälschung von Himbeersaft.] Ein Fall von Verfälschung von Himbeersaft kam heute vor die Criminaldeputation, weil der mit Beischlag belegte Saft von der Besitzerin, Frau L., der Polizei, als sie ihn abholen wollte, nicht herausgegeben werden konnte, und diese deshalb unter der Anlage des Arrestbruchs steht. Sie machte zwei Einwendungen. Einmal habe ihr der Polizeibeamte nur erklärt, daß er den Himbeersaft mit Beischlag belege und niemanden deshalb nicht verkaufen dürfe, habe aber eine anderweitige Disposition über denselben nicht verboten. Dann aber habe sie nicht die Absicht gehabt, den Himbeersaft der Beschlagsnahme zu entziehen. Der Apotheker Götz hierzu, von welchem sie denselben bezogen hatte, habe, nachdem der Saft als mit Anilin gefärbt und verfälscht mit Beischlag belegt worden, zu ihr geschickt, und sie aufgefordert, denselben ihm zurückzugeben. Sie habe dies wegen der Beschlagsnahme verweigert. Nach einiger Zeit habe er nochmals zu ihr geschickt, mit dem Bemerkern, daß er auf dem Polizei-Präsidium gewesen, und daß die Sache erledigt sei. Nun mehr habe sie kein Bedenken mehr gehabt, ihm den Himbeersaft zurückzugeben. Diese Angaben bestätigen sich. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft plädierte deshalb für Freisprechung der Angeklagten L., weil ihr der Vorfall gefehlt habe, den Arrest zu brechen. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Leonhard, trat dem bei, und fügte hinzu, daß eine ordnungsmäßige Arrestur nicht stattgefunden habe. — Der Gerichtshof nahm auch an, daß die böse Absicht gefehlt habe und sprach die Angeklagte frei.

Handel, Industrie &c.

Breslau, 2. Februar. [Von der Börse.] Auch heute war die Börse matt gestimmt bei abermals niedrigeren Coursen. Vorzugsweise waren Creditactien offerirt, Laurahütte-Actien dagegen bei gesunkenen Coursen gefragt. Schluß etwas fester. Creditactien pr. ult. 391, 50—390—391 bez., Lombarden 232, 50—232 bez. u. Cd., Franzosen 524 Cd. Schles. Bankverein 105 bez. u. Cd., Breslauer Discontobank 82 bez. Laurahütte pr. ult. 119 bez.

Breslau, 2. Februar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rotse ruhig, ordinäre 39—42 Mark, mittle 44—46 Mark, seines 48—50 Mark, hochfeine 51—53,50 Mark pr. 50 Kilogr. Kleesaat, weise unverändert, ordinäre 42—48 Mark, mittle 51—57 Mark, seines 62—65 Mark, hochfeine 68—72 Mark pr. 50 Kilogr. Roggen (pr. 1000 Kilogr.) niedriger, gef. — Ctr. pr. Februar 150 Mark bezahlt u. Cd., Februar-März —, März-April —, April-Mai 148—47 Mark bezahlt, Mai-Juni 148 Mark bezahlt, Juni-Juli —. Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr. pr. Februar 180 Mark Br., April-Mai 179 Mark Br., Mai-Juni —, Juli-August —. Gerste (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr. pr. Februar 165 Mark Br. Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr. pr. Februar 162 Mark Br., pr. April-Mai 165,50—165 Mark bezahlt, Mai-Juni —, Juni-Juli —. Mais (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr. pr. Februar 225 Mark Br. Rüböl (pr. 1000 Kilogr.) geschäftslos, gef. — Ctr., loco 55 Mark Br., pr. Februar 53 Mark Br., Februar-März 53 Mark Br., März-April 54 Mark Br., Mai-Juni 55 Mark Br., September-October 58 Mark Br. Spiritus (pr 100 Liter à 100%) geschäftslos, gef. — Liter, loco 53,80 Mark Br., 52,80 Mark Cd., pr. Februar 55 Mark, Februar-März —, März-April —, April-Mai 56 Mark Cd., Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August —. Spiritus loco pr. 100 Quart bei 80 % 49,30 Mark Br., 48,38 Cd. Binf fest.

Breslau, 1. Februar. [Wollbericht.] Der Monat Januar brachte uns einen Umsatz von ca. 6500 Ctr. Wolle verschiedenster Gattungen, welche an sächsische Kammgarnspinner, zollvereinsländliche Fabrikanten, sowie nach Oesterreich verlaufen wurden. Die relativ erheblichen Verkäufe wurden einerseits durch bringende Augenblicksbedarfs, andererseits durch Entgegenkommen der Verkäufer herbeigeführt. Preise stellten sich wieder zu Käufers Gunsten. Die Handelskammer, Commission für Wollberichte.

N. Breslau, 1. Febr. [Wolle.] Seit meinem Bericht vom 16. d. M. war das Geschäft am hiesigen Platze sehr lebhaft, und wurden ca. 4500 Centner verkauft. In ersten Reihe nahmen sächsische Kämmer 1100 Centner russische Rücken- und Fabrikwäsche und 200 Cr. mittlere, Ungarn ebenso wie die hiesige Kammgarnspinnerei 350 Cr. bessere Ungarn. Dann acquirirte ein Görlicher Fabrikhus ca. 200 Cr. mittlere und gute schlesische Wollen sowie 250 Cr. gute polnische und Posener Wollen und ein Großenbacher Fabrikant 300 Cr. polnische und preußische Wollen. Ferner laufsten Fabrikanten aus Cottbus, Sagan und Spremberg ziemlich 1200 Cr. theils russische, theils polnische Wollen, und nach Forst gingen mehrere 100 Centner Preußen. Endlich wurden von Oesterreich mehrere 100 Cr. russische und polnische Wollen gelauft.

Wir haben den größten Theil der Umsätze dem großen Entgegenkommen der Verkäufer zuzuschreiben, dieselben sind durch den anhaltend schlechten Gang des Geschäfts entmündigt und wollen nicht länger speculiren, Preise stellten sich demgemäß wieder zu Gunsten der Käufer.

? Aus Oberschlesien, 1. Februar. [Pulvernoth.] Das Reichs-Eisenbahnamt hat unter dem 14. Januar folgenden Bescheid erlassen: „Güter &c. erwidert das Reichs-Eisenbahnamt auf die gefällige Eingabe vom 11. d. M. ergeben, daß es zu seinem Bedauern außer Stande ist, den Transport von Pulver auf den Eisenbahnen, welches nach § 48 des Betriebs-Reglements vom 11. Mai 1874 von der Beförderung auf denselben ausgeschlossen ist, zu gestatten. Der Transport von Pulver für militärische Zwecke erfolgt auf Grund besonderer Bestimmungen über Beförderung von Pulver &c. auf Ge- fahr der Militärverwaltung und unter Begleitung eines Militär-Commandos. Ob der königlich preußische Herr Kriegsminister sich unter den obwaltenden Umständen veranlaßt sehen möchte, den Transport durch Beigabe eines Militär-Commandos zu ermöglichen, entzieht sich der diesseitigen Beurtheilung. Das Reichs-Eisenbahnamt stellt indessen anheim, sich dieserthalb mit dem Herrn Kriegsminister direct in Verbindung zu setzen.“

Nach der Statistik des Oberschlesischen Berg- und hüttenmännischen Ver-

eins bedurften die Oberschlesischen Gruben im Jahre 1873: 24,000 Centner Pulver. In Folge des trockenen Sommers im Jahre 1874 und des anhaltenden Schneefalles im laufenden Winter, wodurch eine hinreichende Be- schaffung von Pulver unmöglich wurde, ist gegenwärtig in Oberschlesien eine drückende Pulvernoth eingetreten. Die „Zeitschr. f. Gew. &c.“ schreibt hierüber: „Da Oberschlesien Pulverfabriken nicht besitzt, ist der Mangel des zum Bergbaubetriebe benötigten Sprengpulvers eine Calamität geworden, die sollte nicht von anderer Seite rasche Hilfe kommen, 30—40,000 Arbeiter in ihrem Broterwerbe schädigen kann.“ — Da nach dem Eisenbahn-Polizei-Reglement Forstleute und Militär-Personen ihren Munitionsbedarf sogar in den Perlonenwagen nehmen dürfen, da bei den Militärttransports von Schiebpulver Unglücksfälle sehr selten oder nie vorgekommen sind und da endlich in Oesterreich auch Privat-Pulver-Transporte zur Eisenbahn zugelassen werden, sollte doch, wenn die gehörenden Vorsichtsmaßregeln getroffen sind, zumal bei derartigem Notstande, wie er zur Zeit in Oberschlesien herrscht, auch in Deutschland die Beförderung von Pulver zur Eisenbahn gestattet sein. Am zweckmäßigsten und gefahrlosesten würde es jedenfalls sein, wenn die Militär-Verwaltung gegen angemessene Entschädigung auch die Beförderung privater Pulvertransports übernehmen möchte. Oberschlesien besitzt seinen Pulverbedarf besonders aus dem Königreich Sachsen (Bautzen) und möchte es sich noch fragen, ob der Transport per Ueber oder zu Wasser auf so bedeutende Entfernung nicht größere Gefahren hat, als der schnelle Transport per Bahn.

Paris, 30. Januar. [Börsenwoche.] Die in unserem letzten Wochenberichte ausgesprochene Vermuthung, daß die Liquidation sich unter einer Haushle vollziehen werde, hat sich bestätigt. Die Rente schließt zu ihrem höchsten Course, um 75 C. höher als am vorhergehenden Sonnabend. Seit Anfangs der Woche zeigte sich die Speculation der Rente sehr günstig gesummt, und kaum war man über die erste Lesung der constitutionellen Gesetze in der Kammer beruhigt, so kam auch diese gute Stimmung zum Durchbruch. Da die Börse, wie von jeher die Herabsetzung des englischen Bankzinses anticipirt hatte, — diesmal mit Recht, — so blieb die offizielle Nachricht von derselben ohne weiteren Einfluß. Es machte sich im Gegentheile eine kleine Reaction geltend, deren Grund abermals in den Vorgängen in Versailles zu suchen ist. Heute Sonnabend endlich, wo die Prämien fällig wurden, hatten die Optimisten entschieden die Oberhand, und war Rente zur Erklärungszeit 100, 82%.

Die Actien der Creditinstitute haben sich theilweise nicht, theilweise zu ihrem Nachtheile verändert; letzteres gilt insbesondere von den Actien der Banque und des Credit mobilier. Nur Credit foncier und Osterr. Boden sind etwas besser. — Französische Bahnen schließen mit Avances, welch letztere bei einigen Linien recht namhaft sind. So stieg Nord um 11, Orleans um 10 Frs. — Von ausländischen Bahnen sind Lombarden und Saragossa etwas gestiegen. Osterr. Staatsbahn hingegen entschieden flau. Italiensche Rente sehr beliebt, notirt um 60 C. höher als am 23. d. Türken aber setzten ihre retrograde Bewegung fort und büßten auch diese Woche 50 C. ein.

Posen, 1. Februar. [Börsenbericht von Lewin Berlin Söhne.] Weiter: Leichter Frost. — Roggen (pr. 1000 Kil.) still. Kündigungspreis 150 Mr. Gefunden — Wpt. Februar 150 B. Februar-März 150 bez. u. B. März-April 150 B. u. G. Frühjahr 150 bez. u. G. April-May 150% B. u. G. Mai-Juni 150% C. Juni-Juli 151% C. Juli-August 150 B. — Spiritus (pr. 1000 Liter %) feit. Gefunden 5000 Ltr. Kündigungspreis 54, 20 Wpt. Februar 54—54, 10 bez. u. G. März 54, 80—55 bez. u. G. April 55, 80 bez. u. G. April-May 56, 20 bez. u. G. Mai 56, 80 bez. u. G. Juni 57, 60 bez. u. G. Juli 58, 40 bez. u. G. August 59, 20 bez. u. G. August-September —. — Loco Spiritus ohne Faß 53, 70 C.

Berlin, 1. Febr. [Central-Verein für Hebung der deutschen Fluss- und Canalschifffahrt.] Unter Vorsitz des Reg.-Rath Dr. Meissner fand am Sonnabend Abend im Bürgersaal des neuen Rathauses die Generalversammlung des Centralvereins für Hebung der deutschen Fluss- und Canalschifffahrt statt. Aus den geschäftlichen Mittheilungen des Vorstehenden ergiebt sich, daß der Verein auch im verschloßenen Jahre mehrfach Gelegenheit hatte, anregend und berathend zu wirken. Wenn auch, wie ja die Umgang der Zeit dies nicht anders zuließ, keine großen Projekte in Angriff genommen wurden, so sind doch eben jetzt Verbesserungen theils im Werke, theils schon durchgeführt, welche der Schiffsverkehr sehr nützlich sein werden. So wird diese von den oberen Masurischen Seen unbehindert bis zum Pregel eröffnet werden können, sobald die Kanalarbeiten vom Mauersee nach der Alte in Ostpreußen fertig sein werden. Der Rastenburger Durchstich von Swinemünde ins Oderbaff wird eine nicht unbedeutende Verbesserung des Verkehrs nach Stettin mit sich bringen. Der lang geplante Durchstich bei Potsdam wird, wie wir schon berichtet, jetzt ausgeführt. Das Canalproject, Frankfurt a. M. mit dem Rhein zu verbinden, hat die Unterstützung der Regierung gefunden und wird zur Ausführung kommen. Endlich werden die Arbeiten am Emscanal fortgesetzt. Was die Lauerei betrifft, so hob Dr. Meissner hervor, daß dieselbe binnen Kurzem auf der Spree und Havel eingeführt sein würde. Auf der Oder, wo die Schwierigkeiten erheblicher waren, wird sie gleichfalls in kürzer Zeit nicht fehlen. Der Abg. Moritz Wiggers referierte über den Rostock-Berliner Canal, für welchen die Vorbereitungen nunmehr vollendet sind. Die Kosten stellen sich für diese Strecke auf 3 Millionen Thaler. Die gleiche Summe wird die Mecklenburgische Strecke kosten. Was die wichtigste Frage, die Finanzirung des Unternehmens betrifft, so ist es notwendig, daß die Regierung Preußen wie Mecklenburgs sich hierbei betheiligen, nur so wäre es möglich, das Privatekapital heranzuziehen. Herr Wiggers schlägt daher vor: es soll sich in Berlin ein Comité, bestehend aus Abgeordneten, Magistratspersonen und Stadtverordneten, Mitgliedern der Kaufmannschaft und des Ausschusses des Centralvereins bilden, welches in Gemeinschaft mit einem ähnlichen Comité in Rostock für das Zustandekommen des Unternehmens wirkt. — Herr Dr. Alexander Meyer referierte über den Elbe-Spreezanal, Ingenieur Bonhag über den Donau-Oder-Canal. Dr. Bergbaum berichtete schließlich über die Finanzlage des Vereins. Darnach hat der selbe bei einer Mitgliederzahl von 864 Personen im abgelaufenen Jahre 1359 Thlr. vereinnahmt und 1113 Thlr. verausgabt, so daß ein Bestand von 246 Thlr. verblieben ist. Die Generalversammlung ertheilte hierauf die Decharge.

Berlin, 1. Februar. [Berliner Viehmarkt.] Es standen zum Verkauf: 1929 Rinder, 6923 Schweine, 1187 Kalber, 5717 Hammel. Der heutige Auftrieb war im Allgemeinen dem Bedarf mehr angemessen, als der der letzten Wochen und wenn die Händler in Folge dessen und in der Absicht, ihren in letzter Zeit erlittenen Verlust einzermachen zu paratisieren, ansfangs nicht zu hohe Preise erstrebt hätten, würde der Markt heute im Ganzen einen schönen Verlauf genommen haben, während er nunmehr eine kleine Verjüngung erlitt. Für Kinder erster Qualität war der Begehr für den Export ziemlich rege und ließen sich hierfür 56—58 Rm. leicht erreichen; zweite Ware wurde mit 47—49 und dritte mit ca. 40—44 Rm. pr. 100 Pf. Schlachtgewicht bezahlt. Schweine verblieben auf dem vorwöchentlichen Durchschnittspreise mit ca. 57 Rm. pr. 100 Pf. Schlachtgewicht.

Bei Kalbern war das Geschäft, wohl in Voraussicht eines nicht so starken Auftriebs gestern reger als heute; es verblieb auf guten Mittelpreisen. Auch Hammel hielten fest auf den vorwöchentlichen Preisen von ca. 22 bis 23 Rm. für gute und 16—18 Rm. für etwas geringere Ware.

Wien, 1. Febr. [Schlachtviehmarkt.] Auf dem heutigen Schlachtviehmarkt wurden aufgetrieben: 1202 Stück ungarische, 594 Stück galizische und 289 Stück deutsche, zusammen 2085 Stück Ochsen. Da dieser Auftrieb gegen den vorwöchentlichen um 1450 Stück zurückstand, den gegenwärtigen Consumenten vollständig deckte, erholteten sich die in letzter Zeit so tiegsfundenen Preise um 1½—2 fl. per Centner, und wurden ungarische Ochsen zu fl. 22—30, galizische zu fl. 26½ bis fl. 29 und deutsche Ochsen zu fl. 26 bis 28 per Centner verkauft. Gute Mastochsen wurden allgemein mit fl. 28 bis 29 per Centner bezahlt, Büffel mit fl. 23.

Ausweise.

Berlin, 2. Februar. [Preußischer Bank-Ausweis vom 30. Januar.] Aktiva. Reichsmark.
Geprägtes Geld und Barren 611,888,000 Thlr. — 123,000 Thlr.
Kassen-Anteilungen, Privat-Banknoten und Darlehns-Kassenscheine 9,381,000 = + 788,000 =
Wechsel-Bestände 329,854,000 = + 7,681,000 =
Lombard-Bestände 56,853,000 = — 13,000 =
Staats-Papiere, disconfirte Schatz-Anleiheungen, verschiedene Fort-
derungen und Activa 14,524,000 = — 11,000 =
Passiva.
Banknoten im Umlauf 784,777,000 Thlr. + 4,433,000 Thlr.
Depot-Capitalien 101,117,000 = + 222,000 =
Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Personen mit Einschluß des Giro-Berkehrs 40,793,000 = + 4,045,000 =

Eisenbahnen und Telegraphen.

Berlin-Anhaltische Eisenbahn. Der Geheime Oberbaurath Siegert, technisches Mitglied der Direction, hat einen Bericht zur Vorlage an den Aufsichtsrath in seiner nächsten Sitzung fertig gestellt, in welchem erläutert wird, von den früheren Geldforderungen in Höhe von dreizehn Millionen Thalern nicht abgehen zu können. Dieser Bericht sucht das Beharren auf den ursprünglichen Forderungen dadurch zu motivieren, daß nicht nur einzelne Bauten, wie die Bahnhöfe in Lüdenwalde und Dessau bereits in der Ausführung begriffen sind; andere seien nach mehrjährigen Verhandlungen nunmehr als Projekte festgestellt, endlich aber seien alle abgeschlossenen Verträge derart verlausigt, daß die Bahn zu ihrer Erfüllung gezwungen sei und so sich in der Nothwendigkeit befände, die betreffenden Bauten ausführen zu müssen.

Pommersche Centralbahn. Die Berliner Handels-Gesellschaft lädt die Actionäre und sonstigen Theilhaber an dem Unternehmen der Pommerschen Centralbahn auf den 8. d. zu einer Versammlung ein, um einen Bericht über den Stand der Verhandlungen wegen Übergabe der Pommerschen Centralbahn an eine neue Gesellschaft entgegenzunehmen und die betreffenden Beschlüsse zu fassen.

Albrecht-Bahn. Den neuesten Wiener Nachrichten zufolge haben die Actionäre der Erzherzog Albrecht-Bahn auch für den Juli-Coupon nur wenig zu hoffen, der überwiegende Theil der für die Actien garantirenden Güten durch die schwedende Schulde abhorbit wird. Nur ein Uebereinkommen mit der Regierung könnte die Actien-Rente pro 1875 retten, allein nach den gegenwärtigen Aussichten ist das Arrangement zwischen der Regierung und der Gesellschaft bis Juni nicht zu erwarten. Für die schwedende Schulde von drei Millionen zahlt die Gesellschaft acht und zehn Prozent. Dem entgegen beträgt das Actienkapital 7 Millionen, die Staatsgarantie 5 Prozent, so ist nicht schwer zu berechnen, daß die Actionäre im günstigen Falle eine Verzinsung unter 2 Prozent zu erwarten hätten. In Folge dessen beginnt in Süddeutschland unter den Besitzern von Actien der Albrecht-Bahn eine lebhafte Agitation zur Wahrung ihrer Rechte den verfaßten Verhältnissen der Gesellschaft gegenüber. Es haben mehrere bedeutende Interessenten in Frankfurt a. M. den Entschluß gefaßt, zur Wahrung der Interessen der Actienbestitzer eine Action ins Leben zu rufen. Vor Atem gilt es, für die am 15. Februar stattfindende Generalversammlung eine gemeinsame und kräftige Vertretung zu schaffen. Zu diesem Zwecke findet am 2. Februar eine Versammlung der Interessenten in Frankfurt statt.

Lemberg-Czernowiger Bahn. Die Dresdener Disconto-Bank

(Fortsetzung.)

gleiche in der Podgoriza-Affaire noch nicht einverstanden. Die Pforte besteht auf der Anwesenheit zweier türkischer Delegirten bei dem Prozesse gegen die Montenegriner. Man hofft, die Grobmäthe würden zur glücklichen Beendigung der Angelegenheit die Hand bieten.

Washington, 1. Februar. Die Staatschuld der Unionstaaten wurde pro Januar um 1,397,000 Dollars vermehrt. Im Staatschase befanden sich am Monatschlusse 69,465,000 Dollars Gold, 10,343,000 Papier. Bristol macht die am 1. Mai erfolgende Einlösung von 12 Millionen Dollars %oiger Bonds, darunter 3 Millionen eingesetzte, bekannt.

(C. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Paris, 1. Februar. 10 Uhr 35 Minuten Abends. Laut einer Meldung des „Soir“ ist die Bildung eines Coalitionsministeriums aus den gemäßigteren Centrumsparteien nunmehr gesichert und der Einstieg Dufaures und Audiffret-Pasquier sehr wahrscheinlich.

Die gesammten Abendblätter constatiren die hohe Bedeutung der zunehmenden Annäherung der beiden Centren und schließen daraus die baldige Vollzug des Ensembles der Konstitutionsgesetze.

Constantinopel, 1. Februar. Bei der heutigen Sitzung der Türkenloose fielen die Haupttreffer auf Nr. 363,368 und auf 1,706,512.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 2. Februar. Die brandenburgische Provinzialsynode wurde heute geschlossen, nachdem außer mehreren anderen weniger erheblichen Beschlüssen ein Antrag Kögels angenommen worden war, den König zu ersuchen, die bevorstehende Generalsynode mit der Aufführung einer kirchlichen Trauordnung zu beauftragen. Ferner wurde ein Antrag Bethmann-Hollwegs genehmigt, vom Oberkirchenrat die vorläufige Suspendierung des Erlasses vom 21. September, betreffs der Wiedertrauung Geschädigter, zu erbitten.

Das Stadtgericht verurteilte den Dr. Zehlicke wegen Beleidigung des Fürsten Lippe durch einen Leitartikel der „Spenerischen Zeitung“ (Die Lippe'schen Zustände) zu zwei Monaten Gefängnis.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 2. Februar, 11 Uhr 50 Minuten. [Anfangs-Course.] Credit-Aktion 392, —. Staatsbahn 525, 50. Lombarden 232, —. Rumänier —. Dortmund —. Laura —. Discoicommandit —. 1860er Loose —. Schwach.

Berlin, 2. Februar, 12 Uhr 5 Min. [Anfangs-Course.] Credits-action 392, 50. Staatsbahn 526, 50. Lombarden 233, —. Rumänier 34, —. Dortmund 30, 75. Laura 118, 50. Disconto 156, 50. — Wenig fest.

Berlin, 2. Februar, 12 Uhr 25 Min. [Anfangs-Course.] Credit-Aktion 392, 50. 1860er Loose 112, 50. Staatsbahn 527, —. Lombarden 234, —. Italiener 67, 90. Amerikaner 98, 75. Rumänen 34, 25. 5 Prozent. Türken 41, 50. Disconto-Commandit 157, —. Laurabüttel 119, —. Dortmunder Union 30, 75. Köln-Mind. Stamm-Aktion 110, 50. Rheinische 117, 50. Berg-Märk. 83, 50. Galizier 106, 50. Befestigter.

Weizen (gelber): April-Mai 182, 50. Juni-Juli 185, —. Roggen: April-Mai 148, —. Juni-Juli 145, —. Rüböl: April-Mai 55, 30. Septbr.-Octbr. 58, 70. Spiritus: April-Mai 58, 40. Juli-August 60, 70.

Berlin, 1. Februar. [Schluß-Course.] Schwach.

Erste Depesche, 2 Uhr 15 Minuten

Cours vom	2.	1.	Cours vom	2.	1.
Dest. Credit-Aktionen	392, —	394, 50	Bresl. Mall.-B.-B.	87, —	87, —
Dest. Staatsbahn	527, —	527, 50	Laurabüttel	118, 50	119, 75
Lombarden	234, 50	233, 50	Ob.-S. Eisenbahnb.	50, —	50, 50
Schles. Bankverein	105, 50	105, 50	Wien kurz	182, 80	182, 85
Bresl. Discontobank	82, 25	82, 25	Wien 2 Monat	181, 60	181, 60
Schles. Vereinsbank	91, 50	91, 60	Warschau 8 Tage	282, 50	282, 40
Bresl. Wechslerbank	75, 50	75, 70	Desterr. Noten	182, 95	182, 90
do. Pr. Wechslerb.	69, —	69, —	Ruß. Noten	283, 50	283, 50
do. Maßerbank	76, 60	76, 60			
Zweite Depesche, 3 Uhr 15 Min.	105, 75	105, 75	Köln-Mindener	111, 25	111, 50
4½ proc preuß. Anl.	91, 20	91, 20	Galizier	106, 40	106, 50
3½ proc Staatschuld	94, 60	94, 50	Östdeutsche Bank	77, —	76, 50
Poener Pfandbriefe	69, 20	69, 10	Disconto-Comm.	157, 10	158, —
Desterr. Silberrente	64, 40	64, 20	Darmstädter Credit	140, —	140, —
Akt. 5% 1865 Anl.	41, 60	41, 60	Dortmunder Union	30, 25	31, 25
Italienische Anleihe	68, 10	68, —	Kramsta	90, —	89, 50
Bol. Lig.-Pfandbr.	69, 70	69, 70	London Lang	20, 31½	—
Rum. G. Obligat.	34, 30	34, 20	Paris kurz	81, 50	40, —
Oberschl. Litt. A.	143, —	143, 25	Woritzhütte	40, —	40, —
Breslau-Freiburg.	93, 40	93, 60	Waggonsfabrik Linke	49, 90	50, —
N.-D.-U.-St.-Actie	111, 25	111, 20	Oppeln Cement	—	—
N.-D.-U.-St.-Br.	111, 80	112, —	Ber. Br.-Oelsfabriken	55, —	55, 50
Berlin-Görlitzer	68, —	69, —	Schles. Centralbank	59, 50	59, 50
Vergleichs-Märkte.	83, 75	83, 75			

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch zeige ergeben zu, daß ich Montag, den 1. Februar er., am hiesigen Platze, Ning [1928]

Gustav Steller

eine

Papier-, Schreib- und Zeichnen-Materialien-Handlung,

verbunden mit

Conto-Bücher-Lager

eröffne. Indem ich mein Unternehmen einer gütigen Beachtung empfehle, werde ich bemüht sein, durch prompteste und preiswerte Bedienung die Zufriedenheit des mich beeindruckenden Publikums zu erlangen und zu bewahren.

Hochachtungsvollst

Gustav Steller,
Ning Nr. 16.

Zur Vorbereitung für die Militair-Cramma übernimmt von heute ab der Königliche Major a. D. Herr Theiler, mein mehrgähriger Mitarbeiter, die Leitung der Anstalt. Indem ich hiermit für das mir bis jetzt geschenkte Vertrauen ergeben zu danke, bitte ich, dasselbe auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Breslau, den 1. Februar 1875. [1815]

Rieger, Major a. D.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige, bitte ich, das bisher dem Herrn Major a. D. Rieger geschenkte Vertrauen geneigtest auch mich übertragen zu wollen.

Anmeldungen für die Vorbereitung zum Offizier, Fähnrich- und Freiwilligen-Cramma nehme ich jeder Zeit in meiner Wohnung Vorwerksstraße Nr. 27, II., entgegen.

Breslau, den 1. Februar 1875.

Theiler, Major a. D.

Für die Anzeige, bitte ich, das bisher dem Herrn Major a. D. Rieger geschenkte Vertrauen geneigtest auch mich übertragen zu wollen.

Anmeldungen für die Vorbereitung zum Offizier, Fähnrich- und Freiwilligen-Cramma nehme ich jeder Zeit in meiner Wohnung Vorwerksstraße Nr. 27, II., entgegen.

Breslau, den 1. Februar 1875.

Theiler, Major a. D.

Nachörse: Credit 390, 50. Staatsbahn 525, —. Lombarden 233, 50. Discoicommandit —. Laura —. Dortmund 29, 75.

Contremine-Thätigkeit, Realisierungen drücken. Internationale Werthe weichend, nur Lombarden erholt. Bahnen still, meist niedriger, Banken teilweise beabtppt, Industriewerte träge, Umlaufwerthe bessig, Geld sehr flüssig.

Frankfurt a. M., 2. Februar, 12 Uhr 45 Min. [Anfangs-Course.]

Creditation 196, —. Staatsbahn 263, 50. Lombarden 116,25. Galizier —. Silberrente —. Papierrente —. Sehr matt.

Frankfurt a. M., 2. Februar, 2 U. 36 M. [Schluß-Cours.]

Desterr. Credit 196, 50. Franken 264. Lombarden 117, —. Böh. Weißbahn 170, —. Elisabeth 168, 50. Galizier 212, 50. Nordwest 134,

135. Silberrente 69 ¼. Papierrente 64 ¼. 1864er Loose 112 ¼. 1864er Loose 295, 80. Amerik. 1882 —. Russen 1872 101. Russ. Bodencredit 91 ½.

Darmstädter 140, 50. Meininger 89 %. Frankfurter Bankverein 77 %. do. Wechslerbank 84 ¼. Hahn'sche Effectenbank 111, 50. Ost. Bank 83 ¼. Schles.

Verein 91 ¼. Still.

Paris, 1. Februar. [Anfangs-Course.] 3 Prozent. Rente 63, 25.

Anteile 1872 100, 25. do. 1871 —. Italiener 66, 85. Staats-

bahn 64, —. Lombarden 293, —. Türken —. Fest.

London, 2. Februar. [Anfangs-Course.] Consols 92, 11. Italiener 66 %. Lombarden 111 %. Amerikaner 104 ¼. Türken 40, 15. — Wetter: Frost.

Newyork, 1. Februar. Abends 6 Uhr. [Schlußcourse.] Gold-Agio 13 ¼. Wechsel auf London 4, 87. Bonds de 1885 ½, 119 ½. 5% fundierte Anleihe 114 ¼. Bonds de 1887 ½, 119 ½. Eric 29 %. Baumwolle in Newyork 15 %. do. in New-Orleans 14 ¼ %. Raff. Petroleum in Newyork 12 ½ %. Raff. Petroleum in Philadelphia 12 ¼ %. Mehl 5, 00. Mais (old mixed) 91. Rother Frühjahrssweizen 1, 21. Kaffee Rio 19 ½. Havanna-Buder 7 %. Getreidebrach 10 ½. Schmalz (Marke Wilcox) 14 %. Sped (short clear) 10 ½.

Berlin, 2. Februar. [Schluß-Bericht.] Weizen slau, April-Mai 181,

50. Mai-Juni 182, 50. Juni-Juli 184, 50. Roggen matter, April-Mai 147, 50. Mai-Juni 145, —. Juni-Juli 144, 50. Rüböl matt, April-Mai 55, 20. Mai-Juni 55, 80. September-October 58, 70. Spiritus slau, April-Mai 58, 20. Juni-Juli 59, 40. Juli-August 60, 70. Hafer April-Mai 171, 50. Juni-Juli 166, —.

Paris, 2. Februar. [Produktenmarkt.] (Ansangsbericht.) Mehl weichend, pr. Februar 52, 50. pr. März-April 53, —. pr. Mai-August 55, —. pr. Mai-Juni 54. Weizen weichend, Februar 24, 50. pr. März-April 24, 75. pr. Mai-August 25, 50. Mai-Juni 25, 25. — Wetter: —.

Stettin, 2. Februar. (Orig.-Dep. des Bresl. H.-Bl.) Weizen: matt, per April-Mai 184, —. Roggen still, per Februar 185, —. Rüböl: per Mai-Juni 145, —. Rüböl: per Februar 155, —. Rüböl: per April-Mai 147, —. Rüböl: per Mai-Juni 145, —. Rüböl: per Februar 52, —. Rüböl: per April-Mai 53, 25. per Herbst —. Spiritus: unverändert, per loco 56, per Febr. 57, —. per April-Mai 58, 6, per Juni-Juli 59, 8. Petroleum: per Herbst 12, 25. Rüböl: per Februar —.

Hamburg, 2. Februar, Abends 9 Uhr 20 Minuten. [Abendbörse.] (Orig.-Dep. der Bresl. Btg.) Österreichische Silberrente —. Amerikaner —. Italiener —. Lombarden 292, —. Österreichische Credit-Aktion 195, —. Österreichische Staatsbahn 656, 50. Österreich. Nordwestb. —. Anglo-deutsche Bank —. Hamb. Commerz- u. Disc. —. Rhein. Eisenb.-St.-Actien 117, —. Berg-Märkte —. Köln-Mind. 110, 25. Laurahütte 118, —. Dortmunder Union —. Inländische Spanier —. 1860er Loose —. Etwas fester. Glasgow 74, 6.

Frankfurt a. M., 2. Februar, Abends. — Uhr — Min. [Abendbörse.] (Orig.-Dep. der Bresl. Btg.) Credit-Aktion 195, 50. Österreichische franz. Staatsbahn 263, 24. Lombarden 117, —. Silberrente —. 1860er

Loose —. Gallizier —. Elizabethbahn —. Ungarlose —. Provinzialdiscont —. Spanier —. Darmstädter —. Pa-

pierrente —. Banklanten —. Buschtrader —. Nordwest —. —. Effectenbank —. Creditation —. Raaberlose —. Meiningerlose —. Comptancourse —. Deutsch-öster. Bank —. Frankfurter Wechslerb. —.

Rheinische —. Biemlich fest, still.

Paris, 2. Februar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] (Orig.-Dep. der Bresl. Btg.) 3pt. Rente 63, 30. Neueste 5pt. Anleihe 1872 100

37. do. 1871 —. Ital. 5pt. Rente 66, 95. do. Tabaks-Actien —. do. Desterr. Staats-Eisenb.-Actien 616, 25. Neue do. —. do. Nordwestbahn —. Lombardische Eisenbahn-Actien 295, —. do. Prioritäten

243, 50. Türken de 1865 41, 15. do. de 1869 283,

Meine Verlobung mit Fräulein Magdalene Krüger, Tochter der verwitteten Frau Christine Krüger, geb. Schrage, zu Bremen beeindruckt mich ergebenst anzusehen.

Breslau, im Januar 1875. [2100]

Dr. jur. Conrad Crüemann.

Statt besonderer Meldung.

Meine Verlobung mit Fräulein Ermelinde Bader in Cottbus beeindruckt mich hiermit verständig und freuden ergebenst anzusehen. [464]

Berlin, den 3. Februar 1875.

Bruno König.

Als Verlobte empfehlen sich:

Anna Spitzer, [1311]

Friedrich Landsberger.

Pest. Dötzschg.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Rosalie mit dem praktischen Arzt Herrn Dr. Max Heilborn zu Beuthen O.S. beeindruckt uns hier durch ergebenst anzusehen. [2096]

Kattowitz, den 1. Februar 1875.

S. Hammer und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Rosalie Hammer,

Dr. Max Heilborn.

Kattowitz. Beuthen O.S.

Berichtigung!

Meine Tochter Henriette ist nicht verlobt. Ein ehrliches Subject hat sich erlaubt diese Anzeige einzusenden.

Gleiwitz, den 1. Februar 1875.

[477] Theodor Göss.

Heute früh wurden wir durch die Geburt eines Mädchens hocherfreut.

Breslau, den 2. Februar 1875.

Julius Walter, [1313]

Marie Walter, geb. Vertram.

Heute wurden wir durch die Geburt eines Knaben erfreut. [1312]

Breslau, 31. Januar 1875.

Dr. P. Joseph und Frau.

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden wir erfreut. [473]

Simon Castrer und Frau

Helene, geb. Bettendorf.

Gogolin, 2. Februar 1875.

Heute Nacht 1½ Uhr wurde mein innig geliebtes Weibchen Agnes, geb. Hoffmann, von einem trügerischen Mädel glücklich entbunden. [1314]

Deutz, den 1. Februar 1875.

Arthur Schiel, Post-Sekretär.

Heute verschied nach kurzen Leiden unser lieber Mann, Vater, Bruder und Schwager,

der Schaffner zu St. Elisabeth

Ernst Stahl,

im Alter von 56 Jahren.

Um stilles Beileid bitten

Die tief betrübten Hinterbliebenen.

Breslau, den 1. Februar 1875.

Todes-Anzeige.

Gestern Nacht 2½ Uhr verschied

nach schwerem Leiden. [2073]

Herr Otto Herrmann

von hier im Alter von 48 Jahren, nachdem er sich durch eine 24jährige treue Anhänglichkeit als Mitglied das Anrecht auf ein dankbares und ehrendes Andenken erworben hatte.

Breslau, den 2. Februar 1875.

Der Vorstand des Instituts für hilfsbedürftige Handlungsdienner.

Gestern Vormittag 11 Uhr starb unsere gute Schwester, Schwiegermutter, Tante, die verwitwete Frau Samuel Sachse, verschlecht gewesene Rosenthaler im ehrenvollen Alter von 70 Jahren. Beerdigung: Mittwoch Nachmittag 3 Uhr. Trauerhaus: Antonienstr. 7/8. [1308]

Die Hinterbliebenen.

Den 2. Februar verschied zu Klein-Breslau unsere gute Tante, Fräulein Christiane Schreinert. Dies statt besonderer Meldung. [1330]

Die Hinterbliebenen.

Auf einer Heimreise von Breslau starb gestern an Schlag der gewesene Hausbesitzer und Fabrikant Herr Ernst Bodenberger.

Er war ein langjähriges, treues und reges Mitglied vom Vorstand des heimigen Gustav-Adolf-Zweigvereins. Sein Andenken bleibe in Ehren! Leutmannsdorf, den 2. Februar 1875.

Der Vorstand [475]

des Gustav-Adolf-Zweigvereins.

Todes-Anzeige. [478]

Nach langem schmerzlichem Krankenlager verschied heute Abend sechs Uhr unser Mitarbeiter, der gräßliche Saurmaische Rektor fürster

Herr Carl Ring

zu Leichvorwerf. Sein biederer Charakter und seine offene collegialische Anhänglichkeit lassen ihm bei uns ein immerwährend freundliches Andenken. — Er ruhe in Frieden.

Kattowitz, den 1. Februar 1875.

Jänsch, Rentmeister.

Baupel, Förster.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Dr. Hector Häfele in Bönnigheim mit Fr. Hedwig Pittsche in Löbenicht. Lieut. im 8. Brandenb. Infanterie-Regt. Nr. 64. Dr. Knape in Angermünde mit Fr. Anna Bößelmann in Schöneberg. Dr. Appell-Ger.-Referendarius Stephan in Halle a. d. S. mit Fr. Louise Vallette in Berlin.

Geburten: Ein Sohn: dem Rittmeister à la suite des 2. Rhein. Inf.-Regts. Nr. 9 und Adjut. b. Militär-Reit-Institut Herrn Kaulhausen in

Hannover. — Eine Tochter: dem Br. Lt. im 2. Pomm. Ulanen-Regt. Nr. 9 Hen. v. Krause in Demmin.

Todesfälle: Berw. Frau Prof. Stoebeleit in Berlin. Betriebs-Chef der "Union" Herr Dr. Deichsel in Dortmund.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 3. Februar. Bei ermächtigten Preisen: Zum 17. Male: "Die sieben Naben". Ein deutsches Märchen mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 14 Bildern von Gustav Karpeles. Musik von Carl Götz.

Donnerstag, den 4. Februar. Fünftes Gastspiel des Königlichen Kammer-

sängers Herrn Theodor Wachtel:

"Der Troubadour". Oper in 4 Akten. Musik von G. Verdi. (Manrico, Herr Theodor Wachtel.)

Donnerstag, den 4. Februar. Der Störenfried." Lustspiel in 4 Akten von R. Benedix. [2085]

Lobe-Theater.

Mittwoch. "Nabagaz." [2084]

Donnerstag. "Mansell Angot.

In Vorbereitung: "Die Feder-

maus". Operette in 3 Akten von J. Strauss.

Allgemeine Versammlung

der schlesischen Gesellschaft für

vaterländische Cultur.

Freitag, den 5. Februar,

Abends 6 Uhr: [2081]

Herr Prof. Dr. Hermann Cohn:

Untersuchungen über die Schehälfte

in der Jugend und im Alter.

Herr Geheimer Medicinal-Rath

Professor Dr. Göppert: Ueber das

Project 1858 eine Akademie der

Naturwissenschaften hier zu be-

gründen.

Botanische Section.

Donnerstag, den 4. Februar,

Abends 6 Uhr: [2082]

Der Secretair Prof. Dr. Ferdinand

Cohn: Ueber ein natürliches System

der Cryptogamen und über Aus-

scheidung von Schwefel durch mi-

kroskopische Pflanzen und Thiere.

5. II. 6½ R. VI.

Tertulia española

Miercoles a las ocho de la noche,

Hosteria de Labuske, Ohlauerstr. 79.

Mein Bureau befindet sich Sun-

kernstraße Nr. 7 im 2. Stock.

Breslau, den 1. Februar 1875.

W. Geissler,

Rechtsanwalt und Notar.

Für Hals- u. Brustkrank Sprechst.

Nachm. 3—4, für andere Kränke

Vorm. 8—9, Nachm. 2—3. [1104]

Dr. Schiller, Büttnnerstraße 7.

Loose à 3 Mark (1 Thlr.)

zur zweiten Schlesischen Pferdeaus-

zu haben bei Herrn Emil Kabath,

Carlsstr. 28, zu Breslau. [2079]

für eine [1888]

Maschinen-Fabrik

in der Nähe Leipzigs wird wegen Aus-

scheidens des einen Theilhabers ein

Räuber

oder Associe

gesucht.

Offerten sub Chiffre 3015 befördert

Rudolf Moos, Berlin S. W.

Theodor Lichtenberg.

Concert
Wieniawski.

Wegen eingetretenen

Unwohlseins des Herrn

Wieniawski wird das für

heute Mittwoch ange-

kündigte Concert auf

einen später bekannt zu

machenden Tag ver-

schoben. — Die bereits

verkauften Plätze wer-

den reservirt. [2092]

Theodor Lichtenberg.

Zelt-Garten.

Heute:

Großes Concert

des Musikdirectors Herrn A. Kuschel.

Auftreten der Chansonnier-Sängerin

Miss Lillie Alliston.

Im Tunnel: Concert

der Leipziger Quartett- u. Couplet-Sänger

Herren Heinig, Eyle, Stahlbeuer,

Gipner, Selow und Hante.

Aufgang 7½ Uhr. [2036]

Entree à Person 30 Pf.

Breslauer Actien-

Bier-Brauerei.

Großes

Doppel-Concert

von der Kapelle des Herrn F. Langer

und den Leipziger Couplet-Sängern

Herren Mes, Neumann, Fischer,

Schreyer, Hoffmann.

[2097] Aufgang 7 Uhr.

Entree: Herren à 3 Sgr.

Damen und Kinder à 2½ Sgr.

Gebr. Roesler's

Etablissement.

Mittwoch, den 3. Februar:

Concert

vom Königlichen Kapellmeister Herrn

Prill aus Berlin, mit seinen Kindern:

Paul (14 Jahr), Solist auf dem Cornet

Bekanntmachung. [127] In dem Concuse über den Nachlaß des Kaufmanns Rudolph Hinsz hier selbst ist zur Annahme der Forderungen der Concurs-Gläubiger noch eine zweite Frist
bis zum 25. Februar 1875 einheitlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 31. December 1874 bis einschließlich der obigen Anmeldefrist angemeldeten Forderungen ist auf den 8. März 1875, Vormittags 11 Uhr, vor dem Commissarius Stadtgerichtsrath Engländer im Terminkabinett Nr. 47 im II. Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amts-Bezirke seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschafft fehlt, werden der Justiz-Rath Lent und die Rechts-Anwälte Petiscus, Niederstetter und Löwe zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 28. Januar 1875.
Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [128]

In dem Concuse über das Vermögen des Kaufmanns Siegfried Heymann, in Firma: Siegfried Heymann, hier selbst, ist der Kaufmann Carl Michaelis hier, Hummeli Nr. 57, zum definitiven Verwalter der Masse ernannt worden.

Zugleich ist zur Anmeldung der Forderungen der Concurs-Gläubiger noch eine zweite Frist
bis zum 1. März 1875 einheitlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 31. December 1874 bis einschließlich der obigen Anmeldefrist angemeldeten Forderungen ist auf den 19. März 1875, Vormittags 11½ Uhr, vor dem Commissarius Stadtgerichtsrath v. Bergen im Terminkabinett Nr. 47 im II. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amts-Bezirke seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschafft fehlt, werden die Rechts-Anwälte Zenger, Weiß, Petiscus und Kade zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 23. Januar 1875.
Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [129]

In unserm Gesellschafts-Register ist heute bei Nr. 1100 die durch den Austritt der verehrten Jenny Krebs, geb. Wohlauer, aus der offenen Handelsgesellschaft J. Reich & Comp. hier selbst erfolgte Auflösung dieser Gesellschaft und in unsern Firmen-Register Nr. 3882 die Firma J. Reich & Comp. hier und als deren Inhaber der Kaufmann Isaak Reich hier, eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [130]

In unserm Firmen-Register ist a. bei Nr. 3706 der Uebergang der Firma Wittwe M. Brieger durch Vertrag auf die verehrte Steuer-Ausfieber Mathilde Speerschneider, geb. Gerhard hier selbst, b. unter Nr. 3883 die Firma "Wittwe M. Brieger" und als deren Inhaberin die verehrte Steuer-Ausfieber Mathilde Speerschneider, geb. Gerhard, hier, heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [131]

In unserm Firmen-Register ist Nr. 3884 die Firma

Louis Lewin und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Lewin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [132]

In unserm Firmen-Register ist bei Nr. 1917 das durch den Eintritt des Kaufmanns Isaac Schäfer hier in das Handelsgeschäft des Kaufmanns Pinus Bloch erfolgte Erlöschen der (Einzel) Firma M. Bloch hier, und von Konrad Dühring zu Liegnitz für die gesuchte Firma Einzel-Procura ertheilt, was zu folge Verfügung vom 26. Januar 1875 unter Nr. 52 unseres Procuras-Registers eingetragen worden ist.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [133]

In unserm Procuras-Register ist Nr. 871 die verehrte Bertha Badig, geb. Henschel, hier als Procuristin des Kaufmanns Siegmund Badig hier für dessen hier bestehende in unserem Firmen-Register Nr. 2835 eingetragene Firma

Siegmund Badig sen.

heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [134]

In unserm Procuras-Register ist Nr. 872 der Kaufmann Carl Chrambach hier als Procurist der hier bestehenden, in unserem Gesellschafts-Register Nr. 907 eingetragenen Aktiengesellschaft Schlesische Investitionsbank heute mit der Bezeichnung eingetragen worden, die Firma der Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem der beiden Directoren zu zeichnen.

Breslau, den 30. Januar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [135]

In unserm Procuras-Register ist bei Nr. 399 das Erlöschen der dem Ignatz Bloch von dem Kaufmann Pinus Bloch hier für die Nr. 1917 des Firmen-Registers eingetragene Firma

M. Bloch

hier ertheilten Procura heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [136]

In unserm Handels-Register sind folgende Eintragungen heut bewirkt worden:

I. in das Gesellschafts-Register bei der sub Nr. 87 eingetragenen Firma Heinrich Kaiser in Colonne 4;

Die Gesellschaft ist aufgelöst und die in das Alleineigentum der Fräulein Marie Kaiser übergegangene Firma "Heinrich Kaiser" unter Nr. 366 des Firmen-Registers eingetragen,

II. in das Firmen-Register:

Col. 1. Nr. 366 (früher Nr. 87 des Gesellschaftsregisters).

Col. 2. (Bezeichnung des Firmen-Inhabers):

Fräulein Marie Kaiser zu Schweidnitz.

Col. 3. (Ort der Niederlassung):

Schweidnitz.

Col. 4. (Bezeichnung der Firma):

Heinrich Kaiser.

Schweidnitz, den 25. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung. [137]

In unserm Handelsregister sind folgende Eintragungen heut bewirkt worden:

I. in das Firmenregister bei der sub Nr. 97 eingetragenen Firma C. Wagner zu Freiburg:

Der Producent-Händler Cuno Wagner in Freiburg ist in das Handelsgeschäft des Producenten-händlers Carl Wagner zu Freiburg als Handelsgesellschafter eingetreten und die nunmehr unter der Firma

C. Wagner & Sohn

bestehende Handelsgesellschaft unter Nr. 91 des Gesellschaftsregisters eingetragen;

II. in das Gesellschaftsregister:

Col. 1. Laufende Nr. 91, früher Nr. 97 des Firmenregisters.

Col. 2. Firma der Gesellschaft:

C. Wagner & Sohn.

Col. 3. Sitz der Gesellschaft:

Freiburg i. Sch.

Col. 4. Rechtsverhältnisse der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist:

a) der Producenten-Händler Carl Wagner aus Freiburg,

b) der Producenten-Händler Cuno Wagner aus Freiburg.

Die Gesellschaft hat am 15. Januar 1875 begonnen;

III. in das Procurasregister sub 44, bei der von dem Inhaber der Firma C. Wagner zu Freiburg dem Cuno Wagner dasselbst ertheilten Procura:

"die Procura ist erloschen."

Schweidnitz, den 26. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung. [138]

In unserm Firmen-Register ist bei Nr. 35 das durch den Eintritt der verehrten Jenny Krebs, geb. Wohlauer, aus der offenen Handelsgesellschaft J. Reich & Comp. hier selbst erfolgte Auflösung dieser Gesellschaft und in unsern Firmen-Register Nr. 3882 die Firma J. Reich & Comp. hier und als deren Inhaber der Kaufmann Isaak Reich hier, eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [139]

In unserm Firmen-Register ist Nr.

3884 die Firma

Louis Lewin

und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Lewin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [140]

In unserm Firmen-Register ist Nr.

3884 die Firma

Louis Lewin

und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Lewin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [141]

In unserm Firmen-Register ist Nr.

3884 die Firma

Louis Lewin

und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Lewin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [142]

In unserm Firmen-Register ist Nr.

3884 die Firma

Louis Lewin

und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Lewin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [143]

In unserm Firmen-Register ist Nr.

3884 die Firma

Louis Lewin

und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Lewin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [144]

In unserm Firmen-Register ist Nr.

3884 die Firma

Louis Lewin

und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Lewin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [145]

In unserm Firmen-Register ist Nr.

3884 die Firma

Louis Lewin

und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Lewin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 28. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [146]

Actien-Bierbrauerei zu Löbau in Sachsen.
Der Verkauf unseres diesjährigen [2059]
Bockbieres,
Preis pro Hectol. Mark 24, beeilen wir uns hiermit ergebenst anzugeben.
Löbau in Sachsen, Anfang Februar 1875.
Die Verwaltung.

GUARANA

Kopfschmerzen, Diarrhoe.

aufgelöst, genügt, um sofort die heftigste Migräne auf einer Kopf- oder Diarrhoe zu befechten. Dieses Heilmittel wird in Schachteln zu 12 Pulvern verkauft. Um die vielen Nachahmungen zu vermeiden, beliebe man die Etiquette Grimaud & Comp. zu verlangen. Depot in Breslau in der Aesculap-Apotheke. [788]

Lustzug-Verschließer für Fenster und Thüren,

bestehend aus Baumwollzylinder mit Lacküberzug in weiß, rothbraun und Eichenfarbe, welche alle bisherigen Erfindungen wegen ihrer Elastizität, Dauer und Billigkeit weit übertreffen, infolge dessen jeder Lustzug vermieden wird, Fenster und Thüren können geöffnet und geschlossen werden, als wenn die Vorrichtung gar nicht daran wäre, und ist dieselbe so einfach, daß sie von Jedermann leicht angebracht werden kann. Für die praktische Bewährung dieser Cylinder liegen Zeugnisse von den bedeutenden Baumeistern, Fachmännern und Behörden des In- und Auslandes vor. Preis für Fenster- und Thüryzylinder per Meter 1½ Sgr., Thüren stärkere 1¼ Sgr., in rothbraun und Eichenfarbe ¾ Sgr. pr. Meter höher; Gebrauchsanw. gratis, empfiehlt die Heinrich Lewald'sche Dampfwatten-Fabrik,

Schafwoll-, Baumwoll- und Vigoigne-Carderie,
prämiert Wien Verdienst-Medaille,
Fabrik medicinischer Bandstoffe.

Breslau, Schuhbrücke Nr. 34.

Grosse Wollwäscherei Actien-Gesellschaft C. F. Bönicker Eilenburg bei Leipzig,

an der Mulde belegen, übernehmen das Waschen aller Sorten Wolle bei prompter Bedienung. Die Behandlung der Wolle in unserer Wäscherei ist derartig, wie sie den Zwecken der Fabrikation angepasst. leicht Käufer findet. [1748]

Centesimalwaagen

für Lastfuhrwerke und Eisenbahnen, Decimalwaagen, vollständig entlastet, Hütten-Schnellwaagen, Krahnwaagen, Ehrhardt's Patentwaagen, Dreh scheiben, Winden, Locomotiv- und Tender-Hebebock liefern qui um billig [29] Bockhacker & Dinse, Berlin N., Chausseestraße 32.

2000 Ctr. Runkelrüben, pr. Ctr. 10 Sgr.,
offerirt freigut Apothekerei bei Oels. [449]

Die höchsten Preise zahlt

für alt Eisen in allen Dimensionen, für Metalle, Zinn, Zink und Blei die Engros-Handlung [925] Comptoir: Breslau, J. Ritter & Co. Mühlstraße.

Comptoir: Breslau, J. Ritter & Co. Mühlstraße.

Breslauer Börse vom 2. Februar 1875.

Inländische Fonds.		
	Amtl. Cours.	Nichtamt. C.
Prss. cons. Anl.	4½ 105,75 B.	—
do. Anleihe ..	4½ —	—
do. Anleihe ..	4 99,50 B.	—
St. Schuldch..	3½ 91,25 B.	—
do. Präm.-Anl.	3½ 134 G.	—
Bresl. Stdt.-Obl.	4 —	—
do. do.	4½ 100,90 bz	—
Schl. Pfdsbr. alt.	3½ 85,75 bzB.	—
do. do.	4 96,15 B.	—
do. Lit. A. ...	3½ —	—
do. do. ...	4 94,25 bzG.	—
do. do. ...	4½ 100,25 bz	—
do. Lit. B. ...	3½ —	—
do. do. ...	4 — [94,25bz	—
do. Lit. C. ...	4 I. 96,75 B. II.	—
do. do. ...	4½ 100,25 bz	—
do. (Rustical)	4 I. 94,75 B.	—
do. do. ...	4½ II. 94,25 B.	—
Pos. Crd.-Pfdbr.	4 94,50 B.	—
Pos. Prov.-Obl.	5 —	—
Rentenb. Schl.	4 96,35 bz	—
do. Posener	4 —	—
Schl. Pr.-Hilfsk.	4 92 G.	—
do. do.	4½ 95,15 bz	—
Schl. Bod.-Crd.	do. 100,50a25 bz	—
Goth. Pr.-Pfdbr.	5 —	—

Ausländische Fonds.		
	Amtl. Cours.	Nichtamt. C.
Amerik. (1882)	6 —	102,60 B.
do. (1885)	5 —	—
Französ. Rente	5 —	68,10 B.
Italien.	5 —	64,25 B.
Oest. Pap.-Rent.	4½ 69 B.	—
do. Silb.-Rent.	4½ 112,25 G.	—
do. Loose1860	5 —	295,10 B.
do. do. 1864	—	—
Poln. Liqu.-Pfd.	4 69,70 B.	—
do. Pfandbr.	4 82,80 B.	—
do. do.	5 80,60 B.	—
Russ. Bod.-Crd.	5 91,50 B.	—
Warsch.-Wien	5 —	—
Türk. Anl. 1865	5 41,75 B.	—

Inländische Eisenbahn-Stammactien und Stamm-Prioritätsactien.		
	Amtl. Cours.	Nichtamt. C.
Br.-Schw.-Frb.	4 93,75 bz	—
do. neue	5 —	—
Oberschl. ACD	3½ 143 G.	—
do. B.	3½ —	—
do. D.n.Em.	—	—
R.-O.-U.-Eisenb.	4 111 G.	—
do. St.-Prior.	5 —	—
B.-Warsch. do.	5 —	37 B.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein Drud von Grab, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Ein größeres Quantum
rohen Himbeersaft

hat abzugeben [476]

Siegfried Löwe,

Liqueur-, Rum-, Essigf- Fabrik

Frankenstein.

für Norddeutschland ic. zum baldigen

Antritt gesucht. Offerten unter der

Chiffre A. Z. 95 befördert die Exped.

der Bresl. Btg.

[433]

Reisender

für Norddeutschland ic. zum baldigen

Antritt gesucht. Offerten unter der

Chiffre A. Z. 95 befördert die Exped.

der Bresl. Btg.

[463]

Springfähige Bullen,

Original-Holländer Race, stehen zum

Verkauf a. d. Dom. Schmolz b. Breslau

[476]

Wien 1873

1874

Premen

1874

Für ein bedeutendes

Eisen-Geschäft wird ein

[768]

routinirter Verkäufer

christlicher Confession, bei

gutem Salair gesucht.

Reflectirende müssen mit

der Eisenbranche vertraut u.

der polnischen Sprache mächtig seia.

Offerten sub L. 836 an Rudolf

Mosse, Breslau, einzusenden.

[1323]

V. Bielschowsky in Oels i. Schl.

[463]

Für ein bedeutendes

Eisen-Geschäft in Oberschlesien wird ein

[768]

tüchtiger Destillateur,

aber nur ein solcher, der die Destilla-

tion allein zu leiten im Stande ist,

kann per 1. April d. Stellung finden

durch

P. Wagner in Leobschütz.

[468]

Ein tüchtiger Verkäufer,

mosaisch, kann sich unter Beifügung

der Abdrift seiner Bequimmen und

Gehaltsansprüche zum 1. März oder

April melden unter P. P. 9 im Brief-

tafel der Breslauer Zeitung.

[1320]

Ein tüchtiger Mühlenwerkführer,

verheirathet und gegezwärt noch

in Stellung, welcher mit dem Mählen

und dem Mähenenverfahren voll-

ständig vertraut ist, sucht anderweit

Placement.

[1303]

Gefällige Offerten unter M. Nr. 8

an die Expedition der Breslauer Btg.

[1331]

Ein tüchtiger Mühlenwerkführer,

verheirathet und gegezwärt noch

in Stellung, welcher mit dem Mählen

und dem Mähenenverfahren voll-

ständig vertraut ist, sucht anderweit

Placement.

[1303]

Gefällige Offerten unter M. Nr. 8

an die Expedition der Breslauer Btg.

[1331]

Ein tüchtiger Mühlenwerkführer,

verheirathet und gegezwärt noch

in Stellung, welcher mit dem Mählen

und dem Mähenenverfahren voll-

ständig vertraut ist, sucht anderweit

Placement.

[1303]

Gefällige Offerten unter M. Nr. 8

an die Expedition der Breslauer Btg.

[1331]

Ein tüchtiger Mühlenwerkführer,

verheirathet und gegezwärt noch